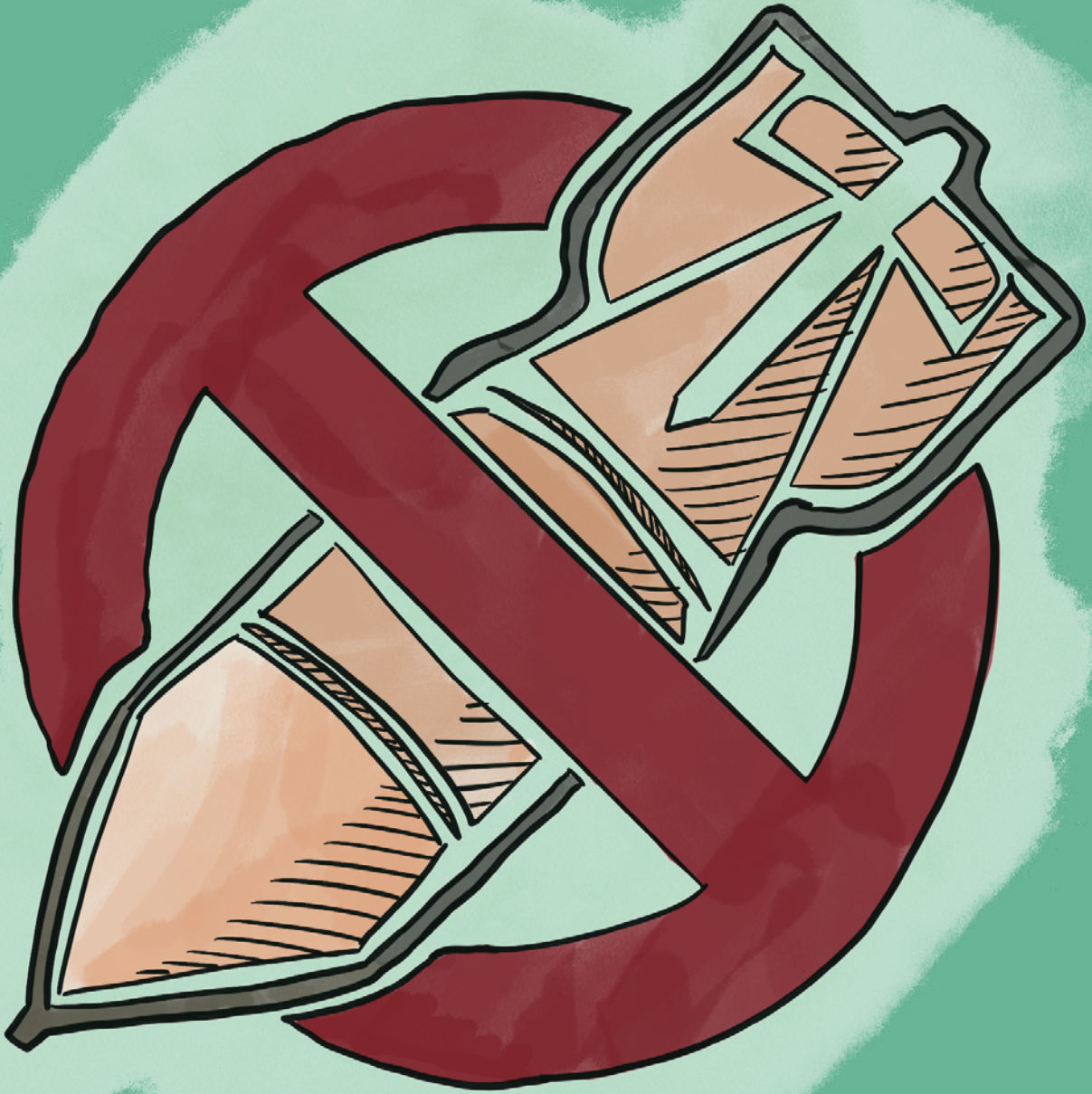


antikap

antikap Nr. 16 | Frühling 2022 | 3.- CHF

Klassenkampf Feminismus Ökosozialismus



Gegen Krieg & Imperialismus!



Eine Frage der Solidarität

Der Angriffskrieg der russischen Regierung gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 kam für die meisten Menschen und Regierungen überraschend. In vielen Ländern löste er nicht nur Empörung und Angst aus, sondern führte auch zu vielfältigen Formen der Solidarität. Die (vergleichsweise) unkomplizierte und rasche Aufnahme von Geflüchteten, zahlreiche Kundge-

bungen und Protestformen gegen Putins Politik sowie die Bereitstellung materieller und finanzieller Hilfe durch die Bevölkerung zeugen davon.

Für die systemkritische und antikapitalistische Linke wirft der aktuelle Krieg allerdings zahlreiche Fragen auf. Manche Strömungen tun sich offensichtlich schwer damit, klar zu erfassen, dass der jüngste Angriffskrieg gegen die Ukraine weder von den USA noch ihren NATO-Partnern ausgeht, sondern eben wirklich vom russischen Regime. Für sie ist dieser Angriffskrieg primär eine Reaktion auf die russischen Sicherheitsbedenken an der russischen Westgrenze. Wieder andere erkennen die Kriegsschuld Russlands zwar an, nehmen aber eine Krieg dem Krieg-Position ein. Sie sehen zwei imperialistische Blöcke, die NATO und Russland, im direkten militärischen Konflikt miteinander. Trotz ihrer Verurteilung des Krieges und Solidarität mit dem ukrainischen Widerstand fordern sie daher zwar einen sofortigen Abzug der russischen Truppen, sprechen sich gleichzeitig aber gegen die militärische Unterstützung durch Drittstaaten aus, die dies erst ermöglichen würde.

Bemerkenswert ist die ungeheure Hilfsbereitschaft gegenüber ukrainischen Geflüchteten. Dass so viele Regierungen und Privatpersonen über behördliche wie selbstorganisierte Aktionen Geflüchteten auf unkomplizierte Weise Zuflucht bieten, ist überwältigend. Gleichzeitig muss man aber auch darauf hinweisen, dass eben diese Solidarität den Geflüchteten aus Palästina, Jemen, Afghanistan, Sudan oder vielen anderen Ländern seit Jahren verwehrt

Abonniere antikap!

Die **antikap** ist die Deutschschweizer Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus und erscheint vorerst zweimal jährlich.

Sie versteht sich als Ergänzung zu unserer Webseite **sozialismus.ch**, auf der wir wöchentlich aktuelle Beiträge veröffentlichen. Obwohl die antikap unentgeltlich hergestellt wird, fallen für Druck und Versand Kosten an. Ob wir den Erscheinungsrhythmus längerfristig erhöhen können, hängt auch von der Unterstützung unserer Leser:innen ab.

Für CHF 10.- kannst du die **antikap** ein Jahr lang (Frühlings- und Herbstausgabe) abonnieren. Über zusätzliche Spenden oder ein Soliabo sind wir dir sehr dankbar.

Adresse: BFS Basel, Zeitschrift antikap, 4057 Basel.

Konto: 15-238267-2, Vermerk Abo.



wird. Rechts-konservative und Rechtsextreme nutzen die Situation, um ihre rassistischen Ansichten über People of Colour und/oder nicht-christlich geprägte Menschen hinter der vermeintlichen Unterscheidung in echte und unechte Geflüchtete zu verstecken. Dieser Rassismus, der in weite Teile der etablierten Politik, der allgemeinen Bevölkerung und die praktische Arbeit von Grenzbeamt:innen reicht, muss angesprochen und bekämpft werden.

Im Zentrum vieler Auseinandersetzungen im linken Spektrum steht letztlich die Frage der Solidarität. Wie muss linke Solidarität aussehen und an welchen Bedingungen ist sie geknüpft? Sind wir mit der Bevölkerung in der Ukraine solidarisch, die sich gegen die militärische Aggression Russlands zur Wehr setzt? Die BFS beantwortet diese Frage klar mit Ja! Auch dann, wenn sie von einem bürgerlichen Regime regiert wird, das in manchen Aspekten auch den bürgerlich-parlamentarischen Anforderungen an eine Demokratie noch nicht vollständig genügt. Die BFS steht der NATO ebenso kritisch gegenüber wie der russischen Regierung. Allerdings anerkennt die BFS auch, dass die Staaten in Ostmittel- und Osteuropa nicht nur eine Pufferzone im Dienste der Sicherheitsbedenken von Ost und West sind, sondern aus verschiedenen heterogenen sozialen Klassen und Gruppen bestehen, die eine eigenständige Sichtweise und eigenständige Interessen haben. Die aus dem Kalten Krieg ererbte Geopolitik reduziert die ansässigen Bevölkerungen auf Satelliten von Ost und West und spricht ihnen ein eigenständiges Sein ab. Der ukrainische Widerstand ist daher nicht einfach gleich einer gegenimperialistischen Offensive der NATO. Die BFS unterstützt den Widerstand der ukrainischen Bevölkerung, der ohne finanzielle und militärische Unterstützung faktisch unmöglich wäre.

Mit dieser Frühjahrsausgabe der antikap versuchen wir, zahlreiche Aspekte des Ukraine Konfliktes zu beleuchten. Was sagen russische und ukrainische Linke zum aktuellen Konflikt? Wie hängt der Konflikt mit der Frage der Aufrüstungen, der Klimakrise und der Welternährungslage zusammen? Die Brutalität des Konfliktes bringt es mit sich, dass auch die Debatten darüber mitunter gehässig und emotional sind. Uns ist es wichtig, offen und kontrovers über aktuelle Streitfragen linker Solidarität zu diskutieren, verschiedene Meinungen zuzulassen und transparent zu kommunizieren. So finden sich in dieser Ausgabe Analysen und Meinungen mit unterschiedlichen Stossrichtungen.

Inhalt

- 4** **Gegen den russischen Imperialismus:** Eine Lösung des Krieges gegen die Ukraine geht nur im Verbund mit der ukrainischen und der russischen Antikriegsbewegung.
- 8** **Hinter Putins Front:** Interview mit Aktivist:innen der Russländischen Sozialistischen Bewegung (RSD) zum Antikriegswiderstand in Russland seit dem 24. Februar.
- 15** **Wofür blutet die Ukraine?** Im Krieg um die Ukraine muss die Linke jede Form des Lagerdenkens vermeiden.
- 18** **Solidarität statt Lagerdenken:** Anstatt veraltete Theorien dogmatisch anzuwenden, sollte die Linke die Ukrainer:innen als politischen Akteur anerkennen.
- 20** **Nein zum Krieg aus feministischer Perspektive:** Der Artikel zeigt, weshalb gerade feministische Bewegungen lautstark gegen den Krieg protestieren.
- 24** **Der Krieg in der Ukraine verschärft den weltweiten Hunger:** Welternährung im Kapitalismus heisst: Profite auf Kosten des Elends.
- 30** **Ausstieg aus der fossilen Ökonomie und der Aufrüstung:** Wie können Klimabewegung und Antikriegsbewegung zusammenkommen?
- 35** **Arbeits- und Umweltkampf:** Eine Aktivist:in aus München über den aktuellen Stand rund um den Kampf gegen die Schliessung des Boshwerks.
- 38** **Quo vadis, Schwurbler:innen:** Wir ziehen Bilanz der bisherigen Coronaprotekte und wagen eine Prognose für die Zeit nach Corona.
- 42** **Der Pflegenotstand hat System:** Vom Mythos der Kostenexplosion im Gesundheitswesen und den tatsächlichen Ursachen für den Pflegenotstand.
- 46** **Pflegenotstand:** Die Pflegefachfrau Zora berichtet über den Pflegenotstand, die Folgen neoliberaler Sparpolitik und die Auswirkungen der Pandemie.
- 49** **NoFrontex:** Sichere Migrationsrouten für alle – nicht nur in Krisenzeiten, sondern immer!



SCHWERPUNKT UKRAINEKRIEG

Gegen den russischen Imperialismus!

Wir dokumentieren die gemeinsame Stellungnahme der Russländischen Sozialistischen Bewegung (RSD) von Sozialnyj Ruch (Soziale Bewegung). Sie wurde am 7. April 2022 von der Zeitschrift LeftEast auf Englisch publiziert. Wir wollen den Stimmen emanzipatorischer und sozialistischer Kräfte in Russland und der Ukraine Gehör im deutschen Sprachraum verschaffen. Nur wenn wir ihre Wahrnehmungen und Einschätzungen in unsere Positionsfindung integrieren, können wir die so dringend nötigen gemeinsamen Lernprozesse voranbringen.

Gemeinsame Stellungnahme des Sozialnyj Ruch (Ukraine) und der RSD (Russland).

Übersetzt von David Ernesto García Doell und Christian Zeller.

« Wir machen uns keine Illusionen über Putins Regime. Es bietet keine Alternative zum westlichen Kapitalismus. Es ist ein autoritärer, oligarchischer Kapitalismus.

Obwohl die Mehrheit der Linken die russische Invasion in der Ukraine verurteilt, fehlt es der politischen Linken doch an Geschlossenheit. Wir möchten uns nun explizit an die Linken wenden, die immer noch an einer Position à la Pest oder Cholera festhalten und den Krieg als einen inter-imperialistischen Krieg betrachten.

Die Linke muss unseres Erachtens endlich eine konkrete Analyse der konkreten Situation vornehmen, anstatt veraltete Kategorien aus dem Kalten Krieg zu reproduzieren. Es ist ein großer Fehler einiger Linken, den russischen Imperialismus nicht ernst zu nehmen. Es ist Putin, nicht die NATO, der Krieg gegen die Ukraine führt. Deshalb ist es wichtig, den Fokus vom westlichen Imperialismus nun auf den aggressiven russischen Imperialismus zu lenken. Dieser hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische und ideologische Ebene.

Der russische Imperialismus besteht aus zwei Elementen. Erstens beinhaltet er einen revisionistischen russischen Nationalismus. Nach 2012 gingen Putin und sein Establishment von einem bürgerrechtlichen Konzept der Nation (als *rossijskij*, mit Russland verbunden) zu einem exklusiv ethnisch begründeten Konzept des Russentums (als *ruszkij*, ethnisch/ kulturell russisch) über. Seine Aggressionen gegenüber der Ukraine im Jahr 2014 und 2022 sollen durch die Rückgabe ursprünglich russischer Gebiete legitimiert werden. Darüber hinaus reanimiert dieses (ethnische) Russisch-Sein das imperiale Konzept der russischen Nation aus dem 19. Jahrhundert. Demnach seien Russ:innen, Belaruser:innen und Ukrainer:innen ein einziges großrussisches Volk.

Die Verwendung dieses Konzepts in der offiziellen Rhetorik impliziert die Absage an einen unabhängigen ukrainischen Staat. Deshalb ist es unklar, ob Putin nur die Gebiete in der Ostukraine wie Donbass und Luhansk in das russische Reich aufnehmen möchte. Möglicherweise will Putin die gesamte Ukraine annekieren oder unterwerfen, wie er es in seinem Artikel Über die historische Einheit von Russ:innen und Ukrainer:innen [vom 12. Juli 2021] und in seiner Rede am 21. Februar angedroht hat. Zudem sind die Aussichten auf Friedensgespräche zwischen der Ukraine und Russland ziemlich düster, da das russische Verhandlungsteam vom ehemaligen Kulturminister Wladimir Medinskij angeführt wird, einem der eifrigsten Anhänger der Ideologie der russischen Welt (*ruszkij mir*), eine Welt, in der – glaubt uns – niemand glücklich sein wird.

Zweitens: Auch wenn Putins Aggression rational schwer zu erklären ist, haben die aktuellen Ereignisse gezeigt, dass es dennoch vernünftig ist, die oft überbordende imperialistische Rhetorik des Kreml für bare Münze zu nehmen. Der russische Imperialismus wird von dem Wunsch angetrieben die sogenannte Weltordnung zu verändern. So deuten Putins Forderungen nach einem Rückzug der NATO aus Osteuropa darauf hin, dass Russland nicht bei der Ukraine stehen bleiben wird und Moldawien, Polen oder die baltischen Staaten die nächsten Ziele von Putins Aggression sein könnten.

Es ist geradezu naiv, die Entmilitarisierung Osteuropas zu fordern, denn angesichts der derzeitigen Umstände würde dies Putin nur ermutigen und die osteuropäischen Länder für Putins Aggressionen verwundbarer machen. Der Diskurs über die NATO-Erweiterung verschleiert Putins Wunsch, die Einflussphären in Europa zwischen den USA und Russland aufzuteilen. Die Zugehörigkeit zur russischen Einflussphäre bedeutet die politische Unterordnung eines Landes unter Russland und die Unterwerfung unter die Expansion des russischen Kapitals. Die Kriege in Georgien und der Ukraine zeigen, dass Putin bereit ist, mit Gewalt Einfluss auf die politischen Angelegenheiten von Ländern zu nehmen, die seiner Meinung nach die russische Einflussphäre verlassen wollen. Es ist wichtig zu verstehen, dass Putins Verständnis der wichtigen Akteure in der Weltordnung im Wesentlichen auf die USA und China beschränkt ist. Er erkennt die Souveränität anderer Länder nicht an und betrachtet sie als Satelliten eines dieser Akteure der internationalen Ordnung.

Putin und sein Establishment handeln ausgesprochen zynisch. Sie nutzen die Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO, die amerikanische Intervention in Afghanistan und die Invasion des Irak als Vorwand für die Bombardierung der Ukraine. In diesem Zusammenhang muss die Linke konsistent bleiben und sich gegen jede imperialistische Aggression in der Welt aussprechen. In der Ukraine ist der imperialistische Aggressor heute Russland, und nicht die NATO, und wenn Russland in der Ukraine nicht gestoppt wird, wird das Putin-Regime seine Aggression definitiv fortsetzen.

Ausserdem dürfen wir uns keine Illusionen über Putins Regime machen. Es bietet keine Alternative zum westlichen Kapitalismus. Es ist ein autoritärer, oligarchischer Kapitalismus. Das Ausmaß der Ungleichheit in Russland



◀◀ Wir fordern die Entsendung von UN-Friedenstruppen aus Nicht-NATO-Ländern zum Schutz der Zivilbevölkerung.

hat in den 20 Jahren seiner Herrschaft erheblich zugenommen. Putin ist nicht nur ein Feind der Arbeiter:innenklasse, sondern auch ein Feind aller Formen der Demokratie. Die Beteiligung der Bevölkerung an Politik und an sozialpolitischen Verbänden wird in Russland mit Misstrauen betrachtet. Putin ist im Grunde ein Antikommunist und ein Feind all dessen, wofür die Linke im zwanzigsten Jahrhundert gekämpft hat und im einundzwanzigsten kämpft. In seiner Weltanschauung haben die Starken das Recht, die Schwachen zu schlagen, die Reichen haben das Recht, die Armen auszubeuten, und die Machthaber haben das Recht, Entscheidungen im Namen ihrer entmachteten Bevölkerung zu treffen. Dieser Weltanschauung muss in der Ukraine ein schwerer Schlag versetzt werden. Um einen politischen Wandel innerhalb Russlands herbeizuführen, muss die russische Armee in der Ukraine besiegt werden.

Wir wollen deswegen eine sehr umstrittene Forderung ansprechen, nämlich die nach militärischer Hilfe für die Ukraine. Wir verstehen die Auswirkungen der Militarisierung auf die fortschrittliche linke Bewegung weltweit und den Widerstand der Linken gegen die NATO-Erweiterung und westliche Interventionen. Um ein umfassenderes Bild zu erhalten, ist jedoch mehr Kontext erforderlich. Zunächst einmal haben NATO-Länder

trotz des Embargos von 2014 Waffen an Russland geliefert (Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich, Bulgarien, Tschechische Republik, Kroatien, Slowakei und Spanien). Die Diskussion darüber, ob die in die Region gelieferten Waffen in den richtigen oder falschen Händen landen, kommt also mindestens etwas spät. Außerdem erfordern die alternativen Sicherheitsgarantien, die die ukrainische Regierung vorgeschlagen hat, die Beteiligung einer Reihe von Ländern und können wahrscheinlich auch nur mit deren Beteiligung erreicht werden.

Zweitens ist, wie in zahlreichen Artikeln betont wurde, das Asow-Regiment ein Problem. Doch anders als 2014 spielt die extreme Rechte im heutigen Krieg, der zu einem Volkskrieg geworden ist, keine herausragende Rolle – und unsere Genoss:innen der antiautoritären Linken in der Ukraine, Russland und Belarus kämpfen gemeinsam gegen den russischen Imperialismus. Wie in den letzten Tagen deutlich geworden ist, versucht Russland, sein militärisches Versagen am Boden durch Luftangriffe zu kompensieren. Auch eine ukrainische Luftabwehr wird Asow keine zusätzliche Macht verleihen, aber sie wird der Ukraine helfen, die Kontrolle über ihr Territorium zu behalten und die Zahl der Toten in der Zivilbevölkerung zu verringern, selbst wenn die Verhandlungen scheitern sollten.

Unserer Auffassung nach sollte die Linke fordern:

- den sofortigen Abzug aller russischen Streitkräfte aus der Ukraine;
- neue gezielte, personenbezogene Sanktionen gegen Putin und seine Multimillionär:innen. (Es ist wichtig zu verstehen, dass Putin und sein Establishment sich nur um ihr eigenes Privatvermögen kümmern; der Zustand der russischen Wirtschaft insgesamt ist ihnen eher gleichgültig. Die Linke kann diese Forderung auch nutzen, um die Heuchelei derjenigen zu entlarven, die Putins Regime und seine Armee unterstützt haben und sogar jetzt noch Waffen an Russland verkaufen);
- die Sanktionierung von russischen Öl- und Gasexporten;
- verstärkte militärische Unterstützung für die Ukraine, insbesondere die Bereitstellung von Luftabwehrsystemen;
- die Entsendung von UN-Friedenstruppen aus Nicht-NATO-Ländern zum Schutz der Zivilbevölkerung, einschließlich des Schutzes grüner Korridore und des Schutzes von Atomkraftwerken (das Veto Russlands im UN-Sicherheitsrat kann in der Generalversammlung überwunden werden).

Die Linke sollte auch die ukrainischen Linken unter-

stützen, die Widerstand leisten, indem sie ihnen Sichtbarkeit verschafft, ihre Stimmen in den Fokus rückt und sie finanziell unterstützt. Wir sind uns bewusst, dass es die Millionen von ukrainischen Arbeiter:innen und Freiwilligen in der humanitären Hilfe sind, die den weiteren Widerstand ermöglichen. Eine Reihe anderer Forderungen – Unterstützung für alle Geflüchtete in Europa unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, Erlass der Auslandsschulden der Ukraine, Sanktionen gegen russische Oligarch:innen usw. – sind in der Linken weithin akzeptiert und erfordern unseres Erachtens daher hier keine weitere Diskussion. Der russische Einmarsch in die Ukraine ist ein schrecklicher Präzedenzfall für die Lösung von geopolitischen Konflikten, der das Risiko eines Atomkriegs beinhalten. Deshalb muss die Linke eine eigene Vision der internationalen Beziehungen und der internationalen Sicherheitsarchitektur entwickeln, die eine multilaterale nukleare Abrüstung (die für alle Atommächte verbindlich sein wird) und die Institutionalisierung internationaler wirtschaftlicher Antworten auf jede imperialistische Aggression in der Welt beinhalten kann. Die militärische Niederlage Russlands sollte der erste Schritt zur Demokratisierung der Weltordnung und zur Bildung eines internationalen Sicherheitssystems sein, und die internationale Linke muss einen Beitrag dazu leisten.



Hinter Putins Front

Die revolutionäre Linke in Russland über den Widerstand gegen die Kremlregierung



Bild: Jekaterinenburg, 24. Februar 2022: Regierungskritische Aktivist:innen halten Schilder mit «Kein Krieg» und «Ich habe den Krieg nicht gewählt» hoch.

Der brutale Angriffskrieg gegen die Ukraine verändert auch die russische Gesellschaft nachhaltig. Westliche Medien berichten vom russischen Medien-gesetz, das die offiziellen Narrativen über den Krieg erfolgreich als die einzige öffentliche Diskursposition etabliert. Aber wie ist die Zensur und Sperrung von regierungskritischen Medienformaten sowie die Inhaftierung und teilweise Verurteilung von Antikriegsaktivist:innen zu deuten? Wo trifft die Repression den Widerstand? Ist sie Ausdruck eines gesamthaften Transformationsprozesses der russischen Gesellschaft? Welche Perspektiven ergeben sich daraus? Wir haben mit Mitgliedern der Russländischen Sozialistischen Bewegung (RSD) gesprochen und sie gefragt, wie die revolutionäre Linke in Russland die gegenwärtige Krise einordnet und damit in aktivistischer Hinsicht umgeht.

Interview mit der RSD von João Woyzeck (BFS Zürich)

Die Russländische Sozialistische Bewegung (RSD) bekennt sich zu einem demokratischen, revolutionären Sozialismus und vertritt ökosozialistische Positionen. Ihr Ziel ist eine breite klassensolidarische Massenbewegung durch die Zusammenführung linker, gewerkschaftlicher, feministischer und ökologischer Aktivist:innen, um eine lebenswerte Alternative zum System Putin zu erkämpfen, die dann auf der Grundlage von öffentlichem Eigentum und politischer Selbstverwaltung Freiheit bringt.¹ Wir wollten wissen, wie sich das Leben als progressive und regierungskritische Aktivist:in seit dem 24. Februar verändert hat und welche Perspektiven eine Analyse der Situation innerhalb von Putins autokraten Griff zulässt. Das Interview mit der RSD ist der Versuch eines Einblicks in den Widerstand hinter Putins Front.

Entwicklung der Gesellschaft

João Woyzeck (BFS Zürich): Was erwarten die Menschen in Russland, die dem Putin-Regime kritisch gegenüberstehen, von einem Rückzug aus der Ukraine oder einer Niederlage im Krieg? Gibt es vielleicht sogar eine Aufbruchsstimmung?

RSD: Ich sehe keinen Optimismus im Hinblick auf einen möglichen Rückzug oder eine Niederlage. Ganz im Gegenteil, die vorherrschende Stimmung ist eher negativ. Auch wenn eine mögliche Niederlage oder ein Rückzug das Regime durchaus in Frage stellen könnte.

Es ist richtig, dass autoritäre Regime nach schweren militärischen Niederlagen dazu neigen, zusammenzubrechen. Um die durch militärische Niederlagen geschaffenen Möglichkeiten zu nutzen, müsste es im eigenen Land jedoch ein gewisses Ausmass an oppositionellen Organisationsstrukturen und Ressourcen geben. Darüber hinaus neigen autoritäre Regime dazu, besonders gewalttätig zu werden, wenn sie existentiell herausgefordert werden oder am Rande eines Zusammenbruchs stehen. Russland erlebt bereits seit einiger Zeit eine Welle sich steigender Repressionen.

Erlebt das Regime im Krieg eine Niederlage oder wird zum Rückzug gezwungen, wird dies sehr wahrscheinlich dazu führen, dass sich für das herrschende Regime die Wahrnehmung einer Bedrohung im eigenen Land verstärkt und es die Repressionen weiter intensiviert.

Gleichzeitig wurde die organisierte Opposition, die diese Krise zu ihrem Vorteil nutzen könnte, seit Jahren systematisch unterdrückt. Zwar könnte das Zusammenwirken einer militärischen Niederlage, der Sanktionen, der Spannungen innerhalb der Elite und des Drucks der Opposition

eine gewisse politische Instabilität hervorrufen, die einen Regimewechsel möglich erscheinen liesse. Aber selbst wenn dies geschieht, ist es wahrscheinlich, dass darauf noch brutalere Repressionen folgen werden.

Man darf dabei eines nicht vergessen. Was auch immer als Ergebnis des Rückzugs geschehen wird, die Menschen sind sich darüber im Klaren, dass das russische Regime der Ukraine und auch dem eigenen Land bereits jetzt enormen Schaden zugefügt hat. Dieser Schaden ist bereits entstanden und auch ein möglicher Regimewechsel, wie wahrscheinlich er auch sei, kann diesen nicht mehr rückgängig machen.

Manche regierungskritische Beobachter:innen in Russland, darunter die RSD, befürchten, dass Russland in einen Faschismus sinken könnte. Könnt ihr die Tendenzen beschreiben, die ihr als faschistisch begreift?

Russland tritt unserer Meinung nach gerade in eine Phase der Faschisierung ein.

Aus aktueller Veranlassung muss gesagt werden, dass die Kriegsverbrechen, die mit dem Zurückdrängen der russischen Truppen aus Butscha ans Licht kamen, vielleicht in einem neuen, düsteren Licht betrachtet werden müssen. In der staatlichen russischen Zeitschrift RIA Nowosti, ging Timofej Sergejew, ein russischer politischer Stratege und Kolumnist, bereits einen Schritt weiter in der Diskursformierung über den Angriffskrieg gegen die Ukraine. Sergejew bot nicht bloss ein alternatives Narrativ, um den Angriff als Befreiung der Ukraine zu rechtfertigen, sondern rechtfertigte die Kriegsverbrechen gegen die Ukraine. Konkret wurde zum Ausdruck gebracht, dass der Grossteil der Ukraine und ihrer Bevölkerung nazistisch sei, weswegen es nicht mehr länger darum gehe, die ukrainische Bevölkerung von ihren nazistischen Unterdrücker:innen zu befreien. Wirkliche Entnazifizierung wird unweigerlich auch eine Ent-Ukrainisierung sein. Die Narrative der Entnazifizierung wird also nicht mehr genutzt, um einen militärischen Angriff zu rechtfertigen, sondern um die ukrainische Bevölkerung zu dehumanisieren.

Um auf die eigentliche Frage zu kommen: Wenn von einer Faschisierung Russlands die Rede ist, darf dabei nicht zu sehr an den klassischen Faschismus der 1920er und 1930er in Deutschland und Italien gedacht werden. Es ist hilfreich, die gegenwärtigen Entwicklungen der Regierung vom Konzept des Post-Faschismus her zu verstehen, wie es Enzo Traverso² definiert. Es handelt sich demnach nicht

1 Abrufbar auf: http://anticapitalist.ru/about_rsm/ (o. J.).

2 Enzo Traverso ist ein italienischer Historiker und Journalist und ein ehemaliges Mitglied der trotzkistischen Ligue communiste révolutionnaire (LCR). Er veröffentlichte zahlreiche Werke,



Als Sergeij Zukasow wie viele andere unabhängige Kandidat:innen 2019 von den Wahlen zur Moskauer Stadtduma ausgeschlossen wurde, ging die RSD gegen die gelenkte Scheindemokratie auf die Strasse.

um eine Massenbewegung von unten und ausserhalb der institutionalisierten Politik, die den Staat einzunehmen und zu stürzen versucht. Der Post-Faschismus besitzt keine signifikante Massenbasis und ihm fehlt auch das disruptive Moment. Es handelt sich um eine Faschisierung von Oben und aus dem Inneren der institutionalisierten Politik.

Tatsächlich ist das russische Regime losgelöst von selbstorganisierten Bewegungen in der Bevölkerung.

Man kann gar beobachten, wie das Regime selbst rechtsextreme ausserparlamentarische Organisationen, die den Angriffskrieg gegen die Ukraine befürworten, unterdrückt, weil es fürchtet, diese könnten ihrer Kontrolle entgleiten.

Ihr sagt, es handle sich nicht um die Wiederkehr des klassischen Faschismus. Warum spricht ihr nicht von Autoritarismus? Anders gefragt: Was ist das spezifische an der post-faschistischen Entwicklung in Russland, das diese von anderen autoritären Regimen unterscheidet?

Wir finden sicherlich Merkmale, wie sie Enzo Traverso

darunter zu den Themenfeldern Holocaust, differenzierte Auseinandersetzung mit der marxistischen Herangehensweise an Holocaust und die nationale Frage sowie faschistoiden Phänomene der Gegenwartsgeschichte. Abrufbar auf: https://de.wikipedia.org/wiki/Enzo_Traverso (14.01.2022).

beschreibt: Verteidigung imaginierter traditioneller Werte, die Rückbesinnung auf einen protektionistischen Nationalstaat gegen den Globalismus sowie eine Art liberalen Sozialdarwinismus.

Gleichzeitig ist dasselbe Regime ideologisch aber auch sehr eklektisch und bietet keine strukturierte Ideologie. Die intellektuellen Wurzeln des gegenwärtigen Regimes sind eine wichtige und komplizierte Frage, die einer detaillierten Antwort bedarf.

Auch Karl Polanyis³ Definition des klassischen Faschismus kann uns helfen, den Post-Faschismus des Putin-Regimes zu verstehen. Er ist in diesem Verständnis gewis-

3 Karl Polanyi (1886 - 1964) war ein österreichisch-ungarischer Wirtschaftshistoriker und Sozialwissenschaftler. Sein Buch *The Great Transformation* gilt heute als eines der Hauptwerke der Soziologie. Darin beschreibt Polanyi die Entstehung von Nationalstaaten und der Marktwirtschaft sowie der Wechselwirkung zwischen beiden als die zentralen Eckpunkte der gesellschaftlichen Entwicklung im 19. und 20. Jhd. Abrufbar auf: https://en.wikipedia.org/wiki/Karl_Polanyi (30.03.2022).

Polanyi kritisierte die neoklassische Vorstellung der Wirtschaft. In seinem Werk *The Great Transformation* wandte er sich gegen das fast mystische Vertrauen in die Selbstregulation des Marktes und betonte die staatliche Intervention in Prozessen gesellschaftlicher Entwicklung. Abrufbar auf: https://de.wikipedia.org/wiki/Great_Transformation (13.01.2022).

sermassen ein Reflex des bedrohten Kapitalismus. Polanyi beschrieb den Kapitalismus als latent faschistisch. Ihm wohne ein innerer Widerspruch inne, insofern, als dass das egalitäre Versprechen gleicher politischer Rechte in einem Spannungsverhältnis mit Klassenvorrechten steht, die mit einem System persönlichen Profits verbunden sind.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Faschisierung des russischen Regimes auch nicht als plötzlicher Bruch, sondern als die dramatische Zuspitzung der Existenz eines politischen Systems, das seit Mitte der 1990er Russland beherrscht. Durch die innerrussische und internationale gesellschaftliche Isolation sowie durch das Fehlschlagen des beabsichtigten raschen Blitzeroberungskrieges geriet das Regime in die Defensive, was wiederum die reaktionäre Veranlagung des Systems verstärkte. Auch der Krieg selbst ist seinerseits mitunter aus dem Umstand erwachsen, dass der Übergang des postsowjetischen Russlands zum freien Markt und die damit verbundene gesellschaftliche Atomisierung zu internen Krisen geführt hat und das Regime diesen sozialen Konflikt durch militärische Aggressionen nach Aussen wenden musste.

Wichtig ist zu sagen, dass das Regime eine starke reaktionäre und antirevolutionäre Note besitzt. Das Regime wandelt sich gerade zu einem System, welches auf die vollkommene Unterdrückung der Gesellschaft abzielt und die Zerstörung jeglicher Formen der sozialen Selbstorganisation in Russland (Gewerkschaften, Grassroots-Bewegungen, linke Organisationen etc.) mit einer militärischen Aggression nach Aussen verknüpft.

Auch kulturell lässt sich beobachten, dass eine neue Phase oder Intensität erreicht worden ist. Bisher war es immer so, dass es gewissermassen kontrollierte und abgesteckte freie Räume innerhalb der gelenkten Demokratie Putins gab. Es gab Blockparteien in der Duma, die nicht in allen Punkten mit Putin oder der Partei Einiges Russland eingehen mussten. Es gab auch für die Zivilbevölkerung eingegrenzte Gesellschaftsbereiche, um sich frei zu artikulieren. Was wir jetzt sehen, ist der Übergang von einer autoritären Form der Herrschaft zu einer totalitären Form der Herrschaft: jegliche von der offiziellen Propaganda abweichende Meinung wird kriminalisiert.

Ihr sprecht mit Polanyi und Traverso von der reaktionären Antwort von Oben auf ein sich im Scheitern befindliches System. Inwiefern betrifft diese Faschisierung auch andere Bereiche der russischen Gesellschaft?

In der klassischen politischen Theorie, insbesondere bei Hannah Arendt, findet sich eine interessante Darstellung der Merkmale des Totalitarismus, die für das gegenwärtige Russland interessant sein kann. Arendt stellt heraus, dass es bei Totalitarismus nicht nur um die Politisierung der Gesellschaft geht, also alle zu treuen Nazis zu machen, sondern vor allem um eine Depolitisierung der Gesellschaft. Und wenn

wir uns das gegenwärtige Russland anschauen, fällt auf, dass immer mehr russische Bürger:innen Debatten über den Krieg vermeiden wollen, ihre eigenen Bedenken unterdrücken wollen, sich aus ernsthaften, tiefgehenden oder potentiell kontroversen Gesprächen mit Arbeitskolleg:innen oder Nachbar:innen raushalten. Die Propaganda des Regimes will also gerade nicht Menschen zu politischem Engagement provozieren, sondern ihnen Angst machen vor tiefen Gesprächen.

Russische Propaganda ist gerade das mediale Schlagwort. Wie funktioniert diese russische Propaganda?

Um die Propaganda des Kremls zu verstehen, muss man sehen, dass es nicht nur um direkte Überzeugungsarbeit geht. Direkte Überzeugung ist womöglich der am wenigsten effektive und am wenigsten wichtige Aspekt russischer Propaganda. Denn die Übernahme von Inhalten bedingt ein aktives kognitives Engagement. In Autokratien aber ist der Impuls, sich aktiv zu engagieren, ungemein kleiner. Denn die grundlegende Erfahrung in Autokratien ist, dass politisches Engagement ohnehin keinen Einfluss auf das Leben hat und keine Veränderung bringt. Propaganda produziert politische Nichtbeteiligung – lebt aber auch von politischer Nichtbeteiligung. Propaganda leistet also nicht nur Überzeugungsarbeit, sondern erzeugt auch politischen Zynismus. Da politische Beteiligung sowieso nichts bringt und Politik als manipulativ wahrgenommen wird, depolitisieren sich Menschen. Dieser Passivität der russischen Bürger:innen entspricht auch die Handlungsweise der Regierung. Der Staat versteht sich mehr auf Demobilisierung denn auf Mobilisierung. Teilweise werden auch selbstorganisierte Grass-Roots-Bewegungen, die die offizielle Narrative unterstützen, nicht gerne gesehen. Denn sie sind schwierig zu kontrollieren. Mit seiner Propaganda möchte das Regime weniger die eigene Ansicht in den Köpfen der Bürger:innen verankern, als vielmehr die Bevölkerung davon abschrecken, politisch aktiv zu werden, notfalls auch zeigen, wozu der Staat repressionsmässig fähig ist.

Eigentliche Überzeugungsarbeit möchte das Regime nicht bei gewöhnlichen Menschen leisten, sondern indem es die Ansichten von Aktivist:innen, die als Unterstützer:innen des Staates agieren oder der Staatsdoktrin nahestehen, verstärkt.

Der Staat springt hier ein, indem er Aktivist:innen, die beispielsweise kritisch gegenüber der NATO oder dem Westen veranlagt sind, mit kohärenten Schemata unterstützt, d.h. diffuse Ressentiments oder halbfertige Ideen durch konkrete Narrative vervollständigt und das rhetorische Werkzeug bietet, um argumentieren zu können.

Organisation und Aktivismus

Was den praktischen Aktivismus der RSD betrifft: Was hat sich nach dem 24. Februar verändert? Wie organisiert und mobilisiert ihr euch jetzt?

Unser derzeitiges Ziel ist es, mit den Arbeiter:innen- und

Student:innenorganisationen sowie den Menschenrechtsorganisationen in Kontakt zu treten.

Wir glauben, dass diese Dezentralisierung die Sicherheit für die RSD erhöhen und gleichzeitig unseren Aktivist:innen helfen wird, wirkliche Organisationsarbeit zu leisten.

Soweit wir die Nachrichten aus den westeuropäischen Ländern verfolgen, gab es seit den imposanten Massenprotesten vom 6. März immer mehr einsame Mahnwachen bzw. Streikposten, bei denen Menschen einzeln oder in sehr kleinen Gruppen Plakate hochhielten, aber immer weniger Massenproteste. Ist das ein Zeichen für eine Atomisierung der Antikriegsbewegung?

Man sollte Atomisierung und Dezentralisierung nicht verwechseln, da Ersteres eine negative Konnotation birgt. Es gibt tatsächlich weniger Versammlungen und keine Organisation, die die Antikriegsbewegung koordinieren will. Und doch gibt es jeden Tag tonnenweise Berichte aus jeder russischen Region, aus vielen Universitäten und Unternehmen und von individuellen Geschichten des Widerstands. Das Wichtigste ist, dass heutzutage alles öffentlich wird. Um die Öffentlichkeitsarbeit zu fördern, haben unsere Aktivist:innen einen sozialistischen Telegramkanal namens NEWOJNA (NOTWAR) eingerichtet, der diese dezentralen Aktionen bündelt. Auch wenn die Aktionen unkoordiniert bleiben, ist das Gefühl der kollektiven Verbundenheit, des massiven Widerstands da. Man muss sich nur mal anschauen, wie die Leute auf die Anti-Kriegs-Performance der ehemaligen Redakteurin des Perwy Kanal (dt. Erster Kanal), Marina Ovsianikova, reagiert haben. Sie tat es allein und löste dennoch bei Millionen ein Gefühl der Solidarität aus.

Gibt es derzeit irgendeine Art von aktivistischer Solidarität oder Zusammenarbeit mit progressiven Gruppen oder Menschen in der Ukraine?

Wir stehen in ständigem Kontakt mit unseren ukrainischen Genoss:innen von Sozialnyj Ruch (Soziale Bewegung) und arbeiten an gemeinsamen Erklärungen und Veranstaltungen.

Einige unserer in Europa ansässigen Genoss:innen haben geholfen, Spenden für die ukrainische Linke zu sammeln.

Wir verbreiten zudem ihre Texte und Beiträge auf Facebook, da dies für sie und die Welt von entscheidender Bedeutung ist [Link zur englischsprachigen Seite findet sich am Ende des Artikels].

Eine Frage, die sich viele friedensbewegte und Linke stellen ist: Wie kann den Ukrainer:innen geholfen werden? Was habt ihr für Ratschläge?

Anders als 2014 spielt die Rechte im heutigen Krieg, der zum Krieg der gesamten Bevölkerung geworden ist, keine so zentrale Rolle mehr⁴ – und unsere Genoss:innen der antiautoritären Linken in der Ukraine, Russland und Belarus kämpfen gemeinsam gegen den russischen Imperialismus [Links zur Unterstützung der ukrainischen oder russischen antiautoritären Linken findet sich am Ende des Artikels].

Abgesehen von Spenden sollte man daran arbeiten, die Sichtbarkeit der antiautoritären Linken in der Ukraine und in Belarus, die gerade jetzt mit der Waffe in der Hand kämpfen, zu erhöhen. Es empfiehlt sich, Interviews mit ihnen zu führen, da sie darum ringen, Gehör zu finden.

Was die westliche Linke anbelangt, so schlagen wir vor, folgende Forderungen zu erheben: Unterstützung für alle Geflüchteten in Europa unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, Erlass der Auslandsschulden der Ukraine, Sanktionen gegen russische Oligarch:innen.

In West- und Mitteleuropa hört man fast nur von Nawalny und Chodorchovsky, wenn es um die russische Opposition geht. Welche Rolle spielen progressive und linke oder gar marxistische Ideen und Organisationen? Wo können linke Gruppen ihren spezifischen Platz innerhalb der Opposition finden und was zeichnet die Linke aus?

Marxistische Ideen haben in Russland eine historische Chance auf eine Neubelebung. Wir sehen, dass die Preise steigen, die Entlassungen Hunderttausende von Menschen ohne Existenzgrundlage zurücklassen. Die aktuelle Kriegssituation kann auch aus einer klassischen Perspektive verstanden werden: ein beträchtlicher Teil der russischen Soldaten kommt aus armen Regionen, für sie stellt die Armee die einzige soziale Aufstiegsmöglichkeit dar.

Die Rolle von Marxist:innen besteht darin, mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten und eine breite Agitation zu betreiben. Die RSD will zeigen, dass dieser Krieg wie immer von den Ärmsten bezahlt werden wird. Wir

4 Die RSD verweist uns auf den Artikel des ukrainischen Aktivisten Taras Bilous, den wir auf sozialismus.ch ins Deutsche übersetzt haben. Aufrufbar auf: <https://sozialismus.ch/international/2022/die-linke-im-westen-muss-umdenken/> (16.03.2022).

veröffentlichen umfassend auf unserem NEWOJNA-Kanal auf Telegram und entwickeln Taktiken für die visuelle Agitation [Aktionen, um kriegskritische Positionen oder Informationen über den Krieg trotz medialer Gleichschaltung und gewaltsamer Repression an öffentlichen Räumen zirkulieren zu lassen; Anm. d. Red.] an allen Orten.

Gleichzeitig sehen wir unsere Rolle darin, Verbindungen mit Linken in der ganzen Welt herzustellen, einschliesslich der Ukraine, USA, Spanien und Grossbritannien. Wir sehen diese Verbindungen jetzt als entscheidend an, da die überwältigende Mehrheit der Weltgemeinschaft Putin für die kriegserische Aggression verantwortlich macht. Dies ist eine gute Wende und eine gute Chance für die russische Linke, um Druck auf die Regierung auszuüben.

Wir sollten dabei jedoch nicht vergessen, dass die ausländische kapitalistische Elite 20 Jahre lang mit Putin kooperiert hat, und es ist dies die Aufgabe der globalen Linken, die Regierungen überall unter Druck zu setzen. Praktisch sollten Linke die Regierungen dazu drängen, die Konten von 20'000 russischen Milliardär:innen zu sperren, wie Thomas Piketty kürzlich vorgeschlagen hat.

Internationale Politik

Führte der Angriffskrieg gegen die Ukraine bei euch zu einer Neubewertung der geopolitischen Rolle der Putin-Regierung sowie der NATO?

Wir haben gesehen, wie Putins Imperialismus in Aktion aussieht. In den 2000ern und 2010ern wurden die Aktionen des russischen Staates auf der Weltbühne von drei verschiedenen Vektoren geleitet. Einerseits institutionalisierte und konsolidierte Putin die Einbindung der russischen Wirtschaftselite in die Weltwirtschaft. Andererseits versuchte die russische Führung, die Rolle eines regionalen imperialen Zentrums zu spielen, das die ehemaligen Sowjetrepubliken kontrolliert, unter anderem durch die Schaffung wirtschaftlicher und politischer Zusammenschlüsse und Bündnisse wie der Eurasischen Wirtschaftsunion. Und schliesslich versuchte Putin, die Weltordnung durch Hackerangriffe, die Finanzierung von rechtsextremen Parteien in Europa etc. zu destabilisieren.

Es war Putins Ziel, im Jahr 2024, wenn die Präsidentschaftswahlen anstehen, Länder wie Kasachstan, Armenien, Belarus und die Ukraine um jeden Preis an die Russische Föderation zu binden oder zumindest die Möglichkeit auszuschliessen, dass sie sich in die westlichen militärisch-politischen internationalen Strukturen eingliedern. Nachdem die Probleme mit Armenien, Kasachstan und Belarus gelöst waren, hat die russische Führung, bewaffnet

mit einer nationalistisch-imperialen Ideologie, einen Krieg gegen die Ukraine begonnen.

Allerdings hat es noch nicht den Anschein, als habe Putin mit diesen Aktionen alle seine Ziele erreicht. Die westlichen Länder und die NATO haben sich nicht zerstritten, sondern sich gegen Putin verbündet, und es wurden noch nie dagewesene Sanktionen gegen Russland verhängt. Gleichzeitig hat der Westen der Ukraine nicht die Unterstützung gewährt, auf die sie gezählt hatte. In gewisser Weise haben sich also die Strategien der beiden Imperialismen geändert. Der russische Imperialismus begann einen Eroberungskrieg, während die NATO, ohne dabei den Nicht-Block-Status der Ukraine infrage zu stellen, die bisherige Linie der Schwächung Russlands fortsetzte, ohne zu einer offenen militärischen Intervention überzugehen: Sanktionen, Waffenlieferungen sowie umfassenden ideologischen Krieg gegen die russische Führung.

Heute ist es wichtig, die alten, weitgehend von der Linken geteilten Stereotypen zu überdenken, wonach jede Diktatur, die sich der NATO widersetzt, wenn sie schon nicht Unterstützung verdient, so doch zumindest das kleinere Übel darstellt. Das Putin-Regime ist, obwohl es weltweit viel schwächer als die Vereinigten Staaten und die NATO ist und nicht alle fünf Punkte der Imperialismusdefinition von Lenin erfüllt⁵, eine primäre Bedrohung

5 Lenin definierte Imperialismus nach 5 Punkten:

1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;
2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses Finanzkapitals;
3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung;
4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und
5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.

Aufrufbar auf: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1917/imp/kapitel7.htm> (22.07.2008). Russlands Wirtschaft basiert entgegen dem Lenin'schen Modell vor allem auf der Ausfuhr von Waren (nicht von Kapital in periphere Regionen der Erde), d.h. vor allem von fossilen Rohstoffen wie Öl und Gas. Gleichzeitig kann Russland aber nicht einfach als von den USA und anderen westlichen Staaten des Globalen Nordens abhängiger Staat beschrieben werden. Dies zeigt nur schon der jahrzehntelange Konflikt zwischen Russland und dem Westen auf diplomatischer wie (wenn auch nicht direkter) militärischer Ebene. Zudem dehnt Russland seinen Einfluss über andere Staaten in und ausserhalb von Europa aus, auch wenn sich dies vor allem auf die militärische Stärke

– zumindest für seine Nachbarn. Zu einer solchen Bedrohung wurde es bei dem Versuch, in die erste Riege der Weltimperialisten aufzusteigen. Dieser Wettstreit, der die Welt an den Rand eines Atomkriegs gebracht hat, muss gestoppt werden.

Das Angriffskrieg war ein gewaltiger Fehler des russischen Regimes, und das Projekt der multipolaren Welt, das weitgehend mit dem Aufstieg von Putins Russland verbunden war, ist gescheitert.

Das heisst aber nicht, dass wir zur früheren unipolaren Welt unter Führung der NATO zurückkehren oder uns mit der Parität zwischen den USA und China als den beiden derzeit stärksten Mächten zufriedengeben sollten. Das Ergebnis dieses Krieges sollte ein Kurs sein, der auf eine radikale Reduzierung der Rolle jeglicher Militärblocke und die Erneuerung und Demokratisierung internationaler Strukturen wie der UNO abzielt und dabei ein neues Sicherheitssystem anstrebt, das im Interesse aller Länder wirkt und sie nicht dazu zwingt, sich dem einen oder anderen Machtzentrum anzuschliessen.

Wie kann den Russ:innen, die der russischen Regierung kritisch gegenüberstehen, geholfen werden? Wie können westliche Progressive und Linke dabei helfen?

1. **Finanzielle Unterstützung:** Die westlichen Linken können diejenigen der russischen Linken unterstützen, die aus Angst vor Verfolgung aus Russland fliehen mussten. In den meisten Fällen sind sie ohne Mittel zur Unterstützung. [Im Anschluss an das Interview finden

Russlands stützt und nicht auf den Anteil am globalen Finanzkapital. Aufgrund des fehlenden Kapitalexports nicht von Imperialismus zu sprechen, birgt das Risiko, dass die militärisch-territoriale Expansion zur politischen und wirtschaftlichen Einflussnahme, die mittlerweile über die ex-sowjetischen Gebiete hinausreicht, was durchaus als Weltmachtstreben beschrieben werden kann, unterschätzt wird [Anm. d. Red.].

sich Links zu zur ukrainischen Operation Solidarity und zum russischen Antikriegsfond; Anm. d. Red.]

2. **Mentoring:** Wir müssen anerkennen, dass die russische Linke nicht über genug Erfahrung im politischen Kampf verfügt und dass sie praktische Ratschläge von reiferen Aktivist:innen braucht, wie man eine starke Gewerkschaft oder Student:innenvereinigung organisiert, wie man unter der Arbeiter:innenklasse und den Student:innen agitiert, wie man die Sicherheit der eigenen Bewegung aufrechterhält usw. Die russische Linke könnte bspw. von kostenlosen Online-Workshops und -Schulungen profitieren, bei denen die Teilnehmende ihre Erfahrungen austauschen können.
3. **Hilfe bei Informationskampagnen:** Die westliche Linke kann Druck auf den Teil der linken Presse ausüben, der der russischen und ukrainischen Linken keine Stimme gibt, weil die russische und ukrainische Linke eben keine neutrale Position in Bezug auf den gewalttätigen Konflikt einnimmt und es ablehnt, ihn als inter-imperialistischen Konflikt zu bezeichnen. Und weil sie auf eine aktivere Unterstützung der Ukraine drängt. Obwohl die westliche Linke einem solchen Standpunkt nicht unbedingt zustimmen muss, hat es einen kolonialistischen Beigeschmack, die russische und ukrainische Linke zum Schweigen zu bringen und nur der Expertise aus Übersee in Bezug auf den Krieg zu vertrauen.

Vielen Dank für dieses sehr aufschlussreiche Interview! Wir wünschen euch und der russischen Opposition gegen den Krieg und gegen Putin ganz viel Stärke und Durchhaltevermögen. Wir sind jeden Tag aufs Neue beeindruckt vom ungebrochenen Widerstandswillen und hoffen, dass sich mehr Linke weltweit offen zeigen für den Erfahrungsschatz der russischen Antikriegsbewegung.

Du möchtest mit einer Spende helfen?

Operation Solidarity bietet Hilfe für Menschen aus der Ukraine, die auf der Flucht sind, und unterstützt emanzipatorische Bewegungen in der Ukraine bei der Verteidigung gegen den imperialistischen Krieg: <https://operation-solidarity.org/donate/>.

Antikriegsfond ist ein vom russischen Antikriegswiderstand selbstorganisiertes Projekt, um Menschen zu unterstützen, die aufgrund einer regierungskritischen oder Antikriegshaltung ihren Job verlieren: <https://lefteast.org/%EF%BF%BCfundraising-for-the-russian-anti-war-movement-strikes-layoffs-resignations>

Weitere Information zur RSD findest du auf ihrer Webpage: <http://anticapitalist.ru>

Oder in Englisch auch auf: <https://www.facebook.com/russocmovement>



Kriegsfolgen: Menschen in den Überresten eines durch Bomben zerstörten Einkaufszentrums in Kiew am 21. März 2022.

SCHWERPUNKT UKRAINEKRIEG

Wofür blutet die Ukraine?

Im Krieg um die Ukraine muss die Linke jede Form des Lagerdenkens vermeiden

Der Krieg in der Ukraine hat unglaublich schnell nicht nur die internationalen politischen Kräfteverhältnisse an den Tag treten lassen. Seit dem 24. Februar 2022 ist auch die Schwäche der Linken offensichtlich: diese schlägt sich in ihrer grossen Mehrheit implizit oder gar explizit auf die Seite des russischen Aggressors oder – viel häufiger – auf diejenige des US-Imperialismus. Nur ein Blick in die neuere Geschichte mit den Instrumenten des revolutionären Marxismus erlaubt ein Entrinnen aus diesen beiden Fallen des Lagerdenkens.

von Willi Eberle (BFS Zürich)

Der Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar ist in erster Linie eine Reaktion auf die in Aussicht gestellte Aufnahme der Ukraine in die Nato und die Einflussnahme des US-Imperialismus in die inneren politischen Prozesse in der Ukraine. Unverzüglich schlossen sich die Reihen innerhalb des Imperialismus und die europäischen Staaten stramm vor ihrem Hegemon, dem US-Imperialismus. Viele, auch radikale, Linke ordneten sich sofort ein in einen Diskurs Alle gegen Russland, oft aus einer Solidarität mit dem ukrainischen Volk. Doch was ist das ukrainische Volk angesichts des seit 2014 andauernden Bürgerkrieges um die russisch-

sprachigen Gebiete im Donbas? Andere Linke solidarisieren sich reflexartig mit Russland. Wir denken, alles Lagerdenken oder Campismus, ob nun zugunsten des Imperialismus oder zugunsten von Russland, zwischen deren Fronten die Ukraine nun blutet, ist sehr problematisch. Die Ukraine wird vor allem seit ca. 2018 als Speerspitze des Imperialismus in diesem schon lange bestehenden Konflikt benutzt, als Stachel im Unterleib Russlands, wie es Scott Ritter, der ehemalige UN-Waffeninspektor, der die Lügen des angelsächsischen Imperialismus um angebliche Massenvernichtungswaffen des Irak aufdeckte, vor wenigen Wochen ausdrückte. Dabei

« (...) alles Lagerdenken oder Campismus, ob nun zugunsten des Imperialismus oder zugunsten von Russland, zwischen deren Fronten die Ukraine nun blutet, ist sehr problematisch.

spielte die hochgeschaukelte Dynamik des Bürgerkrieges um den russischsprachigen Donbas eine zentrale Rolle. Wie in allen ehemaligen Sowjetrepubliken, so entlud sich auch in der Ukraine ein antirussisches Ressentiment wegen dem grossrussischen Chauvinismus der ehemaligen sowjetischen stalinistischen Bürokratie.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion von 1991 bewahrheitete sich die Prognose Trotzki's aus den 1930er Jahren, dass dem Stalinismus nur zwei Wege offen stünden: entweder ein brutaler Rückfall in den Kapitalismus oder aber eine sozialistische Revolution. Um letzteres zu verhindern, dafür haben die Stalinist:innen seit den 1930er Jahren mit aller Kraft gesorgt, gerade auch gegen Ende der 1980er Jahre angesichts der grossen Arbeiter:innenaufstände im Donbas, in Leningrad und im Ural. In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden die Ex-Sowjetrepubliken mehrheitlich im Rahmen von neoliberalen Marktreformen durch die Oligarch:innen und westliche Firmen geplündert. Insbesondere Russland und noch stärker die Ukraine, vor allem im Donbas, gerieten in eine Abwärtsspirale bezüglich Lebensqualität und die Arbeiter:innenklasse verarmte. Russland hat heute ein pro-Kopf Einkommen, das etwa 1/8, und die Ukraine eines, das etwa 1/20 des Wertes in der Schweiz beträgt, wobei zusätzlich berücksichtigt werden muss, dass beide Länder aufgrund ihres Clan-Kapitalismus und einer starken Vetternwirtschaft und Korruption eine noch ausgeprägtere Ungleichverteilung aufweisen als die Schweiz.

Die reaktionäre neoliberale Schocktherapie und der Zusammenbruch von 1998 haben weite Teile der aufstrebenden Mittelschicht v.a. in Russland, aber auch in der Ukraine in den Ruin getrieben. Dies hat eine starke Rechtsentwicklung befeuert, da keine Arbeiter:innenbewegung der unheilvollen Abwärtsentwicklung entgegenreten konnte. Die Demokratie, von der die Mittelschicht träumte, brach mit der Bombardierung des russischen Parlaments im Oktober 1993 zusammen. Und schliesslich sah sich Russland, anstatt friedlich in die Gemeinschaft der Nationen integriert zu werden, einem unerbittlichen militärischen und wirtschaftlichen Druck seitens seiner westlichen Partner ausgesetzt. Die Versprechungen, die Russland bezüglich einer Nichterweiterung der Nato gegeben wurden, erwiesen sich als wertlos. Jeder Versuch Russlands, seine unabhängigen Interessen geltend zu machen, wurde mit

Wirtschaftssanktionen und militärischen Drohungen beantwortet.

In Form der Ukraine-Krise steht Russland nun den tragischen und potenziell katastrophalen Folgen der Auflösung der Sowjetunion gegenüber. Putin versucht seit etwa 15 Jahren, diese Krise durch Massnahmen zu überwinden, die durch und durch reaktionär und politisch bankrott sind. Die Kriege, die seit 2008 in Georgien, Libyen, Syrien, Ukraine, in Zentralafrika u.a.O. geführt werden, sind ebenso verroht, wie diejenigen der USA und der Nato. Es ist bezeichnend, dass Putin seine Kriegsrede vom 24. Februar damit begann, Lenin, die Oktoberrevolution und die Gründung der UdSSR anzuprangern. Ironischerweise liegt Putin mit seinem Hass auf den Marxismus und den Bolschewismus ganz auf einer Linie mit seinen Feinden in der Nato.

Die Nato und insbesondere die USA haben in den vergangenen 30 Jahren weltweit so viele Kriege geführt, dass die russische Bevölkerung und deren korrupte politische Führung durchaus Anlass haben, sich ob von der Nato-Osterweiterung, insbesondere durch deren Vordringen in die Ukraine bedroht zu sehen. Die aggressive Gangart der Biden-Administration und deren Unterstützung durch viele europäische Nato-Staaten geben den Befürchtungen weitere Nahrung, dass sich die sogenannte Ukraine-Krise eigentlich gegen Russland richtet und die Ukraine dem US-Imperialismus als Speerspitze gegen Russland dient. Berichte über entsprechende Planspiele in US-amerikanischen Regierungsstellen um 2018/2019 und die darauffolgende Eskalation des Konfliktes um die Donbas-Region (Scott Ritter; John J. Mearsheimer) bestätigen dies. In der Nato rechnen die offiziellen Kreise mittlerweile mit der zunehmenden Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Konflikts, der schnell zur Zerstörung eines grossen Teils von Europa und Russlands führen könnte. Man erinnert sich dabei an die Planspiele in der Reagan-Administration in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, wo offen über einen lokal begrenzten Atomkrieg gegen Russland in Europa gesprochen wurde...

In der Tat haben sich die Reihen innerhalb des Imperialismus nach dem 24. Februar sofort hinter dem Hegemon des US-Imperialismus geschlossen, wie die Fragen der Sanktionen, die Frage der Waffenlieferung, die militärische Aufrüstung und die Kriegsrhetorik und -politik gegen Russland zeigten; ja, die Erdgaspipeline Nordstream 2, ein Gemein-

schaftsprojekt zwischen Deutschland und Russland, wurde von der deutschen Regierung gehorsamst auf Eis gelegt, wie dies von den USA seit Jahren erfolglos gefordert wurde.

Nach 1991 hat sich der Konflikt zwischen russischsprachigen und ukrainischsprachigen Regionen (v.a. Donbasregion und Krim) verschärft, nachdem 1991 das Russische als Amtssprache abgeschafft wurde. Gleichzeitig bauten sich rechte Kräfte auf, deren Wurzeln teilweise bis weit in die dreissiger Jahre zurückreichen (Rechter Sektor, UON, UNSO, Svoboda, C 14, u.a.). Stepan Bandera, der Führer der ukrainischen Nazis im Zweiten Weltkrieg, und deren Ruf Slava Ukraini, sind heute weitherum akzeptiert. Diese Strömungen und deren Ausläufer in die rechte Mitte waren spätestens ab dem Putsch von 2014 entscheidende politische Kräfte und sind seitdem in den staatlichen Institutionen, gerade auch in der Armee, gut vertreten. Sie stellen, z.B. mit dem Asow-Regiment eine wichtige Stütze der Armee im Krieg in der Ostukraine und nun gegen Russland. Die Regierung Selenskyj, selbst ein Produkt dieser Rechtsentwicklung, verbietet und verfolgt linke Oppositionsbewegungen, ähnlich wie Putin in Russland. Die Ukraine ist das Land der Ex-Sowjetunion, in dem sich die neoliberalen Strukturanpassungen der 1990er Jahre und nach 2010 besonders verheerend ausgewirkt haben. Die Ukraine gehört heute zu den ärmsten Ländern der Welt.

Zweifelsohne ist Russland ein spezielles kapitalistisches Land, ist aber weiterhin eine Regionalmacht: es verfügt, wie die Ukraine, als ein typisch halbkoloniales Land über ein riesiges Reservoir an Bodenschätzen und grosse fruchtbare landwirtschaftliche Anbauflächen. Seine industrielle Struktur ist auf den Rüstungssektor konzentriert, daneben aber gibt es nur eine schwache industrielle Tiefenstruktur, so dass die Voraussetzungen fehlen, in der imperialistischen Strategie der Wertschöpfungsketten Fuss zu fassen. Ganz zu schweigen davon, dass die Bemühungen um den Aufbau einer internationalen Einflusszone, oft mit brutalen militärischen Aktionen aber auch durch Subventionen, eher kostspielig sind – so wurden der Ukraine bis 2014 die Gaspreise um 30 Prozent verbilligt. Das heisst, es gibt kaum einen Mehrwerttransfer aus diesen Ländern nach Russland, wie dies für imperialistische Länder sonst typisch ist, ausser als Renten aus den Rohstoffverkäufen an die – oft im Westen lebenden – Oligarch:innen und den russischen Staat. Russland hat unter Putin seit ca. 2008 seine militärische Karte genutzt, um sich internationalen Respekt zu verschaffen, steht traditionell aber selbst im Visier des Imperialismus wegen seiner riesigen Territorien, seinen natürlichen Reichtümern und seit ca. 2008 zunehmend auch wegen den sich verstärkenden Bestrebungen, China einzukreisen. Russland ist mit der Oktoberrevolution aus dem Imperialismus ausgeschieden – seither gelang es der herrschenden Clique nicht, sich in dessen zentralen Strukturen einflussreich zu positionieren; die – vorläufig – weiterbestehende Präsenz in internationalen Institutionen ist ein Produkt der Nachkriegsordnung. Russland hat aktuell ausserhalb des Gebietes der ehemaligen Sowjetunion nur vier Militärbasen in Syrien, die USA unterhält weltweit ungefähr 1.100, einige davon mit Foltergefängnissen, z.B. in Rumänien, in Polen und im Kosovo.

Schliesslich ist die militärische Stärke mit der grossen Atombewaffnung eine der vergifteten Perlen, die vom Stalinismus 1991 an den russischen Staat und die Oligarchie übergeben wurde. Diese militärische Stärke hat in Russland nach wie vor ein hohes Ansehen, hat die Sowjetunion doch mit über 30 Millionen Kriegsoptionen die Hauptlast des Krieges gegen Nazi-Deutschland getragen.

Der Hauptfeind sitzt im eigenen Land, wie Karl Liebknecht einst beim Ausbruch des ersten Weltkriegs 1914 bemerkte. So werden nun überall in Europa, auch in der Schweiz, die Ausgaben für Rüstung und Militär in Blitzentscheiden stark erhöht. In der Schweiz sollen 2 Mrd mehr ausgegeben werden für die Armee, 1/3 mehr als bisher. Das erforderliche Geld soll bei eher weichen Budgetposten geholt werden, wie Bildung, Entwicklungshilfe, Sozialausgaben, Flüchtlingspolitik, Hier gilt es einen Kampf zu entwickeln gegen Militarismus, Chauvinismus, für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten, gegen Rassismus, gegen Repression, für ein gutes, egalitäres Gesundheitssystem. All dies in einem Umfeld, wo mehrere grosse Krisen zusammentreffen, wie die Klimakrise, die Zerstörung der weltweiten Wasserversorgung und Artenvielfalt, die Gesundheitskrise um die verschiedenen Seuchen wie Pocken, Corona, Ebola, Malaria, die wachsende Hungerkrisen v.a. in Afrika und Teilen Vorderasiens wie etwa in Afghanistan, die allgemeine politische Rechtsentwicklung, die zunehmende Ausweglosigkeit einer schweren weltweiten ökonomischen Krise, wie die wachsende Inflation auch in den imperialistischen Zentren anzudeuten scheint. In diesem Kampf stehen wir demselben Feind gegenüber, wie die Arbeiter:innenklasse Russlands und der Ukraine. Dieser Feind versucht, die Kosten für Krieg, Sanktionen und Krise auf die Schultern der Arbeitenden abzuwälzen. Der Aufbau einer Bewegung für den Sozialismus muss hier ansetzen und nicht Hilfe erwarten von der Pest des US-Imperialismus oder von der Cholera des bankrotten russischen Regimes.

Forderungen

Forderungen von politischen Organisationen haben den Sinn, die eigene Einschätzung und die Perspektiven an die Öffentlichkeit zu bringen. Nicht, dass sie unmittelbar realisierbar wären. In diesem Sinne, aufgrund der obigen kurzen Einschätzung folgende Forderungen:

1. Sofortiger Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine
2. Sofortiger Abzug allen Nato-Militärpersonals aus der Ukraine und Osteuropa
3. Sofortige Auflösung der Nato und der von Russland angeführten OVKS
4. Offene Flüchtlingspolitik für alle Kriegsflüchtlinge, wie im Fall der Ukraine
5. Wiederaufbau der Ukraine durch die Weltbank (alternativ: durch Russland und die USA)
6. Gleichstellung des Russischen mit dem Ukrainischen in der Ukraine
7. Stärkung der Selbstorganisation der Arbeiter:innenklasse weltweit

Solidarität mit der Bevölkerung statt Lagerdenken

Das geopolitische Denken einiger Linken zeigt keinerlei Mitgefühl mit den kriegsbetroffenen Menschen. Eine Kritik am schematischen und kaltblütigen Lagerdenken.

von Leo Keller (BFS Basel)

Was mich an den unzähligen linken Kommentaren zum Ukraine-Konflikt, die ich in letzter Zeit gelesen habe, am meisten nervt, ist diese überhebliche Art, mit der die Ukrainer:innen zu einer Schachfigur in einem globalen Konflikt zwischen zwei imperialistischen Machtblöcken reduziert werden. Viele sagen, dass Russlands Angriffskrieg als eine Reaktion auf die Provokationen der Nato zu verstehen sei. Andere wiederum stimmen nun in die Chöre der unbedingten Nato-Befürworter:innen ein und vergessen deren Schandtaten in der Vergangenheit wie durch eine plötzliche Amnesie. Kaum jemand macht sich die Mühe zuzuhören, was denn die Ukrainer:innen selbst fordern. Damit meine ich ausdrücklich nicht die keineswegs linke, aber dennoch demokratisch legitimierte Regierung Selenskyjs. Ich meine die verschiedenen linken Institutionen, Parteien und Gruppierungen, die es in der Ukraine gibt. Auf sie wird nicht gehört.

So haben sich viele Linke damit begnügt, sich zu einem Sprachrohr Putins zu machen, indem sie gebetsmühlenartig wiederholen, dass es in der Ukraine rechtsradikale Gruppierungen gibt. Diese Reduktion der ukrainische Zivilgesellschaft auf ihre autoritärsten Elemente suggeriert, dass hier gerade tatsächlich eine Bevölkerung von ihrer faschistischen Regierung befreit wird, wie es die Kreml-Propaganda vorgibt. Die Bevölkerung mit ihren unterschiedlichen politischen Ausrichtungen wird hingegen bei der Beurteilung des Geschehens nicht einbezogen. Den Ukrainer:innen wird ähnlich wie den Menschen in Syrien eine eigene politische Subjektivität aberkannt.

Diese Leute sagten zwar, dass der russische Angriffskrieg zu verurteilen sei, die Ukraine jedoch ein mindestens genauso schlimmes Oligarchen-Regime darstelle. Der Fakt, dass es dort (wie in vielen europäischen Ländern) rechtsradikale Parteien und Gruppierungen gibt (ein nazistisches Wahlbündnis kam in den letzten Wahlen auf 2.15 Prozent), lässt sie schlussfolgern, dass man sich auf keine Seite schlagen, sondern sich auf die Forderung zur Aufnahme von Geflüchteten beschränken solle.

Längere Geschichte

Diese Thesen sind nicht neu. Es handelt sich um eine Wiederholung jener Analysen, die schon im Syrienkrieg dazu geführt haben, dass Teile der westlichen Linken nicht fähig waren, eine echte Antikriegsbewegung zu formieren. Schon damals hatten gewisse Linke die Bedürfnisse der Syrer:innen nicht berücksichtigt; schon damals veranstalteten führende westliche Antikriegsorganisationen Konferenzen zu Syrien, ohne Redner:innen aus Syrien einzuladen; schon damals hatten sich diese Leute darauf beschränkt, die syrische Bevölkerung mit den islamistischen Gruppen gleichzusetzen, deren Ideologien im vom Assad-Regime angerichteten Chaos gedeihen konnten. Oder sie haben ganz direkt das Narrativ von Assad und seinen russischen Verbündeten übernommen, die behaupteten, dass ausländische Agent:innen einen souveränen Staat mit einem demokratisch legitimierten Herrscher stürzen wollten. Tatsächlich aber gab es in Syrien nicht nur das Assad-Regime mit Iran und Russland



im Rücken, das gegen von der Türkei finanzierte Islamisten vorgegangen ist. Es gab hunderttausende Menschen, die gegen die Diktatur auf die Strasse gegangen sind und ganz unterschiedliche Anliegen vertraten.

Schematisches Denken

Der Grund für dieses Versagen der Linken liegt in einer theoretischen Analyse, die auf alten Theorien des letzten Jahrhunderts beruht, die wie in Stein gemeisselte Wahrheiten behandelt werden. Nun sollen sie eins zu eins auf die heutige Situation übertragen werden. So kommt es etwa zur absurden Situation, dass die bekannte Aussage des Sozialisten Karl Liebknecht Anfang des 20. Jahrhunderts «Der Hauptfeind steht im eigenen Land!» zu einer allgemeingültigen Wahrheit verklärt wird, ohne die jeweiligen konkreten Machtverhältnisse zu berücksichtigen.

Dabei sollte der Hauptfeind der Linken doch der Imperialismus an sich sein, völlig abgesehen davon, wo und in welcher Form er in Erscheinung tritt. Es gilt jede konkrete Situation, in der der Imperialismus in Erscheinung tritt, neu und unvoreingenommen zu analysieren.

Die Ukraine ist kein linkes Staatsgebilde wie etwa Spanien zu Zeiten des Bürgerkrieges. Aber sie war und ist immerhin ein bürgerlicher Staat, der bürgerliche Freiheiten wie Rede- und Versammlungs- und Meinungsfreiheit mehr oder weniger anerkennt. Und das in einem grösseren Ausmass als etwa in Russland (siehe Demokratieindex). Wir Linken sollten auch diese bürgerlichen Freiheiten

verteidigen, denn sie sind die Waffen, deren wir uns für eine erfolgreiche Umgestaltung der Gesellschaft bedienen können/müssen! In einer Überwachungsdictatur wie in China oder eben Russland würden Revolutionen bereits im Keim erstickt werden.

Den direkt Betroffenen zuhören

Die Gefahr solcher Debatten ist, dass sie vom Wesentlichen ablenken. Es geht erst einmal nicht darum, ob Selenskyj korrupt ist, oder ob in der ukrainischen Armee ein Nazizeichen gesichtet wurde. Es geht auch nicht darum, ob der Westen seinen Teil bei der Zuspitzung des Konfliktes beigetragen hat, was natürlich der Fall ist. All diese Fragen sind nach der Invasion Nebensächlichkeiten geworden, mit denen sich im Westen zwar gut debattieren lässt, die aber für die Menschen vor Ort, die ihre Heimat der Zerstörung ausgesetzt sehen und ihre Liebsten tagtäglich erbarmungslos an den Tod verlieren, wirklich irrelevant geworden sind. Schlimmer sogar: Aus Sicht derer, die direkt betroffen sind, klingen sie bizarr, weltfremd und zuletzt auch einfach niederträchtig. Den Ukrainer:innen muss geholfen werden, ihr Land zu verteidigen. Wenn sie es verlangen, auch mit Waffen!

PS: Flugverbotszonen sind natürlich eine gefährliche eskalative Massnahme und die Verhinderung der Flucht ukrainischer Männer ist zu verurteilen!

Nein zum Krieg aus feministischer Perspektive

Der Angriffskrieg Putins trifft FLINTA im Besonderen. In Kriegsgebieten und auf der Flucht sind vor allem FLINTA geschlechterspezifischer Gewalt ausgesetzt, haben einen konservativen Backlash zu fürchten und müssen verstärkt Sorge- und Versorgungsarbeit leisten. Anstatt in eine Aufrüstung müsste in sichere Fluchtrouten und den Ausbau der Sorge- und Versorgungsinfrastruktur investiert werden.

von Lisi Kalera (BFS Basel)



« Mit den Forderungen nach Gleichheit und Selbstbestimmung stellen sich Feminist:innen weltweit gegen das kriegstreibende und unterdrückende Patriarchat.

Feminist:innen in der Schweiz und auf der ganzen Welt nehmen an Antikriegsdemonstrationen teil und stellen sich gemeinsam gegen die militärische Aggression der Putin-Regierung. Wir verurteilen die imperialistische Invasion von Putin. Wir sagen Nein zu reaktionären, faschistischen und imperialistischen Tendenzen weltweit und kämpfen für soziale Gerechtigkeit in der Ukraine. Wir fordern den sofortigen Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine, das Ende der Bombardements, und die sofortige Aufhebung der Belagerung von Städten.

Solidarität mit der feministischen Bewegung in Russland und weltweit

Mit den Forderungen nach Gleichheit und Selbstbestimmung stellen sich Feminist:innen weltweit gegen das kriegstreibende und unterdrückende Patriarchat. Dabei wird einmal mehr die ausgeprägte internationale Solidarität der feministischen Bewegungen sichtbar. Sie folgen mit ihren Protesten auch dem Manifest russischer Feminist:innen¹, die sich gegen das Regime Putins stellen und vor allem kurz nach Beginn des Krieges fast tagtäglich Widerstand leisteten und diesen in der russischen Zivilgesellschaft massgeblich vorantrieben. Konkret fordern sie:

- Beteiligt euch an friedlichen Demonstrationen und startet Offline- und Online-Kampagnen gegen den Krieg in der Ukraine und Putins Diktatur und organisiert eigene Aktionen.



Feminist Anti-War Resistance

- Nutzt das Symbol der Feministischen Antikriegs- und Widerstandsbewegung in euren Materialien und Publikationen, ebenso wie die Hashtags #FeministAntiWar-

Resistance und #FeministsAgainstWar

- Verbreitet die Informationen über den Krieg in der Ukraine und Putins Aggression. Wir brauchen die ganze Welt, um die Ukraine in diesem Moment zu unterstützen.
- Teilt dieses Manifest mit anderen. Es ist notwendig zu zeigen, dass Feminist:innen gegen diesen Krieg sind – und gegen jede Art von Krieg. Es ist auch wichtig zu zeigen, dass es immer noch russische Aktivist:innen gibt, die bereit sind, sich im Widerstand gegen Putins Regime zu vereinen. Wir alle sind jetzt in Gefahr, vom Staat verfolgt zu werden, und brauchen eure Unterstützung.

Die feministische Bewegung kämpft als eine der wichtigsten oppositionellen Kräfte in Russland für den Aufbau einer gerechten Gesellschaft mit gleichen Chancen und Perspektiven für alle, in der Gewalt und militärische Konflikte keinen Platz haben. Mit dem Manifest und vielen anderen Aktionen demonstrieren sie gegen den Krieg und trotzen dabei der brutalen Repression von Putins Polizeiapparat.

Feministisch gegen einen rechts-konservativen Backlash

Krieg bedeutet Gewalt, Armut, Zwangsvertreibung, zerstörte Leben, Unsicherheit und das Fehlen einer Zukunftsperspektive. Er ist unvereinbar mit den wesentlichen Werten und Zielen der feministischen Bewegung nach dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung über den eigenen Körper und Kampf gegen geschlechter-spezifische Gewalt. Denn der in Kriegszeiten zunehmende Nationalismus und Chauvinismus birgt die Gefahr eines Backlashs von erkämpften Rechten, wie das Recht auf Abtreibung, die Rechte von LGBTQIA auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Identität.

Russische Feminist:innen verweisen darauf, dass der gegenwärtige Krieg gegen die Ukraine durch das Regime Putins auch unter dem Banner der von den Regierungs-ideolog:innen verkündeten traditionellen Werten geführt wird.² Es ist eine bewusste Strategie des Kremls, in Abgrenzung zum liberalen Westen konservative und rechte Ideologien zu verbreiten und Christentum, Konservatismus und Nationalismus zu stärken.³ Deshalb wird er auch von Rechten in

1 <https://jacobinmag.com/2022/02/russian-feminist-antiwar-resistance-ukraine-putin> 27.22.2022

2 <https://www.woz.ch/-c32e> 8.4.2022

3 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/>

« Wie unsere feministischen Geschwister in Russland in ihrem Manifest schreiben: Wir sind die Opposition gegen Krieg, Patriarchat, Autoritarismus und Militarismus. Wir sind die Zukunft, die sich durchsetzen wird.

Europa und den USA unterstützt.⁴ Konservative Werte, die die Ausbeutung der Frauen und die Unterdrückung derjenigen verschärfen, deren Lebensweise, Selbstverständnis und Handeln nicht den engen patriarchalen Normen entsprechen. Dieser Krieg verschärft die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und wirft die Errungenschaften der feministischen Bewegung um viele Jahre zurück.

Die Besetzung eines Nachbarstaates wird mit der Erhaltung traditioneller Werte gerechtfertigt. Putin und der russische Staat sprechen von Befreiung, zementieren aber Gewalt und patriarchale Unterdrückung. Als Feminist:innen müssen wir uns dieser demagogischen Tatsachenverdrehung mit aller Kraft entgegenstellen.

FLINTA sind in Kriegsgebieten spezifischer Gewalt ausgesetzt

Der Krieg bedeutet auch eine besondere Verschlechterung der Lebensbedingungen von Frauen und queeren Menschen, da Sexismus, Trans- und Homophobie sowie geschlechterspezifische Gewalt zunehmen. Sexuelle Gewalt im Krieg ist nicht einfach ein Nebenprodukt von Bomben und Kugeln. Vergewaltigungen werden oft als Kriegswaffe eingesetzt. FLINTA auf der Flucht oder im Kriegsgebiet sind ebenso wie Soldat:innen in Kriegsgefangenschaft massiver sexualisierter Gewalt ausgesetzt.

russlands-wladimir-putin-als-starker-mann-fuer-konservative-13290422.html 8.4.2022

4 <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/ukraine-invasion-wladimir-putins-globale-rechte-demaskiert-sich-selbst-kolumne-a-cd3e7e84-0aef-45f1-8c96-960273c1f6f2> 8.4.2022

Gefahr von Menschenhandel

Die Flucht von über 5 Millionen Menschen ist für Frauen und queere Menschen, Transpersonen, Inter- und Asexuelle Menschen besonders gefährlich, da sie in besonderem Masse Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt sind. Besonders Frauen und Kinder sind von Menschenhandel betroffen, weshalb Schweizer Grenzschutzbehörden Flyer dazu verteilen. Wirklich wirksam wären allerdings direkte, sichere Fluchtrouten, was aktuell noch für viele Flüchtende aus der Ukraine gegeben ist, sofern sie als Personen mit weisser Hautfarbe wahrgenommen werden. Zahlreiche Menschen of Colour wurden hingegen systematisch an der Flucht aus der Ukraine gehindert. Wir fordern nicht nur für Ukrainer:innen, sondern für alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe oder Herkunft sichere Fluchtrouten – sicher auch vor sexualisierten Übergriffen und Ausbeutung.

Transfrauen werden spezifisch an der Flucht gehindert.

Laut Medienberichten wird Transfrauen die Flucht verunmöglicht. Weil ihr Geschlecht nicht in den Pass eingeschrieben, ist ihnen die Möglichkeit verwehrt, die Ukraine zu verlassen. Somit wird Transfrauen nicht nur ihre Identität und ihr Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen. Sondern Transfrauen werden wissentlich der systematischen sexualisierten Gewalt ausgesetzt, die ihnen in Kriegsgebieten an Checkpoints, in Hafteinrichtungen oder an der Front widerfährt. So gibt es zahlreiche Berichte von Transfrauen aus Syrien, die aufgrund ihres weichen Aussehens misshandelt und sexuell missbraucht oder besonders schwer gefoltert wurden, wenn ihre Geschlechtsidentität bekannt wurde. Überlebende dieser



Gewalt hatten neben körperlichen Wunden und sexuellen Traumata oft anhaltende Anzeichen von Depressionen und Paranoia.

Frauen in der Ukraine müssen verstärkt Sorge- und Versorgungsarbeit leisten

Momentan flüchten vor allem FLINTA und Kinder aus der Ukraine, da alle Männer zur militärischen Landesverteidigung verpflichtet wurden. Doch das Bild Frauen fliehen – Männer bleiben ist verkürzt. Zahlreiche Frauen sind ebenfalls in den ukrainischen Streitkräften aktiv. Der Frauenanteil in der ukrainischen Armee liegt bei über 15%. Zudem harren viele Frauen in den bombardierten und belagerten oder vom Kriegsgeschehen noch verschonten Städten aus. Sie stemmen die immer schwieriger werdende Versorgung und pflegen Kinder, Kranke und ältere Menschen. Im blanken Überlebensmodus wirken sie als moralische Stützen, in ständiger Sorge um ihre (männlichen) Verwandten.

Ausbau sozialer Infrastruktur statt weltweite Aufrüstung!

Die Rufe nach nationaler Aufrüstung und Militarisierung in den USA und vielen europäischen Staaten als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine sind grundlegend falsch. Wir fordern eine weltweite Abrüstung, insbesondere von Atomwaffen. Waffen ermöglichen Kriege und in diesen können Menschen nur verlieren, auch wenn wir in der unmittelbaren Situation die Selbstverteidigung der ukrainischen Bevölkerung und damit Waffenlieferungen an die Ukraine unterstützen. Anstatt den kapitalistischen und militärischen Wettlauf voranzutreiben, müssen wir während Krieg und Krise Solidarität und Gemeinschaft

aufbauen. Eine Solidarität, die Grenzen überwindet und internationalistisch gegen Krieg, Kapital und Patriarchat kämpft.

Anstatt dass die Schweizer Regierung und viele andere Staaten Milliarden in die Aufrüstung der eigenen Armee und das Wettrüsten stecken, fordern wir:

1. sichere, direkte Fluchtrouten (allgemeine Wiedereinführung des Botschaftsasyls, gratis Direktflüge und -züge in die Zielregionen) für alle flüchtenden Menschen
2. keine prekären Aufenthaltsstatus wie F oder S, die Ankommen und Integration erschweren
3. Deutschkurse und psychologische Betreuung für die Ankommenden
4. einen Ausbau der sozialen Sorge- und Versorgungsinfrastruktur (kostenlos Kita als Service Public), genügend Frauenhausplätze, genügend Personal und höhere Löhne im Sorge- und Betreuungsbereich)

In den letzten zehn Jahren hat die feministische Bewegung eine enorme mediale und kulturelle Macht erlangt. Es ist an der Zeit, diese Macht in politische Macht umzuwandeln. Wie unsere feministischen Geschwister in Russland in ihrem Manifest schreiben: Wir sind die Opposition gegen Krieg, Patriarchat, Autoritarismus und Militarismus. Wir sind die Zukunft, die sich durchsetzen wird.

Der Krieg in der Ukraine verschärft den weltweiten Hunger

Der Überfall Russlands auf die Ukraine versetzt die Agrarbranche weltweit in Alarmbereitschaft. Die Preise für Grundnahrungsmittel steigen. Vor allem im Globalen Süden wird der Hunger zunehmen. Doch es gibt auch Gewinner des Krieges, denn auf dem kapitalistisch organisierten Weltagrarmarkt lässt sich mit dem Elend der Menschen viel Geld verdienen.

von Eva L. Blum (BFS Zürich)

« Im Kapitalismus zählt ausschliesslich das zahlungsfähige Bedürfnis; die von einem Agrarbetrieb oder Unternehmen produzierten Güter sind nur Mittel zum Zweck.

Die Ukraine ist weltgrösster Exporteur von Sonnenblumenöl, viertgrösster Exporteur von Mais und siebentgrösster Exporteur von Soja und Weizen. Was den Weizen angeht, sorgte das Land bisher für 15 Prozent der weltweiten Exporte, mit Russland gemeinsam ist es knapp ein Drittel. Massiv darauf angewiesen sind neben dem Nahen Osten vor allem nordafrikanische Länder, die gut die Hälfte ihrer Getreideimporte aus der Schwarzmeerregion beziehen. Der Preis für eine Tonne Weizen überstieg im März zeitweise die Grenze von 400 Euro; der höchste Stand seit 14 Jahren. Expert:innen warnen, dass die Steigerungen bis ins Jahr 2023 hinein anhalten könnten. Dies hätte fatale Folgen für die Bevölkerung in den Importländern und könnte humanitäre Krisen auslösen.

Länder wie der Sudan oder Äthiopien haben bereits seit Monaten mit Hunger zu kämpfen, auch viele Menschen in Mali, im Jemen oder in den Camps mit hauptsächlich syrischen Geflüchteten im Libanon sind von Hilfslieferungen abhängig. Auch die Pandemie hat in vielen Ländern v. a. des Globalen Südens die Hungerkrise verschärft. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) geht inzwischen von mehr als 800 Millionen unterernährten und hungernden Menschen weltweit aus.¹ Die aufgrund des Krieges zu erwartenden Ernteaufschläge und die damit verbundenen (weiteren) Preissteigerungen,² werden also in vielen Ländern eine bereits jetzt äusserst prekäre Situation weiter verschlechtern.

Als Reaktion auf die Krise und die Preissteigerungen wird in den westlichen Industrienationen nun eine Ausweitung der Produktion gefordert. Es sollen also mehr Weizen, Mais etc. produziert werden, um die ausfallenden Exporte aus der Ukraine (und Russland) zumindest teilweise zu kompensieren. In der EU sollen beispielsweise auch stillgelegte Flächen in die Produktion einbezogen werden und der bereits beschlossene weitere Ausbau des Ökolandbaus wird sistiert, da dessen Flächenproduktivität geringer sein soll als jene des konventionellen Anbaus. Um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten, könne man sich nun keine Ertragsreduktionen leisten, heisst es.

Soll nun also mehr produziert werden, um weltweit den Hunger zu bekämpfen? Dieser Eindruck wird derzeit zumindest im öffentlichen Diskurs vermittelt.

Der eigentliche Zweck der kapitalistisch organisierten Agrarproduktion besteht allerdings gar nicht darin, Menschen mit ausreichend Nahrungsmitteln zu versorgen. Die Versorgung findet nur dann statt, wenn sich damit möglichst hohe Profite erwirtschaften lassen. Daher stellt sich die Frage: Wozu die Mehrproduktion und wer wird davon profitieren? Um dies zu klären, sind einige grundlegende Funktionsweisen des kapitalistisch organisierten Weltmarktes für Agrarprodukte zu untersuchen. Wie kommen die Preise für Rohstoffe wie Weizen zustande? Warum sind so viele Länder des Nahen Ostens und in Nordafrika abhängig von Weizenlieferungen? Haben sie keine eigene Landwirtschaft, die Güter für die Versorgung der heimischen Bevölkerung produzieren könnte? Warum führen Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel wie Weizen, vor allem in Ländern des Globalen Südens, immer wieder zu heftigen politischen und sozialen Krisen?

Preisbildung auf den Weltagarmärkten – eine volatile Angelegenheit

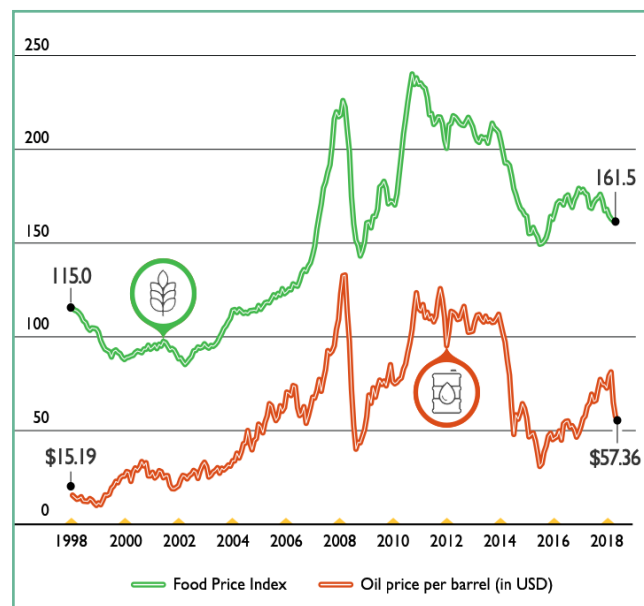
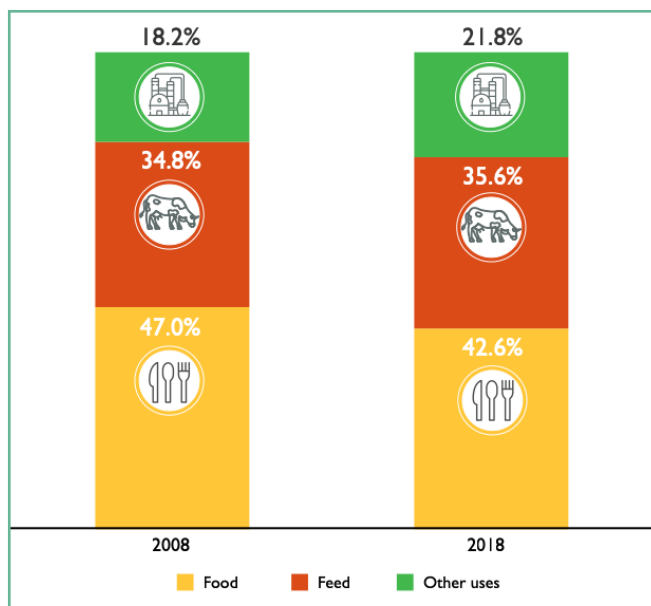
Die herrschende (Agrar-)Ökonomie behauptet, dass sich die Preise auf den Weltmärkten vor allem über Angebot und Nachfrage bilden. Je freier der Markt, d. h. je weniger staatliche Fesseln für das Privateigentum – dieses gilt als die entscheidende Grundlage effizienten Wirtschaftens –, desto freier die Preisbildung, desto leistungsfähiger der Markt und desto mehr Wirtschaftswachstum, das letztlich allen zugutekommt. Die (auch) in der kapitalistischen Agrarwirtschaft etablierte Konkurrenz um Profite und rationelle, also möglichst kostengünstige Produktion soll, so die herrschende Vorstellung, dazu beitragen, dass auf möglichst effiziente Weise mit knappen Ressourcen Güter zur Bedürfnisbefriedigung hergestellt werden. Ist das so? Nein, denn im Kapitalismus zählt ausschliesslich das zahlungsfähige Bedürfnis; die von einem Agrarbetrieb oder Unternehmen produzierten Güter sind nur Mittel zum Zweck, d. h. sie dienen primär dem Einsammeln dieser Zahlungsfähigkeit.

Natürlich wird der Preis für z. B. Weizen auch durch die Angebotsmenge – wie viel Tonnen können die weizenproduzierenden Länder dem Weltmarkt zur Verfügung stellen³ – und die Nachfrage bestimmt. Die aktuellen

1 Quelle: 2021 State of Food Security and Nutrition in the World, <https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000130141/download/>

2 Die Weltmarktpreise für Lebensmittel steigen, u. a. aufgrund der Pandemie, bereits seit 2020: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2020-steigen-de-lebensmittelpreise-auch-wegen-corona/>

3 Der Markt regelt sich seit einigen Jahren weniger über ein



Immer mehr Weizen wird als Futtermittel oder für die Biokraftstoffproduktion genutzt (Transformation of our food systems 2019, S. 36)

Die Preisentwicklung für Lebensmittel und Öl ist eng miteinander verbunden (Transformation of our food systems 2019, S. 46).

Preissteigerungen haben aber nicht nur mit den zu erwartenden Lieferausfällen der Ukraine,⁴ also einer – je nach Nachfrage – möglichen Knappheit zu tun. Es gibt weitere Gründe wie die steigenden Energiepreise, dürrebedingte Ernteeinbussen, gestiegener Fleischkonsum und Konkurrenz durch Biokraftstoffproduktion, Spekulation an den Warenterminbörsen und die Einstellung russischer Weizenexporte.

Steigende Energiepreise: Aufgrund steigender Energiepreise wird Weizen bereits seit dem Herbst 2021 immer teurer. Was haben steigende Energiekosten mit Weizen zu tun? Weizen ist ein agrarindustrielles Produkt, das, um möglichst viel ernten zu können, intensiv gedüngt werden muss. Für die Produktion von Stickstoffdünger wird v. a. Erdgas benötigt. Wird das Gas teurer, steigen auch die Preise für Düngemittel.⁵ Für landwirtschaftliche Betriebe sind die hohen

Produktionskosten eine grosse Belastung, denn – anders als in der Industrie – können sie nur selten ihre Ernten auch entsprechend teuer verkaufen. Wachsende Gewinne verzeichnen dagegen die grossen Agrarhandelshäuser wie Cargill oder Bunge.⁶ Im stark mechanisierten agrarindustriellen Anbau benötigen auch die Maschinen für Aussaat, Feldbearbeitung und Ernte grosse Mengen an Treibstoff. Und schliesslich haben auch die Mühlen, die den Weizen verarbeiten, einen enormen Energiebedarf. Veränderungen bei den Energiepreisen können deshalb bei Weizen zu enormen Preissprüngen führen.

Missernten wegen Dürre: Die Weizenernte 2021 ist z.B. in Kanada und den USA aufgrund extremer Hitze und Dürre deutlich geringer ausgefallen als erwartet. Auch dies hat die Weizenpreise bereits 2021 steigen lassen,⁷ die Prognosen für die globale Lagerhaltung musste das US-Landwirtschafts-

ausgeweitetes Angebot, sondern v. a. über den Rückgriff auf die in den grossen Exportländern angehäuften Getreidereserven.

- 4 Je nachdem, wie lange der Krieg andauert, könnten grosse Teile (auch) der Weizenernte in der Ukraine in diesem Jahr vollständig ausfallen. Denn bald müsste die Aussaat (u. a. von Sommerweizen, Mais) beginnen, der bereits im letzten Herbst gesäte Winterweizen würde in normalen Zeiten nun gedüngt, doch Arbeiten wie diese werden wohl in weiten Teilen des Landes wegen des Krieges, fehlendem Treibstoff für Maschinen usw. nicht stattfinden können. Dazu können Lagerbestände wegen blockierter Transportwege und zusammengebrochener Lieferketten kaum im Land verteilt und auch nicht exportiert werden.
- 5 In den USA könnte ein Teil der gestiegenen Düngemittelpreise auch auf Preisabsprachen zurückzuführen sein. Der Markt für Düngemittel ist stark konzentriert: <https://www.agriculture.com/news/business/skyrocketing-fertilizer-pri>

- ces-gouge-farmer-profits-groups-blame-consolidation
- 6 Weizen, Mais und Sojabohnen sind die drei wichtigsten Waren des Welthandels mit landwirtschaftlichen Rohstoffen. Je nach Marktlage, Qualität und Preis werden diese Produkte als Nahrungsmittel, Agrokraftstoff oder Futtermittel verkauft. Vier Konzerne dominieren den Im- und Export solcher Agrarrohstoffe: Archer Daniels Midland, Bunge, Cargill und die Louis Dreyfus Company. Gemeinsam sind sie als ABCD-Gruppe oder einfach ABCD bekannt. https://www.fian.de/wp-content/uploads/2021/06/Die_Zweite_Ernte_der_Agrarhaendler_Konzernatlas_2017.pdf
- 7 <https://www.agrarheute.com/markt/marktfruechte/hitzewelle-zerstoert-getreideernte-nordamerika-fordert-hitzetote-582946>, <https://www.schweizerbauer.ch/pflanzen/ackerbau/verheerende-duerre-ernteeinbussen-in-kanada/>

nisterium (USDA) bereits im Herbst letzten Jahres nach unten korrigieren.⁸ Auch für 2022 sind die Ernteaussichten aufgrund der v. a. in den USA anhaltenden Dürre verhalten bis negativ.⁹ Rund 60 Prozent der USA wurden inzwischen in eine der fünf Dürrekategorien des US-Landwirtschaftsministeriums eingestuft. Zum Vergleich: 2020 waren es 31 Prozent.

Steigender Fleischkonsum: Seit Jahren steigt die Nachfrage nach Weizen, v. a. Schwellenländer importieren immer grössere Mengen. Dies hat auch mit einem veränderten Ernährungsverhalten zu tun, vor allem wird weltweit immer mehr Fleisch konsumiert (der weltweite Fleischkonsum hat sich in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt).¹⁰ Auch für die Produktion von Fleisch braucht es Getreide: Um ein Kilogramm Geflügelfleisch herzustellen, werden drei Kilogramm Getreide benötigt und mehr als das Doppelte für ein Kilogramm Rindfleisch. In Deutschland wird die Hälfte des geernteten Getreides für die Ernährung von Tieren genutzt.

Zunehmende Flächenkonkurrenz: Im kapitalistisch organisierten Agrarsystem werden vor allem jene Kulturen angebaut, für die es auf dem Markt eine zahlungskräftige Nachfrage gibt. Die Konkurrenz um fruchtbare Böden, auf denen neben Mais oder Weizen für die menschliche Ernährung auch immer mehr Futtermittel und Biokraftstoffe wachsen, nimmt daher weltweit zu. Fast ein Drittel der europäischen Weizenernte wird verfüttert oder für die Biokraftstoffproduktion genutzt.

Spekulation an den Warenterminbörsen: Enorme Preissteigerungen u. a. für Weizen haben bereits 2007/2008 und 2010/2011 für viele Millionen Menschen Hunger und Armut gebracht. Ein damals kontrovers diskutierter Einflussfaktor, der auch in der aktuellen Krise eine Rolle zu spielen scheint, sind Spekulationen an den Warenterminbörsen. Seit jeher wurden an Warenterminbörsen Vereinbarungen über künftige Rohstofflieferungen (Futures) zu festgelegten Preisen getroffen. Sie sichern Lieferant:innen wie Abnehmer:innen gegen sprunghafte Preisentwicklungen (z. B. infolge von Missernten) ab. Liegt der vereinbarte Preis zum Termin über dem aktuellen Preis, profitiert der:die Verkäufer:in, liegt er darunter, hat der:die Käufer:in einen Vorteil. Beide können auf diese Weise bereits zum Zeitpunkt des Kontraktes mit einem Preis kalkulieren. Daraus entwickelte sich in den letzten Jahren ein Geschäftsfeld für Anleger:innen und Spekulant:innen, die mit Weizen, Soja, Mais oder Reis eigentlich nichts zu tun haben. Der Gegenstand ihrer Spekulation interessiert sie nicht. Sein Preis soll nur nicht den gleichen Gesetzen folgen wie die Aktienpreise des DAX oder NASDAQ, mit denen sie gleichzeitig spekulieren. So können sie ihr Risiko streuen.

Seit in den 1990er Jahren in den USA die Liberalisierung der Warentermingeschäfte den Einstieg von Finanzunternehmen in grossem Massstab ermöglichte, sank an der weltweit wichtigsten Börse für Agrarprodukte, der CBOT in Chicago, der Anteil der kommerziellen Händler:innen, die tatsächlich Weizen handeln, während der spekulative Handel deutlich zunahm. Zwar orientieren sich die Spekulationsgeschäfte mit Agrarrohstoffen an der realen Situation von Angebot und Nachfrage. Allerdings führen die Psychologie der Börse und die Algorithmen der dort den Handel beherrschenden Computer zu immer nervöseren Ausschlägen. Anleger:innen, die auf langfristig steigende Lebensmittelpreise setzen, haben nach Ansicht vieler Beobachter:innen eine preistreibende Wirkung.

Der aktuell stark schwankende Weizenpreis geht vermutlich ebenfalls auf Spekulation zurück. Die Anleger:innen scheinen darauf zu wetten, dass der Preis ab Herbst noch weiter steigt, also erwerben sie schon jetzt für 400 Euro Kaufoptionen.¹¹ Mit Leid und Hunger, dies zeigt auch die aktuelle Krise, lässt sich also im Kapitalismus viel Geld verdienen.

Exportbeschränkungen: Schliesslich hat nun auch noch Russland seine Exporte von Weizen (Gerste, Mais und Roggen) seit dem 15. März bis zum 30. Juni vollständig ausgesetzt, um die Eigenversorgung zu sichern. Da Russland der weltweit grösste Weizenexporteur ist, wird die Preisentwicklung auch dadurch stark beeinflusst. Je länger die Krise andauern wird, desto wahrscheinlicher ist es, dass weitere Länder Exportbeschränkungen durchsetzen werden. Die Preisbildung auf den Weltagrarmärkten ist also nicht nur im Bereich der Börsenspekulation eine hoch volatile Angelegenheit. Noch lange vor der realen Ernte, geben Händler:innen, Analyst:innen, Banken und Hedgefonds, ausgehend von ihren Erwartungen bzgl. der Preisentwicklung, dessen weitere Richtung vor. Externe Störungen wie klimabedingte Ernteausfälle oder politische Unruhen und – wie bereits gezeigt – relevante Einflussgrössen wie die Energiepreise, führen dabei immer wieder zu starken Preisschwankungen. Ist dieses System geeignet, um die Versorgung der Menschen mit Grundnahrungsmitteln sicherzustellen?

Folgen der Krise: auch im Norden, vor allem aber im Globalen Süden

Die aktuelle Krise wird nicht nur Folgen für die weltweite Versorgungslage haben. Auch wenn der weitere Verlauf des Krieges und das konkrete Ausmass der Folgen

⁸ <https://www.schweizerbauer.ch/markt-preise/markt-meldungen/weltweit-deutlich-weniger-weizen/>

⁹ <https://agfax.com/2022/03/11/wheat-farmers-face-wide-spread-drought-amid-market-volatility-dtn/>

¹⁰ <https://www.boell.de/de/2021/01/06/fleisch-konsum-weltweit-alltagessen-und-luxusgut>

¹¹ <https://www.etfstream.com/features/wheat-etfs-see-wild-price-dislocations-following-russias-ukraine-invasion/>

noch nicht abschätzbar sind; feststeht bereits, dass sie einmal mehr sehr ungleich verteilt sein werden. Natürlich gibt es auch Nutzniesser:innen der steigenden Weizenpreise: Die grössten Profiteure sind zunächst die grossen Getreide-Exportländer – da Russland aktuell keinen Weizen liefert, sind dies v. a. die USA, Kanada und Frankreich.¹² Neben diesen Ländern profitieren vor allem die globalen Agrarhandelskonzerne und all jene, die zum richtigen Zeitpunkt in die entsprechenden Finanzprodukte investiert haben. Auch in vielen Ländern des Globalen Nordens sind die Lebenshaltungskosten bereits durch die höheren Energiepreise und die Inflation deutlich angestiegen. Werden auch die Lebensmittel immer teurer, trifft dies v. a. die ärmeren Bevölkerungsschichten. In Deutschland stehen z.B. Hartz-IV-Empfänger:innen gerade einmal etwas mehr als fünf Euro am Tag für Lebensmittel zur Verfügung. Dies reiche bereits seit langem hinten und vorne nicht mehr, warnen Hilfswerke, vor allem nicht für eine gesunde Ernährung. Neben steigenden Brotpreisen wird nun v.a. damit gerechnet, dass auch das Fleisch teurer wird. Die Ukraine ist viertgrösster Maisexporteur, der Mais wird fast ausschliesslich als Futtermittel genutzt. In Deutschland ist dies, aufgrund der hohen Tierzahlen also ein relevanter Faktor. Während die grossen Fleischkonzerne wie Tönnies oder die PHW Group die höheren Produktionskosten an die Konsument:innen weitergeben werden, werden vor allem kleinere Zulieferer – die landwirtschaftlichen Betriebe, die sich um die Aufzucht und Mast der Tiere kümmern – finanzielle Probleme bekommen. Das Wachsen oder Weichen in dieser Branche dürfte sich also weiter verschärfen.

Während in den Ländern des Globalen Nordens die Kosten für Nahrungsmittel rund 14 Prozent der Gesamtausgaben pro Haushalt ausmachen, müssen Menschen z.B. im subsaharischen Afrika 60 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Einkommens nur für ihre Ernährung aufbringen. Besonders betroffen von der aktuellen Krise sind nun erneut jene Länder, die Nettoimporteure von Nahrungsmitteln sind. Bei hohen Preisen versuchen sie in der Regel, den Brotpreis zu stützen. Als Reaktion auf die bereits seit 2021 deutlich steigenden Weizenpreise hat z.B. der Senegal die Steuern angepasst, Importzölle gesenkt und im Januar den Brotpreis auf ca. 2,50 Euro für ein Kilo festgesetzt. Wie lange Länder wie der Senegal oder Ägypten dies finanziell durchhalten, ist unklar. Viele haben noch mit den Folgen der Coronakrise zu kämpfen, nun werden sie vielleicht neue Kredite aufnehmen müssen; die Schuldenlast steigt damit weiter.

Warum sind viele Länder des Südens auf Nahrungsmittelimporte angewiesen?

Haben sie keine eigene Landwirtschaft, die zumindest einen gewissen Grundbedarf an Nahrungsmitteln produzieren könnte? Der Internationale Währungsfond (IWF) und die Welthandelsorganisation (WTO) versprochen einst, die Ausweitung des internationalen Handels werde dazu bei-

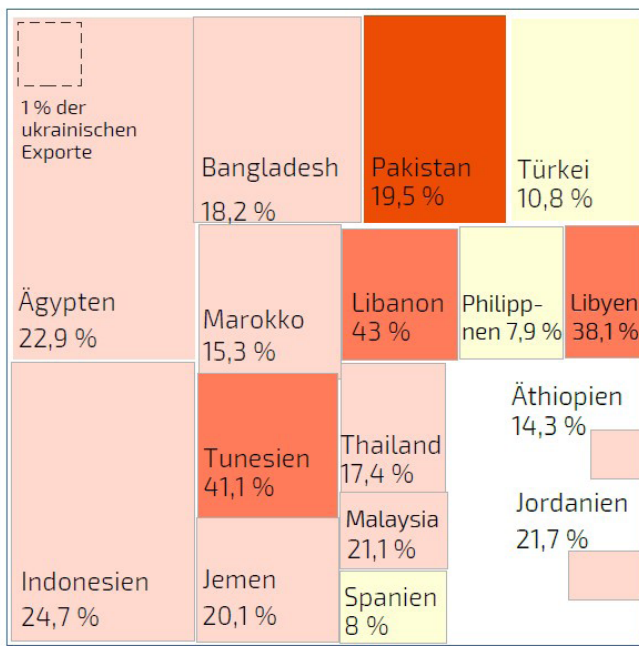
tragen, Armut und Hunger zu beseitigen. Wollten sie den Anbau von Nahrungspflanzen in den Ländern des Südens fördern? Waren sie für Nahrungsmittelautarkie? Nein, die armen Länder sollten die lokale Landwirtschaft aufgeben und für den Export produzieren. Die Bäuer:innen in Mali oder im Senegal sollten sich fortan darauf verlassen, dass die internationalen Getreidekonzerne für ihr tägliches Brot sorgen. Sie sollten ihr Land aufgeben und in die Stadt gehen, um dort zu arbeiten. Für die Küstenstaaten Afrikas lautete das Konzept, dass sie ihre Auslandsschulden abtragen können, indem sie ihre Fischereirechte an die reichen Länder mit ihren industriellen Fangflotten veräussern. Anschliessend kann der:die Fischer:in in Guinea ja dänische oder portugiesische Fischkonserven kaufen. Paradiesische Marktverhältnisse also, vor allem für produzierende Unternehmen, Vertriebs- und Exportfirmen, Versicherer und Werbeagenturen im reichen Norden. Auch der Weizen konnte sich als Grundnahrungsmittel erst durch die hochsubventionierte Landwirtschaft der Industrieländer und durch die Kolonialisierung durchsetzen, der Anbau heimischer Nahrungspflanzen wie Hirse, Sorghum oder verschiedene Hülsenfrüchte wurde dagegen – oft zugunsten von Cash Crops¹³ für den Export – aufgegeben. Diese von den reichen Ländern des Nordens forcierte globale Durchsetzung eines so weit wie möglich industrialisierten Agrarsystems laugt nun auch im Süden die Böden aus, überbeansprucht die knappen Wasserressourcen und schafft, neben den Nahrungsmittelimporten, weitere Abhängigkeiten: von Hochleistungs Saatgut, Düngemitteln, Pestiziden, Maschinen – und damit auch von fossiler Energie und multinationalen Konzernen wie BAYER oder Syngenta.

Sind Hilfsorganisationen oder Welternährungsprogramme ein Mittel gegen den Hunger?

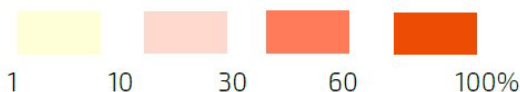
Könnten akute Nahrungskrisen nicht durch Lieferungen von Hilfsorganisationen wie dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) zumindest abgemildert werden? Grundsätzlich gilt: Wenn der Weizenpreis steigt, schwinden auch die Möglichkeiten der Nahrungsmittelhilfe. Die Länder des Nordens sind v. a. dann grosszügig, wenn sie Überschüsse verzeichnen und die Preise auf den Agrarmärkten

13 Ab den 1980/90er Jahren zwangen der Internationale Währungsfonds und die Weltbank die verschuldeten Länder des Globalen Südens, ihre Zölle und die staatliche Agrarförderung abzubauen sowie die Agrarmärkte zu deregulieren. Sie sollten billige Lebensmittel vom Weltmarkt importieren. Dieser Ansatz wurde als Trade based Food Security beworben. Das permanente Überangebot subventionierter Agrarprodukte aus den Industrieländern drückte die Preise. Internationale Geldgeber und nationale Regierungen gaben in Entwicklungsländern Anreize für den Anbau von Cash Crops, also Exportware (wie Kaffee, Bananen etc.), während sie die einheimische Lebensmittelproduktion vernachlässigten. Die Folge: Viele Länder des Globalen Südens wurden von Selbstversorgern zu abhängigen Nahrungsmittel-Importeuren.

12 <https://www.weltexporte.de/weizen-export/>



Importabhängigkeit: ukrainischer Anteil an den Weizenimporten.



Quelle: UNCTAD März 2022; LMD 2022

ten eher tief sind. Sobald die Preise steigen, werden die Lagerbestände nur noch an jene Kund:innen und Länder verkauft, die entsprechend bezahlen können. Egal wie gross das Elend ist, im Kapitalismus zählt eben nur die zahlungskräftige Nachfrage. Bei der derzeit propagierten Ausweitung und Intensivierung der Agrarproduktion in den reichen Ländern des Nordens geht es also mitnichten um eine Bekämpfung des Hungers. Primär gilt es, die eigene Versorgung sicherzustellen und die Produktionskosten – z.B. für die Fleischindustrie – möglichst tief zu halten.¹⁴

Dazu kommt das Problem, dass das WFP seit Jahren chronisch unterfinanziert ist.¹⁵ Anstatt mit einer soliden Grundfinanzierung, kann das Welternährungsprogramm nur projektgebunden arbeiten – und selbst hier fehlt es immer wieder am Nötigsten; aktuell gerade auch in besonders von Hunger und Armut betroffenen Ländern wie dem Jemen. Weil die Ukrainekrise die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe treibt, macht eine Finanzierungslücke von fast 900 Millionen US-Dollar hier weitere Kürzungen der Ernährungshilfe immer wahrscheinlicher. So war das WFP bereits Anfang 2022 gezwungen, die Nahrungsmittelrationen für acht Millionen Menschen im Je-

men zu kürzen, weil die Finanzierung nicht ausreichte. Der WFP-Exekutivdirektor David Beasley warnt, dass sie, wenn es so weitergehe, keine andere Wahl hätten, als Nahrung von den Hungernden zu nehmen, um die Verhungerten zu ernähren.¹⁶

Fazit: Düstere Aussichten nicht nur für die Welternährung

Der Krieg in der Ukraine und die durch ihn ausgelösten Turbulenzen auf dem Weltagrarmarkt zeigen – nach den Nahrungsmittelpreiskrisen 2007/2008 und 2010/2011 – einerseits erneut, dass Gewinne in diesem System wichtiger sind als die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln.¹⁷ Andererseits sind sie eine Warnung davor, was in den nächsten Jahrzehnten auf uns zukommen könnte. Durch Folgen der Klimakrise und der Covid-19-Pandemie ist die Zahl der hungernden Menschen allein in den letzten zwei Jahren von 135 Millionen auf 283 Millionen angestiegen. Diese Zahl könnte sich noch weiter erhöhen.¹⁸ Die absehbaren Folgen sind Unruhen und Proteste, verschärfte Boden- und Wasserkonflikte und eine weiter wachsende Migration. Und womöglich auch – wie die Vergangenheit und die Gegenwart lehren – zahllose neue Interventionen durch imperiale oder auch regionale Mächte.

Und wie reagieren die Herrschenden auf die sich weiter verschärfende Krise? Gibt es eine breite internationale Initiative, um die Armen dieser Welt mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen, oder anders gesagt, um einen erschwinglichen Preis für unseren Laib Brot festzusetzen? Nein, die Anpassung erfolgt ganz systemkonform: Grosskonzerne wie Glencore (weltweit grösster Rohstoffhändler mit Sitz in der Schweiz) und das Familienunternehmen Cargill (weltweit grösster Händler von Agrargütern mit Hauptsitz in Minneapolis, USA) sind z. B. dabei, ihre Herrschaft über den Weltgetreidemarkt abzusichern. Zugleich betreiben sie die vertikale Integration¹⁹ ihrer weltumspannenden Versorgungsketten in Form eines neuen Nahrungsmittelimperialismus, der darauf angelegt ist, das globale Elend zum eigenen Vorteil auszubeuten. Während im Mittleren Osten die Brotfrage zu einem Auslöser von Kriegen und Revolutionen wurde, konnte Glencore dank explodierender Getreidepreise Extraprofite machen. Dies ist auch in der aktuellen Krise der Fall. Kurzum: Je teurer ein Laib Brot wird, desto mehr Geld können einige Wenige scheffeln – eine zynische Art der Anpassung an die Klimakrise und andere Konflikte.

16 <https://de.wfp.org/pressemitteilungen/ukraine-und-fernelnde-mittel-verschlimmern-hungerkatastrophe-im-jemen>

17 Der profitgetriebene Produktivismus sorgt auch für eine Ausbeutung von Menschen, Tieren und eine massive Zerstörung der Umwelt.

18 <https://de.wfp.org/pressemitteilungen/weltweiter-feuerring-entzuendet-hungersnoete>

19 Zusätzlich zur horizontalen Konzentration, bei der ein Unternehmen grosse Marktanteile beherrscht, breitet sich bei der vertikalen Integration ein Unternehmen in die vor- und nachgelagerten Bereiche aus. Dabei geht es weniger um eine Verteilung der Geschäftsrisiken über mehrere Branchen, sondern vor allem um die Kontrolle der Wertschöpfungsketten und den Zugriff auf billige Rohstoffe.

14 Die von NGOs nun geforderte Verkleinerung der Tierzahlen, die auch die Abhängigkeit von Futtermittelimporten reduzieren würde, wird daher mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht stattfinden.

15 <https://www.welthungerhilfe.de/welternahrung/rubriken/krisen-humanitaere-hilfe/wer-finanziert-die-globale-humanitaere-hilfe/>, <https://www.boell.de/de/2016/09/14/globale-mangelwirtschaft>

Wie können Klimabewegung und Antikriegsbewegung zusammenkommen?

Wir leben in einer Zeit abrupter Wendungen. Die Erderhitzung beschleunigt sich. Das Klima verändert sich schneller als bislang gedacht. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bezweckt die weitgehend territoriale Eroberung eines Nachbarstaates, die Zerstörung seiner Armee und den Sturz seiner Regierung. Das ist in dieser Form eine Qualität, die es seit 1945 nicht mehr in Europa gegeben hat. Bereits vor diesem Angriff traten die NATO-Staaten, Russland und China einen Rüstungswettlauf los. Die Widersprüche zwischen den verschiedenen Imperialismen haben sich enorm verschärft.¹ Die bereits vor dem Krieg in der Ukraine vorbereitete und losgetretene Aufrüstungswelle ist Ausdruck der sich verschärfenden Rivalität um den Zugang zu knappen Ressourcen, die im Zusammenhang mit der Energiewende so dringend gebraucht werden. Die Erderhitzung, dieser Krieg und die Gefahr kommender Kriege sind miteinander verbunden und in einem gemeinsamen Kontext zu verstehen.

von Christian Zeller

1 Zeller, Christian (2022): Gegen die Welt der Imperialismen – die Welt des Widerstands von unten aufbauen. sozialismus.ch. 23. Februar 2022. <https://sozialismus.ch/international/2022/gegen-die-welt-der-imperialismen-die-welt-des-widerstands-von-unten-aufbauen/>

Erderhitzung beschleunigt sich

Blicken wir zuerst auf die Dynamik der Erderhitzung. Der Weltklimarat IPCC publizierte am 28. Februar den zweiten Teil seines 6. Sachstandsberichts.² In diesem Bericht warnt der IPCC noch deutlicher als je zuvor vor der gefährlichen Dynamik. Das Klima verändert sich rasch. Die Konsequenzen sind bereits spürbar und werden schon in wenigen Jahren und Jahrzehnten das Leben eines Grossteils der Menschheit beeinträchtigen. Die Zeit läuft ab.

Kein Ort ist ausgenommen, und es gibt keine Region des Planeten, die nicht von steigenden Temperaturen und zunehmenden Wetterextremen betroffen ist.

- Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung – zwischen 3,3 Mrd. und 3,6 Mrd. Menschen – lebt in Gebieten, die durch den Klimawandel stark gefährdet sind.
- Millionen von Menschen sind aufgrund des Klimawandels von Nahrungsmittel- und Wasserknappheit bedroht, selbst bei der derzeitigen Erwärmung.
- Ein Massensterben von Arten, von Bäumen bis zu Korallen, ist bereits im Gange. Diese Veränderungen der Ökosysteme gefährden die Nahrungsmittelproduktion.
- 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau stellen einen kritischen Wert dar, bei dessen Überschreitung sich die Auswirkungen der Klimakrise stark beschleunigen und teilweise unumkehrbar werden.
- Küstengebiete auf der ganzen Welt und kleine, niedrig gelegene Inseln sind bei einem Temperaturanstieg von mehr als 1,5 °C von Überschwemmung bedroht.
- Wichtige Ökosysteme verlieren ihre Fähigkeit, Kohlendioxid zu absorbieren, wodurch sie von Kohlenstoffsenken zu Kohlenstoffquellen werden.
- Einige Länder haben sich darauf geeinigt, 30 % der

2 IPCC (2022): Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Summary for Policy Makers, Intergovernmental Panel on Climate Change. Working Group II contribution to the Sixth Assessment Report, WMO und UNEP, 36 S. https://report.ipcc.ch/ar6wg2/pdf/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf



Landfläche der Erde zu erhalten. Aber es könnte sein, dass die Hälfte der Fläche erhalten werden muss, um die Fähigkeit der natürlichen Ökosysteme wiederherzustellen, respektive mit den Schäden fertig zu werden, die ihnen zugefügt wurden.

Die COP26 in Glasgow beschloss keine wirksamen Massnahmen gegen die Erderhitzung. Im Gegenteil, die Konferenz ist zu einer Institution verkommen, die den imperialistischen Grossmächten als Plattform dient, ihre wirtschaftspolitischen und geoökonomischen Strategien aufeinanderprallen zu lassen und ihre Einflussphären auszuhandeln. Angesichts der zunehmenden Dynamik breitet sich so etwas wie eine rette-sich-wer-kann Logik aus. Die Regierungen widersetzen sich seit Jahrzehnten wirksamen Massnahmen gegen die Erderhitzung. Der Zwang des Kapitals, sich zu vermehren und Profite zu generieren, scheint schwerer zu wiegen, als die Gesetze der Natur. Das wird schon in wenigen Jahren dazu führen, dass viele Millionen Menschen ihre Lebensgrundlage aufgrund klimatischer Veränderungen und gesellschaftlicher Verwerfungen verlieren werden.

Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine schiebt Klimaschutz in den Hintergrund

Nun nehmen Regierungen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zum Vorwand, auf die ohnehin ungenügenden Klimaschutzmassnahmen weitgehend zu verzichten. Kohl, Gas und Öl stehen wieder im Kurs und die Börsenwerte der Unternehmen in diesem Sektor steigen an.

Die Rüstungsindustrie und die Armeen zählen zu den stärksten Treibhausgasemittenten. Anstatt diese Rüstungsindustrie in einen sinnvollen Produktionszweig³ umzubauen,

erhält sie nun riesige neue Aufträge. In Deutschland beordert die sozialdemokratisch-grün-liberale Regierung gerade den Klimaschutz und startet ein Aufrüstungsprogramm, wie wir es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht wieder erlebt haben. Abermals treibt eine sozialdemokratische und grüne Regierung die Aufrüstung voran und setzt eine ausgesprochen kapitalfreundliche Politik durch. Zur Erinnerung: die rot-grüne Schröder-Fischer-Regierung von 1998 bis 2005 verschaffte dem Finanzkapital neue Privilegien wie keine andere Regierung vor und nach ihr. Als der Kosovo-Krieg 1999 eskalierte, führte die Regierung mit den Luftangriffen gegen Serbien und der Stationierung von Truppen in Mazedonien Deutschland erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg in einen Krieg.

Die EU und die USA haben harte Wirtschaftssanktionen gegen Russland beschlossen. Das Öl- und Gasgeschäft ist davon bislang nicht betroffen. Das ist unter den Regierungsparteien in Europa umstritten. Die Widersprüchlichkeit der EU-Politik lässt sich an diesen aktuellen Zahlen erkennen. Die EU-Länder verminderten zwar 2021 die Abhängigkeit von russischem Erdgas. Aber noch immer beträgt der Anteil des Erdgases aus Russland um die 28%. Bemerkenswert ist jedoch, dass die täglichen Beträge, die die EU an Russland für Gaslieferungen überweist, seit Kriegsbeginn massiv angestiegen sind: Von 200 Mio. Euro auf kurzzeitig bis zu 660 Mio. Euro. Die Gaspreise werden weitgehend auf der Basis der Durchschnittspreise des Vormonats ermittelt. Werden die Preise auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben, wird Gazprom die entsprechenden Beträge Anfang April einkassieren. Quantitativ noch viel wichtiger sind die Geschäfte mit russischem Öl. Russland ist nach den USA und Saudi-Arabien der drittgrösste Erdölproduzent der Welt und sogar führender Exporteur. Zwar brachen die Ausfuhrerlöse aus fossi-

3 Zeller, Christian (2020): Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternati-

ve brauchen. München: Oekom Verlag, S. 83-85.



len Brennstoffen im Krisenjahr 2020 von 220 Mrd. USD auf 142 Mrd. USD ein. Die Erdölexporte sanken von 121 Mrd. auf 72,5 Mrd. USD. Allerdings erholte sich das Geschäft 2021 merklich und Russland konnte vom massiven Preisanstieg profitieren. Russlands grösster Ölmarkt ist Europa.⁴ Die Einnahmen durch Steuern und Exportabgaben aus dem Öl- und Gasgeschäft trugen immerhin 45% des russischen Staatsbudgets im Januar 2022.⁵ Es gibt nicht die geringsten Anzeichen dafür, dass die europäischen Länder diese zentrale Finanzierungsquelle für die russische Kriegsmaschinerie trockenlegen wollen. In ihrer ganzen Rivalität mit dem russischen Kapital sind sie doch mit diesem verbunden.

Damit konterkariert die EU ihre eigenen Wirtschaftskriegssanktionen gegen Russland. Entscheidend bei diesen Sanktionen ist die Einfrierung eines Teils der russischen Devisenreserven (geschätzt 640 Mrd. USD) durch die westlichen Länder. Russland hat aber auch einen Goldschatz (145 Mrd. USD) im Land und Devisenreserven in Renminbi (90 Mrd. USD). Doch mit der Überweisung des Öl- und Gasgeldes, das mit den höheren Preisen noch steigt, kann Russland die anderen Sanktionen teilweise abschwächen.

Die Sanktionswaffe richtet sich weniger gegen die russische Oligarchie und schon gar nicht gegen den fossilen Kapitalismus, sie soll vielmehr die wirtschaftliche und industrielle Basis des Landes schwächen. Dadurch sowie durch die Entwertung des Rubels werden die Lohnabhängigen die Hauptlast dieser Sanktionen tragen. Sanktionen gegen die herrschende Oligarchie, vor allem die Öl- und Gas-Oligarchen müssten viel zielgerichteter sein. Sanktionen gegen

die Oligarchie und die fossile Ökonomie wollen die Regierungen in Europa aber nicht, weil sie selber weiterhin russisches Gas importieren wollen. Einige Politiker:innen fordern nun eine Abkehr vom russischen Gas, stattdessen soll Fracking-Gas aus den USA, das in der Gewinnung allerdings noch schlimmere ökologische Auswirkungen hat, bezogen werden.

Nun sind die EU-Sanktionen gegen Russland zweifellos eine Waffe in der wirtschaftlichen Kriegsführung. Darum müssen die Klimabewegung und die Antikriegsbewegung diese Sanktionen kritisch sehen. Sie dienen nicht der Unterstützung des ukrainischen Widerstands und erst recht nicht einem sozialökologischen Umbau. Ganz im Gegenteil. Die Klimabewegung muss den Krieg zum Anlass nehmen, die fossile Ökonomie einerseits grundsätzlich und andererseits auch konkret in der gegenwärtigen Situation in Frage zu stellen. Die europäischen Länder müssen sofort beginnen, die Importe russischen Öls schrittweise runterzufahren. Dabei darf das russische Gas nicht durch Gas von anderswo und erst recht nicht durch ökologisch ungleich schädlicheres Fracking-Gas aus den USA ersetzt werden. Doch genau das ist jetzt das Projekt der Regierungen. Dem muss sich die Klimabewegung im Bündnis mit einer neuen Antikriegsbewegung entschieden entgegenstellen.

Die Klimabewegung muss darüber nachdenken, wie sie das fossile Kapital – organisiert als Shell, ExxonMobil, BP, OMV, Gazprom oder Lukoil – direkt anprangern und schwächen kann. Dabei sollten die russischen Konzerne nicht einseitig in den Blick genommen werden. Denn allfällige Marktverluste würden bloss von Rivalen übernommen. In den Aktionsformen gegen einzelne Konzerne sollte sich die grundsätzliche Infragestellung der fossilen Ökonomie ausdrücken.

Doch gleichzeitig geht es auch darum, die russische Kriegsmaschine, die mit dem fossilen Kapital eng verknüpft ist, direkt zu schwächen. Darum sind Boykotte von russi-

⁴ Marina Zapf: Das Capital 6. Februar 2022 <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/mehr-als-oel-und-gas-das-sind-russlands-wichtigste-exportgueter-128171>

⁵ IEA: Frequently Asked Questions on Energy Security, 2 March 2022 <https://www.iea.org/articles/frequently-asked-questions-on-energy-security>

schem Gas und Öl richtig, solange sie nicht einfach den US- und europäischen Rivalen helfen, ihrerseits diese Märkte zu übernehmen. Das russische Rohstoffkapital platziert seine Rentenerträge auf den internationalen Finanzplätzen. Das fossile Finanzkapital und darunter auch das russische kann symbolisch, beispielsweise mit Aktionen und Petitionen, an den Pranger gestellt werden. In diesem Zusammenhang sind aber auch die Investmentfonds, Pensionskassen, Banken und Lebensversicherungen, die diesem Kapital als Anlageplätze und Verschiebeparkplätze dienen, in den Blick zu nehmen. Das würde es erlauben, dem Widerstand sowohl gegen den russischen Angriffskrieg als auch gegen die fossile Ökonomie einen konkreten Ausdruck zu verleihen.

Das grosse Problem besteht allerdings darin, dass gegenwärtig weder die Klima- noch die Antikriegsbewegung in der Lage sind, derartige Vorstellungen wirklich durchzusetzen. Hierzu ist eine breite gesellschaftliche Verankerung notwendig.

Wie können Antikriegs- und Klimabewegung zusammenkommen?

Die traditionelle Friedensbewegung in Deutschland ist diskreditiert. Jahrelang schwiegen ihre Exponent:innen – etliche von ihnen stammen aus einer stalinistischen Politiktradition – zum russischen Imperialismus, zu den Angriffskriegen in Tschetschenien, Georgien, der Annektierung der Krim, dem gesteuerten Krieg in der Ostukraine und den mörderischen Massenbombardierungen syrischer Städte. Sie gab den angeblich berechtigten russischen Sicherheitsinteressen den Vorzug gegenüber dem Wohl der Menschen in diesen Regionen. Sie brandmarkte einseitig den offensiven Charakter der NATO, die tatsächlich offensiv ist, und verharmloste zugleich den spezifischen imperialistischen Charakter des russischen Staates und seiner auf die Extraktion von Bodenschätzen gestützten Rentenökonomie. Teile dieser Friedensbewegung haben bis unmittelbar vor Beginn des bereits von Putin angekündigten Eroberungsfeldzugs einseitig die NATO für das aufziehende Desaster verantwortlich gemacht.⁶ Teilweise wird aus diesem Spektrum jetzt der Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung und damit auf eine eigene territoriale Existenz bestritten. Das läuft abermals auf eine Unterstützung der russischen Position heraus. Es ist Zeit, dass eine verbundene Antikriegs- und Klimabewegung dieses fragwürdige Erbe hinter sich lässt.

Wenn es gelänge, die junge Klimabewegung mit einer neuen Antikriegsbewegung, die nichts mehr mit dem Denken in geopolitischen Blöcken und der traditionellen Tolerierung des russischen Imperialismus zu tun hat, zu verbinden, könnte eine starke gesellschaftliche Kraft entstehen.

Diese gemeinsame Bewegung könnte auf drei eng miteinander verknüpften strategischen Achsen zusammenfinden.

1. Solidarität mit dem zivilen und bewaffneten Widerstand der ukrainischen Bevölkerung gegen die russischen Invasions- und Besatzungstruppen und mit der russischen Antikriegsbewegung

Die ukrainische Bevölkerung leistet berechtigterweise Widerstand gegen die Besatzung. Ihr Widerstand ist beeindruckend und viel stärker als wohl viele auf der Welt gedacht hatten. Wir müssen uns für das Recht der ukrainischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung einsetzen. Selbstverständlich haben die Menschen in der Ukraine das Recht auf bewaffneten Widerstand und sie haben das Recht, sich diese Waffen zu beschaffen. Die widerständige Bevölkerung verdient unsere politische und materielle Unterstützung. Ganz unmittelbar dringend ist die Aufnahme von Flüchtlingen, auch von desertierenden Soldat:innen.⁷

Die Regierung Selenskyj wirft sich der NATO an die Brust. Linke und fortschrittliche Bewegungen sollten sich dieser Regierung nicht unterordnen, denn sie verfolgt eine Agenda gegen die Lohnabhängigen. Auch besteht die Gefahr, dass faschistische Kräfte in der Ukraine gerade durch den Angriff Russlands ihren Einfluss erweitern und ihre eigenen bewaffneten Einheiten stärken können. Wie der Widerstand gegen die russischen Invasions- und Besatzungstruppen organisiert wird, muss die ukrainische Bevölkerung entscheiden.

Sollten sich unabhängige Verbände aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bilden, müssten diese unterstützt werden. Dieser Widerstand in der Ukraine und der Widerstand aus der russischen Bevölkerung können Putin eine Niederlage beibringen. Das muss das Ziel sein.

Die bombardierten Menschen in den ukrainischen Städten erleben eine mörderische Eskalation des Krieges und rufen nach Hilfe. Dennoch ist eine Flugverbotszone abzulehnen, weil sie in eine direkte Konfrontation zwischen NATO und Russland münden würde. Auch die Lieferung von NATO-Flugzeugen an die Ukraine könnte die Eskalation internationalisieren. Umso wichtiger ist die internationale Mobilisierung gegen das Putin-Regime, vor allem in Russland selber.

Das russische Kapital, das der Ausbeutung der russischen Arbeiter:innen und der Plünderung der natürlichen Ressourcen entstammt, parkiert Milliarden von US-Dollars in den Finanzinstitutionen Europas, besonders in der Schweiz und auf den Off-Shore-Finanzplätzen der Welt. Diese Vermögensbestände sind zu konfiszieren. Nach dem Krieg sollen sie zur Finanzierung des Wiederaufbaus der uk-

6 Die Beispiele für diese vollständige Fehlorientierung sind zahlreich. Ein Blick auf die Webseite < <https://nie-wieder-krieg.org/> > vermittelt einen Eindruck. Geradezu grotesk ist die Zeitung gegen den Krieg, die auch nach Kriegsbeginn noch anderen linken Zeitungen beigelegt wurde. <https://zeitung-gegen-den-krieg.de/>, jüngste Ausgabe findet sich hier: https://zeitung-gegen-den-krieg.de/wp-content/uploads/2022/02/zgk_50-01.pdf

7 Die Vorschläge des Büros der Vierten Internationale vom 1. März 2022. Solidarität mit dem ukrainischen und russischen Widerstand gegen den Krieg! bieten eine gute Grundlage für den Aufbau einer konkreten Solidarität mit dem ukrainischen Widerstand <https://sozialismus.ch/international/2022/solidaritaet-mit-dem-ukrainischen-und-russischen-widerstand-gegen-den-krieg/>



rainischen Infrastruktur und nach dem Sturz des Putin-Regimes der russischen Bevölkerung zurückgegeben werden. Doch die Sache ist widersprüchlich. Da diese Sanktionen von anderen imperialistischen Staaten mit ihren eigenen Grossmachtinteressen durchgeführt werden, können wir nicht das geringste Vertrauen darauf haben, dass diese im Sinne der Menschen durchgeführt werden. Die Ukraine trägt eine Schuldenlast von um 94 Mrd. USD (2020). Das Land hängt am Tropf des Internationalen Währungsfonds. Um dem Land Luft zum Wiederaufbau und einer vernünftigen Entwicklung zu geben, müssen die internationalen Gläubiger gezwungen werden, die Schulden zu erlassen.

2. Widerstand gegen jede Aufrüstung der europäischen Länder, der USA und der NATO

Die NATO ist ein imperialistisches Militärbündnis. Wir müssen uns der Aufrüstung in den europäischen Ländern komplett widersetzen. Die gegenwärtigen Aufrüstungsprogramme haben nichts mit der Ukraine zu tun. Sie dienen vielmehr der Vorbereitung auf die sich verschärfende imperialistische Rivalität um knapper werdende, aber für die grüne Energiewende dringend erforderliche, Rohstoffe. Es geht um den Kampf um künftige Einflusszonen und Märkte. Diese Aufrüstung wird der ukrainischen Bevölkerung weder gegenwärtig noch in Zukunft helfen. Diese Aufrüstungswelle wird schon bald mit ungeheuren Kürzungsmassnahmen in anderen Bereichen, vor allem in der gesellschaftlichen Infrastruktur und im Sozialbereich, einhergehen. Die Rüstungsindustrie und die Armeen zählen zu den bedeutendsten Emittenten von CO₂. Die US-amerikanische Rüstungsindustrie war 2017 für 15% der gesamten industriellen CO₂-Emissionen in den USA verantwortlich.⁸ Obgleich die Rüstungsindustrie in Europa einen geringeren Umfang hat als in den USA, sind die militärbezogenen CO₂-

Emissionen beträchtlich. Die nun in Deutschland und in anderen Ländern beschlossene massive Steigerung der Rüstungsausgaben wird die CO₂-Emissionen abermals deutlich anheben. Dieser, die Erderhitzung schlicht ignorierenden, Politik muss energisch Widerstand geleistet werden.

3. Für einen raschen, schrittweisen Ausstieg aus der fossilen Ökonomie

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine beruht nicht zuletzt auf einer fossilgestützten Ökonomie Russlands. Der Krieg lässt die Erderhitzung und ihre Konsequenzen nicht nur in den Hintergrund treten, sondern treibt die CO₂-Emissionen zusätzlich an. Zugleich verdeutlicht der Krieg, wie dringend ein Ausstieg aus der gesamten fossilen Wirtschaft ist. Darum sind nicht nur die russischen, sondern alle Gas- und Ölkonzerne ins Zentrum von Aufklärungskampagnen zu stellen. Es gilt eine Debatte darüber zu entwickeln, wie diese Konzerne – und selbstverständlich der gesamte Rüstungssektor – gesellschaftlich kontrolliert und angeeignet werden können. Das ist eine zwingende Voraussetzung dafür, diese Produktionslinien schrittweise runterzufahren und umzubauen.

Wir müssen den Widerstand gegen die Ignoranz der Erderhitzung durch die Regierungen, gegen den imperialistischen Krieg Russlands (sowie gegen andere Kriege) und gegen die militaristische Hochrüstung miteinander verbinden. Die Alternative ist brutal einfach. Es geht es ums Ganze: Leben statt Kapital. Wenn wir uns für das Leben entscheiden, müssen wir uns dem Kapital und seinen Kriegen in Ost und West gegen die Menschen und gegen die Natur widersetzen.

Wir leben in einer verdichteten Zeit, die sich rasch und ruckartig verändert. Die Grundlagen bisheriger Strategien brechen weg. Die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft werden grösser und entladen sich zunehmend gewaltförmig und verengen den Spielraum für Kompromisse immer mehr.⁹ Für graduelle Reformen des kapitalistischen Systems gibt es keine Spielräume mehr. Diese Zeit ist abgelaufen, die sprunghaften Veränderungen des Erdsystems unterstreichen dies.

Die hier vorgestellte Skizze einer gemeinsamen Perspektive von Klima- und Antikriegsbewegung ist nur ein Anfang. Es gilt weitergehende strategische Hypothesen aufzustellen. Wir müssen eine grenzüberschreitende Diskussion darüber eröffnen, wie transnationale revolutionäre ökosozialistische Strategien in globaler Verantwortung aussehen können.

⁸ Zeller, Christian (2020): Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. München: Oekom Verlag, S. 83-85.

⁹ Zeller, Christian (2021): Ökosozialistische Strategien im Anthropozän. Einleitung in die Artikelreihe. Die Freiheitsliebe. 17. Oktober 2021. <https://diefreiheitsliebe.de/politik/oekosozialistische-strategien-im-anthropozan/>



Konversionskampf im Boschwerk

Der Kapitalismus baut auf der Ausbeutung von Natur und Arbeitskraft auf. Wenn ökologische Kämpfe gewonnen werden sollen, müssen sie deshalb die ökologische und die soziale Frage immer gemeinsam stellen. Exemplarisch schlossen sich im Sommer 2021 ein Bündnis aus antikapitalistischen Klimaaktivist:innen aus München im Rahmen der Kampagne Klimaschutz und Klassenkampf mit den Arbeiter:innen eines Münchner Bosch-Werks zusammen. In Reaktion auf dessen angekündigte Schliessung verfassten sie mit dem Betriebsrat einen offenen Brief. Bosch versuchte seine Kündigungsabsicht mit dem Vorwand des Klimaschutzes zu begründen, dabei ging es schlicht um eine Auslagerung der Produktion. Dagegen organisierten sich die Aktivist:innen zusammen mit dem Betriebsrat und engagierten Arbeiter:innen für die Erhaltung des Werks und einer Umstellung der Produktion auf ökologisch nachhaltige und gesellschaftlich sinnvolle Produkte. Ihre arbeitskämpferische Kampagne zeigt deutlich die seltenen, aber durchaus möglichen Verbindung von Klimagerechtigkeits- und

Klassenkämpfen auf. Nach den Diskussionen rund um die Kampagne, die wir am Anderen Davos sowie am Jugendweekend der BFS geführt haben, wollten wir von einer Aktivistin wissen, was der aktuelle Stand im Boschwerk ist und welche Lehren das antikapitalistische Klimatreffen aus der Kampagne gezogen hat.

Interview mit L. vom Antikapitalistischen Klimatreffen München, von Victoria K. und Ben Huber (BFS Basel)

Victoria: Im Winter haben wir im Rahmen des Anderen Davos über eure Kampagne Klimaschutz und Klassenkampf geredet. Was ist seitdem passiert, was sind die aktuellen Entwicklungen rund um das Bosch-Werk in München?

L.: Seit unserem letzten Treffen schiebt das Management des Boschwerks die Verkündung der Schliessung des Werks immer weiter vor sich her. Die Gewerkschaft bleibt jedoch aktiv, es gibt viel Solidarität. Die IG Metall hat am 19.11.2021 einen bundesweiten Aktionstag zum Thema Bosch gemacht, weil auch verschiedene andere Werke von der Schliessung bedroht sind. Es ist dann deutsch-

« Es gibt den Wunsch nach einem Bündnis zwischen Klimabewegung und Arbeiter:innen.

landweit in drei verschiedenen Boschwerken mobilisiert worden und Kolleg:innen von anderen Betrieben sind angereist, unter anderem zu unserem in München. Sie haben dort einen Aktionstag gemacht und gesagt, wir werden gemeinsam dagegen vorgehen, wenn dieses Werk geschlossen werden soll.

Unsere Gruppe durfte dann auch sprechen und wir haben eine Klimademo zum Boschwerk gemacht, um die Unterstützung der Klimabewegung dafür zu zeigen. Es gab viele Rückmeldungen von Leuten, die die Klimaaspekte wichtig finden. Sie fänden es auch wichtig die Eigentumsfrage zu stellen, die wir in unserer Rede aufgeworfen hatten.

Seither ist es ein gespanntes Warten. Es sind darüber hinaus auch nicht mehr so viele Aktionen passiert. Wir haben auch das Gefühl, dass es keinen Sinn hätte, jede Woche eine Demo zu machen. Das hätte keine ökonomischen Auswirkungen. Die IG Metall und der Betriebsrat sind immer noch in Verhandlung mit dem Management. Konkret lautet der Vorschlag des Managements aktuell, dass sie Teile des Werks noch ein paar Jahre erhalten würden und sukzessive die Belegschaft entlassen. Sie könnten dann versuchen, die Leute in anderen Bosch Werken unterzubringen. Für uns ist klar: Das dient auch dazu, die Leute zu vereinzeln, um dem Kampf die Sprengkraft zu nehmen. Letzten Endes warten wir jetzt alle darauf, dass demnächst mal die Verkündung kommt, was Bosch genau vorhat. Dann wollen wir schauen, dass wir gemeinsam wieder in die Offensive kommen können. Dass wir dann auch wieder Proteste machen können, wenn es konkretere Infos gibt.

Du hast gerade beschrieben, dass das Management eine Salamitaktik probiert. Als Strategie, um konkrete Mobilisierungen zu verhindern. Wie sieht es in der Belegschaft aus, sind die Vereinzelungsversuche fruchtbar?

Insgesamt muss man sagen, dass nicht alle Leute so wahn-sinnig kämpferisch sind. Es gibt auch viele Leute, die nicht so in Bewegung geraten sind. Die sagen halt, besser nehmen, was wir kriegen, besser drei Jahre noch einen Arbeitsplatz als gar nichts. Das heisst so bisschen funktioniert die Taktik leider schon. Gleichzeitig gibt es allerdings einen kämpferischen Kern. Also der Betriebsrat ist kämpferisch, auch der Kern der Belegschaft. Eine Kollegin hat zum Beispiel im Rahmen der Kampagne auch angefangen innerhalb der linken Bewegung in München für die Position des Boschwerks zu werben und hat zum Beispiel beim Frauenkampftag eine Rede gehalten.

Sie tritt jetzt immer wieder auf linken Demos auf, um das Thema präsent zu machen. Aber ja, es gibt durchaus auch Leute in dem Werk, bei denen das ganz gut funktioniert.

Wie ist die Resonanz ausserhalb der Klimabewegung, hat euer Beispiel Schule gemacht?

Also es gab auf vielen verschiedenen Ebenen viel Unterstützung. In der Linken Bewegung in München gab es zum Beispiel ein Bündnis, das sich rund um den ersten Mai gebildet hat, mit verschiedenen linken Gruppen, die stark zu Bosch gearbeitet haben. Es gab aber auch super viel Unterstützung aus anderen Städten. Zum Beispiel haben wir einen Soligruss bekommen von einer Basisgruppe der Leipziger Verkehrsbetriebe. Über den Betriebsrat haben wir zudem mitbekommen, dass sich viele Betriebsräte aus anderen Metallkonzernen gemeldet haben und ihre Solidarität ausgedrückt haben. Die haben dem Betriebsrat geschrieben, sie fänden das ein wichtiges Bündnis und würden gerne davon lernen. Das zeigt uns, dass diese Zusammenarbeit gerade in Metallbetrieben viel bewegt hat. Das war wichtig für uns. Bei uns haben sich auch Leute direkt gemeldet, zum Beispiel ein Betriebsrat von Daimler. Der hat uns kontaktiert und gemeint, er findet diesen Zusammenschluss sehr wichtig. Jetzt machen wir dann demnächst eine Veranstaltung gemeinsam. Insgesamt haben wir gespürt, dass es in vielen Metallbetrieben in Deutschland den Wunsch gibt, dass ein Bündnis zwischen der Klimabewegung und Arbeiter:innen verstärkt vorkommen würde. Es gibt dieses Bedürfnis also auch in den Betrieben.

Welche Lehren habt ihr für euch aus dieser Kampagne gezogen?

Es gibt zum einen inhaltliche und zum anderen praktische Lehren. Die praktische Lehre ist für linke Aktivist:innen wichtig. Was wir gelernt haben, ist, nicht Flyer zu verteilen, sondern mit den Leuten zu reden. Das hat sich für uns sehr eingebraunt, denn wir haben früher schon versucht, Kontakte herzustellen und standen dann immer mit Flyern vor dem Werk. Das ist sicher keine schlechte Sache und schadet auch nicht, aber es hat eine ganz andere Auswirkung mit den Leuten direkt zu sprechen und zu versuchen, gemeinsam Dinge zu beschliessen.

Die theoretische Lehre und was wir mit der Kampagne auch vermitteln wollten, ist, dass diese Spaltung, die zwischen der Klima- und der Arbeiter:innenbewegung immer beschworen wird, auch überwunden werden kann – und muss. In unserer Kampagne war klar zu erkennen, dass es den Leuten in den Automobilbetrieben in Wirklichkeit überhaupt nicht darum geht, nur Autos herzustellen. Sie wollen ganz einfach einen Job und würden durchaus auch andere Dinge herstellen. Daher sehen wir die Möglichkeit und streben an, diese Spaltung zu überwinden. Auch deshalb, weil die politische Rechte bei einer Aufrechterhaltung dieser Spaltung davon profitiert. Man hat das sehr stark gesehen in den

Kohlegebieten, wo die Klimabewegung und die Arbeiter:innenbewegung nicht zusammengefunden haben. Das ist von den Rechten direkt ausgenutzt worden, im Stil Schaut, die Linken wollen euch die Arbeitsplätze klauen. Auch dafür sind diese Zusammenschlüsse zwischen Klimabewegung und Beschäftigten wichtig, um aufzuzeigen, dass wir die gleichen Interessen haben – und um die Rechte zurückzudrängen.

Ein praktischer Punkt noch, den wir gesehen haben: Wenn man so einen Zusammenschluss machen will, ist es sehr sinnvoll da hinzugehen, wo es de facto gerade Kämpfe gibt. Unserer Erfahrung nach funktioniert wenig bei Werken, bei denen gerade überhaupt nichts ansteht, weil es schon ein sehr weiter Schritt für die Leute ist, aktiv zu werden. Stattdessen muss man dorthin gehen, wo konkrete Kämpfe geführt werden, eben weil zum Beispiel eine Schließung bevorsteht oder weil für Arbeitszeitverkürzungen oder höhere Löhne gekämpft wird. Das ist bei Konversionskämpfen in der Vergangenheit oft der Ausgangspunkt gewesen. Das sind die Orte, wo diese Zusammenschlüsse stattfinden können, weil wir den Leuten auch etwas anbieten können. Nämlich unsere Unterstützung und Hilfe gemeinsam einen Kampf zu führen, der historisch immer das gewesen ist. Das ist etwas, was wir als Kommunist:innen zu bieten haben.

Ihr habt bei der Kampagne vor allem mit dem Betriebsrat zusammengearbeitet. In der Schweiz finden die meisten Kontakte der Klimabewegung im Rahmen der Strike for Future Kampagne mit den Gewerkschaften direkt statt. Wie sah euer Verhältnis zu den Gewerkschaften aus und welche Schlüsse zieht ihr daraus?

Also der Betrieb, in dem wir waren, ist ein IG Metall Betrieb, wo die Betriebsräte auch innerhalb der IG Metall sehr aktiv sind. Die hatten auch innerhalb des Werkes die Mitgliedschaft sehr nach oben getrieben. Unser Verhältnis zu den Gewerkschaften war meistens ein mittelbares. Wir sind jetzt nicht an die Gewerkschaften selbst herangetreten, sondern direkt an die Belegschaft, an die Betriebsräte. Wir haben mit ihnen die Kampagnen beschlossen. Mit der IG Metall haben wir uns dann jeweils über die Betriebsräte rückgesprochen, die das zurückgegeben haben. Oder dann haben wir uns mal gemeinsam mit dem Gewerkschaftssekretär zusammengesetzt. Ich hatte den Eindruck, dass in der IG Metall eine gewisse Verunsicherung herrscht in der Frage, wie man jetzt umgeht mit der Tatsache, dass einfach klar ist, dass es einen massiven Arbeitsplatzabbau geben wird in den nächsten Jahren. Und Klimaschutz wird ein sehr wichtiges Thema sein und bleiben. Wir hatten den Eindruck, dass noch keine ganz

klare Linie gefunden ist, was auch eine gewisse Offenheit bedeutet für beispielsweise unsere doch sehr weitreichende Kampagne. Ich glaube, unser Verhältnis war da dementsprechend eigentlich ein sehr gutes, dass wir jetzt über die untere Ebene gegangen sind, aber der IG Metall natürlich immer solidarisch gegenüberstanden und auch versucht haben, die mit ins Boot zu holen. Wir fanden es auch toll, dass sie uns beim Aktionstag haben reden lassen. Ich glaube dieser Weg ist auf jeden Fall einer, in dem wir Potential sehen.

Vielleicht könntest du uns kurz noch einen Ausblick geben, was eure kommenden Kampagnen sein werden. Du hast mit dem Beispiel des Daimler-Werks bereits angesprochen, dass eure Kampagne eine gewisse Strahlkraft hatte. Wie wird es bei euch weitergehen?



Also insgesamt muss man sagen, dass wir eine Klimagruppe sind. Klimaschutz und Klassenkampf ist eine Kampagne von uns als antikapitalistisches Klimatreffen und wir machen auch ganz viel klassische Klimabewegungspolitik. Wir machen jetzt nicht nur Organizing in Werken. Wir werden diese Kampagne weiter laufen lassen. Wenn jetzt wieder solche Kämpfe aufkommen sollten, dann werden wir auf jeden Fall versuchen, da auch wieder eine Unterstützung zu leisten und Bündnisse zu schließen.

Was wir jetzt gerade konkret machen, sind aber ganz viel Kämpfe, die sich vor allem innerhalb der Klimabewegung abspielen. Wir haben jetzt zu Lützerath viel gearbeitet. Das ist ein Dorf in Nordrhein-Westfalen, was für den Braunkohleabbau enteignet und abgebaggert werden soll. Wir arbeiten jetzt gerade auch in München zu einem Projekt, wo durch ein armes, prekäres Viertel eine Autobahn gebaut werden soll. Wir versuchen uns dort in dem Viertel etwas zu verankern und mit den Leuten zu arbeiten. Uns ist schon auch wichtig, nicht nur an Werken zu arbeiten, auch wenn wir das gleichzeitig als wichtigen Teilbereich sehen. Das entspricht auch unserem weiten Begriff dessen, was wir als Klasse verstehen. Ganz klar sind die Beschäftigten bei Bosch Teil unserer Klasse. Aber ganz klar sind auch die Leute, die bei uns im Viertel Hasenberge beispielsweise wohnen, Teil der arbeitenden Klasse, sogar der am meisten prekarierte Teil davon. Auch wenn sie jetzt nicht alle Werksarbeiter:innen sind. Und an all diesen Punkten wollen wir arbeiten. Abgesehen davon entwickeln sich gerade viele andere Klimatreffen in 10 verschiedenen Städten deutschlandweit. Das mit aufzubauen und die Vernetzung zu stärken, ist uns auch wichtig. Damit auch unsere Message stärker in die Klimabewegung reingetragen wird, dass letzten Endes Klimakämpfe immer auch Klassenkämpfe sind.

CORONAPROTESTE

Quo vadis, Schwurbler:innen?

SCHLUSS MIT
DER LÜGEN-
PANDEMIE !

Kaum wurde Corona für beendet erklärt, kam der Ukrainekrieg in die Schlagzeilen. Von heute auf morgen verschwand das dominante Problemfeld der vergangenen zwei Jahre. Wie geht es weiter mit der Corona-Bewegung und ihren Mitgliedern? Eine Prognose.

von Danilo Meunier und Emil Spotter (BFS Basel)

Der 17. Februar 2022 war beinahe das, was die Corona-proteste seit langen zwei Jahren fordern: Die Abschaffung aller staatlichen Regeln im Zusammenhang mit Covid-19. Freedom Day wurde er von einigen genannt. Unsere Freiheiten seien damit wieder vorhanden.

Erwartungsgemäss sind seither grosse Corona-Demos ausgeblieben. Der grösste Teil der Coronaskeptiker:innen geht nun nicht mehr auf die Strasse. Doch die Menschen, die sich während zwei Jahren im Kampf mit einer Corona-Diktatur wähnten, ändern nicht so schnell ihre Meinung. Ein Teil der Bewegung scheint sich um neue Protestthemen herum zu gruppieren. Wir blicken zurück und wagen eine Prognose für die kommenden Monate und Jahre.

Die Schweizer Corona-Bewegung

Als der erste Lockdown vorbei war, schoss eine bunt zusammengewürfelte Protestbewegung aus dem Boden. Das Wetter war gut, die Fallzahlen waren tief und der Sommer versprach epidemiologische und politische Entspannung. Dennoch verstetigte sich eine Bewegung gegen die Corona-Massnahmen, wie anderswo in Europa auch. Und das, obwohl die schweizerischen Massnahmen im internationalen Vergleich stets knapp ausfielen und stellenweise geradezu fahrlässig inexistent schienen.

An den regelmässig stattfindenden Grossdemonstrationen liefen Life-Coaches neben Nazis der Jungen Tat, Schwyzer Kleinbauer:innen neben Anthroposoph:innen und esoterische Hippies neben kaufmännischen Angestellten. Zumindest vorübergehend wurden so Menschen zusammengebracht, die sich lebensweltlich nicht fremder sein könnten. Die Corona-Bewegung brachte also eine hochgradig unwahrscheinliche Allianz hervor, die verschiedene Milieus und Klassen miteinander verband.

Mit dem Ende der Massnahmen am besagten 17. Februar 2022 brach jedoch das zentrale Feindbild weg, das die Bewegung geeint hatte. Seither erweist sich die Mobilisierung als schwierig. Unangenehme Fragen nach den politischen Gemeinsamkeiten der Demonstrierenden können nun nicht mehr so einfach ausgeblendet werden. Die Corona-Bewegung befindet sich also in einer Phase der Neuorientierung. Was sind ihre Optionen? Welche Folgen haben ihre Erfolgsaussichten für unsere emanzipatorische Politik?

Im Rückblick lässt sich die Bewegung vornehmlich in drei Protestgruppen unterteilen: Esos, Verschwörungsgläubige und völkisch Rechtsnationale. Diese überschneiden sich zwar, aber als Idealtypen liefern die drei Gruppen Erkenntnisreichtes über die unterschiedlichen Beweggründe der Demoteilnehmenden. Sie erklären auch, wieso die Corona-Skeptiker:innen unterschiedlich auf das Ende der Bewegung reagieren.

Erste Gruppe: Esos

«Pferdeentwurmungsmittel, Karmalehre und Meditation werden der Impfung vorgezogen, da

diese Gentherapie unnatürlich sei und letztlich nur minderwertigen Ersatz für die Selbstheilungskräfte des Körpers darstellt.

Die Fraktion der Esoteriker:innen und Anthroposoph:innen war von Beginn an zentral für die Bewegung. Sie zweifeln aufgrund alternativwissenschaftlicher, spiritueller oder schlicht intuitiver Wissensbestände die wissenschaftliche Darstellung der Pandemie an. Statt Big-Pharma und Staat verlassen sie sich auf ihr natürliches Immunsystem und dessen Selbstheilungskräfte. Ihr Protest ist stark am eigenen Gegenwissen ausgerichtet: Pferdeentwurmungsmittel, Karmalehre und Meditation werden der Impfung vorgezogen, da diese Gentherapie unnatürlich sei und letztlich nur minderwertigen Ersatz für die Selbstheilungskräfte des Körpers darstellt. Wie die ganze Bewegung vertreten auch die Esos letztlich ein menschenverachtendes Weltbild, das die Menschheit als Teil der Natur im darwinistischen Kampf ums Überleben sieht. Wenn immungeschwächte Personen dem Virus erliegen, dann ist das der Natur geschuldet. Ihrer Meinung nach zeigt die moralische Empörung über einen über die vermeidbaren Todesfälle während der Pandemie lediglich, wie weit sich der Mensch von der Natur entfernt habe. Die moderne Welt pflege ein wohlstandsverwahrlostes Verhältnis zum Leben und Sterben.¹

Das Engagement der Esos in der Corona-Bewegung mündet in einem Rückzug in alternativwissenschaftliche Wissensbestände und in einer spirituellen Flucht in die Innerlichkeit. Der korrumpierten Welt wollen sie in einer kontemplativen Haltung entgegenstehen – verändern wollen sie sie nichts. Die Esos pflegen also einen radikalen Individualismus; ihre Organisation war von Beginn weg schwer aufrechtzuerhalten. Dieser Teil der Corona-Bewegung verläuft sich wohl allmählich und tritt aktuell die Flucht ins Private an.

Zweite Gruppe: Verschwörungsgläubige

«Was landläufig als Realität verstanden wird, sei in Wahrheit ein orchestrierter Schein. Also [...] nur eine Verschleierungsaktion einer kleinen, aber wirkmächtigen und perfekt organisierten Elite.

Als zweite einflussreiche Gruppe lässt sich die verschwörungstheoretische Fraktion ausmachen. Diese unterfüttert die ideologisch verwirrte Protestbewegung mit grossen Verschwörungserzählungen. Damit geben sie vor, die brennende Frage vieler Demoteilnehmenden zu beantworten:

1 Dass das Virus nicht per se einfach natürlich auftritt, sondern direkt mit der Art und Weise zusammenhängt, wie im Kapitalismus gewirtschaftet und mit der Natur umgegangen wird, hat dieser exzellente Artikel auf sozialismus.ch gezeigt: <https://sozialismus.ch/oekologie/2021/fleischkonzerne-klimakiller-und-pandemietreiber/>



Als die Trychler noch unpolitisch waren und nicht als Freiheits-trychler dezidiert reaktionäre Politik unterstützten: Schnapscon-naissance beim eidgenössischen Trychlerfest in ihrem Element.

« Existentielle Sachen wie sich frei bewegen, frei wirtschaften, gesund leben sind bedroht. [...] Die Antwort auf diese Herausforderung heisst Vernetzung, heisst Parallelgesellschaft. [...] Es ist egal, ob wir die anderen 80 Prozent überzeugen [...], wir machen es dann einfach. [...] Ich habe lieber Frieden als Krieg [...], aber wenn das noch zwanzig bis dreissig Jahre so weiter geht, dann wäre allenfalls ein Bürgerkrieg besser als dieser scheiss Hygienefaschismus.

Äusserungen im Gespräch zwischen Daniel Stricker, Josef Enders (Aktionsbündnis Urkantone) und Michael Bubendorf (Freunde der Verfassung) bei Stricker TV im Nachgang zur zweiten verlorenen COVID-Vorlage (November 2021)

Wieso scheint die Mehrheit der Bevölkerung aus verrückten Schlafschafen zu bestehen, die nicht verstehen wollen, dass Corona eigentlich harmlos und nur dazu da sei, damit Big-Pharma astronomische Profite einstreichen kann? Dass die Kapitalakkumulation bereits lange vor der Pandemie den Takt angab, wird mit derselben Bestimmtheit ausgeblendet, wie zugleich finstere Motive des angeblich allmächtigen Bill Gates und seinem Microchipping-Weltherrschaftsplan behauptet werden.

Dabei spielt es keine Rolle, dass die frei flottierenden Verschwörungsmärchen keine gemeinsame Weltanschauung teilen und einander zuweilen auch diametral entgegengesetzt sind. 9/11, Reptiloiden, Flat Earth-Theory und der Great Reset werden allesamt unter einen Hut gebracht. Eine kohärente Diagnose, die diese Behauptungen systematisch zusammenführt, wird nicht einmal bemüht. Das kann zu absurden Situationen wie in Zug im Herbst 2021 führen: An einer verschwörungstheoretischen Veranstaltung sprach sich eine Rednerin vehement gegen die Abschaffung des Bargeldes aus, nur um sogleich einem Befürworter von

Kryptowährungen die Bühne zu überlassen, der die Potenziale einer Welt ohne Zentralbanken und Bargeld pries. Ohne an dieser Stelle auf den strukturellen Antisemitismus einzugehen, lässt sich allerdings doch eine gemeinsame Einstellung der Verschwörungsfraktion feststellen: Was landläufig als Realität verstanden wird, sei in Wahrheit ein orchestrierter Schein. Also das, was der Fall zu sein scheint, sei eigentlich nur eine Verschleierungsaktion einer kleinen, aber wirkmächtigen und perfekt organisierten Elite.

Die Verschwörungsgläubigen bilden die einzige Fraktion, die nun reibungslos auf neue Inhalte umschwenkt. Dies können wir im aktuellen Ukrainekrieg gut beobachten: In Österreich und Deutschland traten auf Demonstrationen vermehrt Leute aus dem coronaskeptischen Umfeld als Putinverstehere:innen und Kriegsverharmloser:innen auf. Die verschwörungstheoretische Fraktion war bis anhin zwar stets reaktionär und wissenschaftsfeindlich, huldigte aber keiner autoritären Führungsfigur. Dies scheint sich nun geändert zu haben. Putin wird neu als Erlöser gefeiert, der den Great Reset noch abzuwenden versucht. Die Verschwö-

rungsgläubigen versuchen so, möglichst breite Teile der beiden anderen Fraktionen für ihre Ziele einzuspannen.

Dritte Gruppe: Völkisch Rechtsnationale

«Die Sennenkutten des Aktionsbündnis Urkantone gemahnen an die asketischen Urschweizer, die sich vor keinem pandemischen Gesslerhut verbeugen wollen und denen das Ricola im Haus notfalls den Lungenspezialist erspart.

Die dritte, wohl sichtbarste und problematischste Protestfraktion bildeten jene der libertär-völkischen Urschweizer:innen. Sie waren in Gestalt der Freiheitstrychler jeweils zuvorderst an den Demonstrationen und überbimmelten erfolgreich die völlige Abwesenheit inhaltlicher Slogans. Die neonazistische Junge Tat, gewissermassen die Jungfraktion der Rechtsnationalen, konnte sich sogar ungestört an die Spitze einer Corona-Demo in Bern setzen. Die Sennenkutten des Aktionsbündnis Urkantone gemahnen an die asketischen Urschweizer, die sich vor keinem pandemischen Gesslerhut verbeugen wollen und denen das Ricola im Haus notfalls den Lungenspezialist erspart.

Diese neue Form der mythologisch-reaktionären Rechten der alten Schule bildet die einzige Protestfraktion, die sich erfolgreich selbst organisieren konnte. Sie ist auch die einzige, die uns als Antifaschist:innen mittelfristig stark beschäftigen wird. Obwohl unterdessen auch ihre Organisationen durch Selbstbereicherungen von Bewegungsunternehmer:innen sowie durch politische Flügelkämpfe erschüttert wurden, bildeten sie doch den harten Kern der Proteste. Der neuen Erfolglosigkeit der Corona-Demos möchten sie nun durch einen Rückzug in ihre urschweizerischen Kleingemeinschaften und community building begegnen.

Josef Enders vom Aktionsbündnis Urkantone sowie Michael Bubendorfer von Freunde der Verfassung verkündeten im Anschluss an die zweite vernichtende Abstimmungsniedlage zum Covid-Gesetz, dass sie die Errichtung parallelgesellschaftlicher Strukturen planen. Diese Kleingemeinschaften sollten über ein eigenes Bildungssystem und eine eigene Gesundheitsversorgung verfügen.

Die Organisation, die diesen Wandel einleiten soll, nennt sich Aufrecht Schweiz und wird von vielen Coronaleugner:innen unterstützt. Sie weist ein starkes Wachstum in der Innerschweiz auf und versucht sich als Bastion der aufrechten Schweizer zu konstituieren. Dazu gehört ein Nachwuchsförderungsprogramm, das die Kinder nicht mehr den staatlichen Schulen überlassen möchte. Mit diesen sezessionistischen Ideen verhalten sich die völkisch Rechtsnationalen wie ein gallisches Dorf, das in erster Linie unabhängig sein will und gegen Rom beziehungsweise Bern Widerstand leistet - allerdings ohne gesamtgesellschaftlich aktiv werden zu wollen. Die Rechtsnationalen bilden damit einen der wohl dauerhaftesten Ableger der vergangenen Corona-Bewegung.

Rechts der SVP wird Platz frei

Die dritte Gruppe der Rechtsnationalen eröffnet mit ihren

Projekten einen Raum rechts der SVP. Denn ihr libertär-völkisches Gedankengut ist noch ländlicher als das der SVP: Aufrecht Schweiz wird nie über einen Zürcher Flügel verfügen, der von einem Autoritären wie Christoph Blocher geführt wird. Die Führungsriege der SVP pflegt einen urbanen Lebensstil, weist ein hohes Mass an ökonomischem und kulturellem Kapital auf und vertritt dennoch ländlich-rechtsradikale Positionen. Bei Aufrecht Schweiz könnte ein solcher Widerspruch nicht einfach in der imaginären Einheit der Nation aufgehoben werden, wie das die SVP erfolgreich tut.

Zudem verpflichtet sich Aufrecht Schweiz viel grundsätzlicher einem mythologisiert-reaktionären Weltbild als die SVP. Denn die völkisch Rechtsnationalen erkennen den Zustand der modernen Schweiz deutlicher und lehnen ihn umso stärker ab. Sie sehen die Differenzen und Unterschiede innerhalb der Schweiz und lügen diese nicht zu einer Volksgemeinschaft um. Sie planen die Errichtung von Strukturen, die ihrer Vorstellung einer vormodernen Schweiz entsprechen. Sie aktualisieren damit die traditionsreiche gesellschaftliche Reaktion, die sich stets gegen die Moderne gewehrt hat, in einer mythologisierten und völkischen Art und Weise.

Aufrecht Schweiz ist deswegen nur bedingt anschlussfähig für den scharfen Rechtspopulismus der SVP. Denn jene bedient regelmässig und gerne den Bundesstaat als Werkzeug, um repressive Massnahmen gegenüber Minderheiten zu erwirken. Die nun politisierten, neuen-alten Rechtsnationalen werden so weniger zu aktiven Parteimitgliedern der SVP - vielmehr fokussieren sie auf den Aufbau parallelgesellschaftlicher Strukturen und treten so den Rückzug aus der Moderne an.

Antifa bleibt Handarbeit

Corona wurde für beendet erklärt, weitere Krisen haben sich wieder bemerkbarer gemacht. Die Freunde der Verfassung sowie das Aktionsbündnis Urkantone haben sich aufgelöst. Auch die Bewegung Massvoll hat sich gespalten. Doch die zahlreichen Coronaskeptiker:innen haben nun knapp zwei Jahre einen gefährlichen Politikstil eingeübt und sich gegenseitig darin bestätigt. Die Gefahr ist real, dass sie aus ihren Erfahrungen lernen und neue unsolidarische Bewegungen los-treten. Aufrecht Schweiz ist ein solcher Fall: Die Organisation versucht, den Konkursmasse der Corona-Bewegung für ihre völkisch-sezessionäre Bestrebungen zu mobilisieren.

An die Stelle der Autorität des Marktes wollen die völkisch Rechtsnationalen althergebrachte Autoritäten und Seilschaften stellen, deren Überwindung für uns alle Emanzipation bedeutete und deren Rückkehr Knechtschaft verhiesse. Als revolutionäre Linke müssen wir dieser sezessionären Flucht vor den Widersprüchen der modernen Gesellschaft, die einer Rückkehr in finstere vormoderne Zeiten gleichkommt, ein emanzipatorisches Projekt entgegenhalten. Die multiplen Krisen im Spätkapitalismus - Pandemien, Wirtschaftskrisen, Klimawandel, Krieg - lassen einen Rückzug in eine vormoderne Kleingemeinschaft fernab vom modernen Kapitalismus attraktiv erscheinen. Doch diese Gemeinschaften sind illusionär, ethnisch-exklusiv und patriarchal verfasst; sie überdecken die kapitalistischen Widersprüche, anstatt sie aufzulösen.

Der Pflegenotstand hat System

Die Pflegeinitiative vom vergangenen Herbst und die Coronapandemie der letzten zwei Jahre haben den Pflegenotstand sichtbar und spürbar gemacht. Bürgerliche Politiker:innen argumentieren aufgrund explodierender Kosten, dass am Personal gespart werden müsse. Im folgenden Beitrag werden Argumente stark gemacht, die dem Mythos der Kostenexplosion im Gesundheitswesen widersprechen und den tatsächlichen Ursachen für den Pflegenotstand auf den Grund gehen.

von Lisi Kalera (BFS Basel)

Während der Coronapandemie wurde der Wert der Sorge – und Versorgungsarbeiten (auch Care-Arbeit genannt) deutlicher denn je. Unter Care-Arbeit verstehen wir alle unbezahlten und bezahlten Tätigkeiten rund um die Sorge für und die Versorgung von Menschen. Care-Arbeit ist entscheidend, wenn es um den Lebensstandard und das Wohlergehen von uns allen geht: um die Gesundheit, das Aufziehen von Kindern, die Betreuung von Angehörigen, Freiwilligenarbeit und die Lebensmittelversorgung. Rund zwei Drittel der Arbeitsstunden der Schweizer Wirtschaft wird für Care-Arbeit aufgebracht. 69 Prozent aller Arbeit in der Schweiz – in Stunden gemessen – wird im Sektor der Sorge- und Versorgungswirtschaft geleistet.¹ Frauen leisten dabei den Hauptanteil der Care-Arbeit – unter- und unbezahlt.

Die COVID-19-Pandemie hat allen eindrücklich vor Augen geführt, dass die Care-Arbeit systemrelevant ist. Menschen dankten den Pflegefachpersonen für ihren Einsatz mit Applaus auf dem Balkon, vor allem in den ersten Monaten der Pandemie. Es wurde auch eine breitere gesellschaftliche Debatte über die Sorge- und Versorgungswirtschaft geführt, die jedoch letztlich wenig konkrete Auswirkungen auf der politischen Ebene hatte und den Sorge- und Versorgungssektor bislang finanziell nicht zu stärken vermochte. Ganz im Gegenteil, der Bundesrat empfahl 2021 gar die Ablehnung der Pflegeinitiative Für eine starke Pflege. Mit der Initiative

fordert der Schweizer Berufsverband für Pflegefachfrauen und -männer mehr Ausbildungsplätze und bessere Arbeitsbedingungen im Pflegebereich. Vielmehr verfügte die Exekutive über eine zeitweise Verschlechterung des Arbeitsschutzes von Pflegefachpersonen, weil es zu wenig Pflegefachpersonal gibt. Einige Arbeitsschutzmassnahmen wurden deshalb ausgehebelt, sodass Pflegefachpersonen mehr als die gesetzlich vorgeschriebene maximale Wochenstundenanzahl arbeiten mussten, Pausenzeiten gekürzt und Schichten verlängert wurden.

Dabei ist der Personalmangel in der Pflege, der zu einem Pflegenotstand führt, bereits seit langem bekannt. Es gibt viel zu wenig Ausbildungsplätze und jene mit Ausbildung steigen frühzeitig aus dem Beruf wieder aus. 42 Prozent der Pflegefachpersonen wechseln den Beruf,² weil sie erschöpft, ausgelaugt und unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen sind. Ein Fünftel bis ein Viertel der Pflegefachpersonen beklagt sich über starke körperliche Beschwerden wie Müdigkeit, Rückenschmerzen, Schlafstörungen (siehe Grafik³ oben).

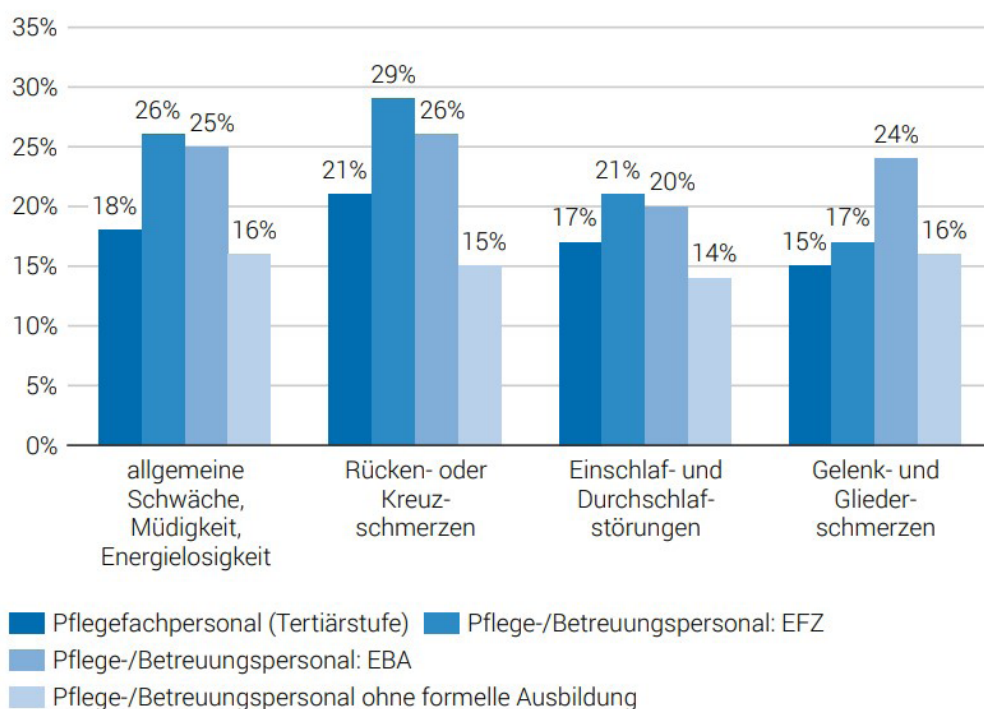
Die hohen Berufsausstiegsraten und gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen in der Pflege zeigen deutlich, dass eine Verbesserung der Situation dringend notwendig ist. Dennoch gab es vehementen Widerstand von Bundesrat,

1 Corona, Krise und Care-Arbeit Sorge- und Versorgungswirtschaft ins Bundeshaus, Diskussionsbeitrag der AG Corona & Care, Debattierclub Wide Switzerland, Juni 2020.

2 https://www.obsan.admin.ch/sites/default/files/obsan_01_2021_bericht_0.pdf, 3.4.2022.

3 https://www.obsan.admin.ch/sites/default/files/2021-10/Obsan_BULLETIN_2021-05_d.pdf, 3.4.2022.

Pflege- und Betreuungspersonal mit starken körperlichen Beschwerden, 2018/2019



bürgerlichen Parteien, Wirtschaftsdachverbänden und auch Spitalleitungen gegen die Initiative. Die Pflegeinitiative wurde im November 2021 trotzdem angenommen – wohl auch wegen der Pandemie und der gesellschaftlichen Bewusstseinsänderung über die Relevanz der Pflege für unsere Gesellschaft. Obgleich die Pflegeinitiative ein wichtiger erster Schritt ist und Hoffnung gibt, braucht es rasch viel weitergehende Massnahmen, wie uns eine Pflegefachperson im Interview (S. 46-48) erzählte. Um den Personalmangel zu lösen, bräuchte es neben viel mehr Ausbildungsplätzen bessere Arbeitsbedingungen, weniger Patient:innen pro Pflegefachperson, höhere Löhne und eine gesellschaftliche Aufwertung der Sorgearbeit.

Führte der Personalmangel zu einer stillen Triage?

Der Pflegenotstand hat sich während der Coronapandemie zusätzlich verschärft, weil innerhalb kürzester Zeit sehr viel mehr Menschen in Spitäler eingewiesen und betreut werden mussten. Dies hatte tödliche Folgen für viele Bewohner:innen von Altersheimen: In der 2. Welle sind in der Schweiz fast fünfmal mehr Menschen verstorben als in der ersten Welle. Besonders hoch war die Übersterblichkeit bei älteren Menschen. Von Mitte Oktober 2020 bis Ende Januar 2021 verstarben 8459 Personen mehr als in anderen Jahren, während es in der Bevölkerungsgruppe unter 65 Jahren 269 waren (BFS, 2022)⁴. Expert:innen vermuten deshalb, dass es

zu einer sogenannten stillen Triage kam. Damit ist gemeint, dass die Überlastung der Spitäler verhindert wurde, indem man Menschen in Altersheimen oder zu Hause sterben liess. Ob dies in der Schweiz tatsächlich stattfand, müsste untersucht werden.

Diese altersabhängige extrem hohe Übersterblichkeit in der 2. Welle gab es auch in Schweden. Anders als in Schweden aber wurde hierzulande keine Kommission eingerichtet, um zu untersuchen, warum so viel mehr Menschen in der 2. Welle verstorben sind und ob dies mit der prekären Situation in der Alterspflege zusammenhing. Auch ohne Untersuchung durch eine eingesetzte Kommission steht fest, dass die Kapazitäten des Schweizer Gesundheitswesens an ihre Grenzen stiessen, weil zu wenig qualifiziertes Pflegefachpersonal da war, um auf Intensivstationen Patient:innen zu betreuen. Woran liegt es, dass wir in einem der reichsten Länder der Welt einen Pflegefachmangel haben?

Fallpauschalen: Neoliberale Wende im Gesundheitswesen

Mit der 2013 eingeführten Vergütung durch Fallpauschalen (Diagnostic Related Groups – DRG) wurde die Finanzierung von Spitälern komplett umgekrempelt.⁵ Bei den Fallpau-

tistiken/gesundheit/gesundheitszustand/sterblichkeit-todesursachen.html, 3.4.2022

5 Mehr Infos unter: <https://sozialismus.ch/schweiz/2021/die-schweizer-pflegeinitiative-und-die-leistetrete-rei-der-gewerkschaften/>

4 <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/sta->

« Die für viele Pflegefachpersonen körperlich und physisch nicht mehr tragbaren Arbeitsbedingungen sind ein wesentlicher Grund für den Pflegenotstand.

schalen zahlen die Krankenkassen lediglich eine pauschale Summe pro standardisierte Diagnose an die Gesundheitsdienstleister und nicht mehr die individuellen Behandlungskosten. Dies setzt Anreize, möglichst viele Patient:innen in möglichst kurzer Zeit zu behandeln und gleichzeitig die Kosten pro Patient:in tief zu halten. Dabei werden einige Behandlungen wie ein Kaiserschnitt oder orthopädische Eingriffe weit besser vergütet als andere wie eine natürliche Geburt oder konservative Heilmethoden, bei denen keine OP notwendig ist. Deshalb besteht zusätzlich das Risiko, wirtschaftlich lukrative Eingriffe anstelle medizinisch notwendiger Eingriffe zu bevorzugen. Zudem wird – anders als die operativen Eingriffe – die Pflege von Patient:innen im Fallpauschalensystem schlecht vergütet und stellt für Spitäler in erster Linie einen Kostenfaktor dar.⁶

Zusätzlich müssen Spitäler seit der Einführung der Fallpauschalen wie ein Unternehmen Gewinn erwirtschaften, der wiederum in die Instandhaltung und den Ausbau des Spitals investiert werden muss. So sollen möglichst viele (lukrative) Patient:innen angelockt werden, damit das Spital in Konkurrenz zu den anderen Spitälern bestehen kann. Anders als private Spitäler können sich die öffentlichen Spitäler die Patient:innen und damit lukrative Diagnosen jedoch nicht aussuchen, weshalb öffentliche Spitäler im Konkurrenzkampf zu Privaten eine strukturelle Benachteiligung haben. Um dennoch bestehen zu können, verstärkt sich einmal mehr die Tendenz, immer mehr Patient:innen in immer kürzerer Zeit zu behandeln, ohne entsprechend mehr Pflegefachpersonal einzustellen.

Personalüberlastung als Folge marktorientierter Gesundheitspolitik

Die Konsequenzen dieses infolge neoliberaler Politik gemachten Kostendrucks im Gesundheitsbereich für die Pflegefachpersonen ist ein steigender Leistungsdruck und eine immense Intensivierung der Arbeitsbelastung: Nicht nur müssen sie mehr Patient:innen betreuen, sondern die kürzere Aufenthaltsdauer führt zu einer erhöhten Fluktuation der Patient:innen und somit zu steigender Komplexität der Pflege.

Der Arbeits- und Leistungsdruck steigt, Überlastung und Burn-out sind die Folge, Berufsausstiege erfolgen am laufen-

den Band. Die für viele Pflegefachpersonen körperlich und physisch nicht mehr tragbaren Arbeitsbedingungen sind ein wesentlicher Grund für den Pflegenotstand. Der monetäre Druck auf das Gesundheitswesen führt somit zu einem Abbau und einer Verschlechterung der Care-Infrastruktur, einem Qualitätsverlust sowie zu einem weniger zugänglichen Gesundheitswesen – eine Entwicklung, die in der Corona-Pandemie für viele Menschen tödliche Folgen hatte.

Der Mythos des Kostendrucks

Bürgerliche Ökonom:innen argumentieren seit Jahrzehnten, die Kosten des Gesundheitssystems würden explodieren, weshalb gespart werden müsse. Theoretiker:innen der feministischen Ökonomie widersprechen dem jedoch vehement: So argumentiert die marxistische Ökonomin Mascha Madörin gegen den neoliberalen Mythos der Kostenexplosion mit der Theorie des ungleichgewichtigen Wirtschaftswachstums.⁷

Bereits 1967 hatte der Amerikanische Ökonom William Baumol⁸ die Theorie des ungleichgewichtigen Wirtschaftswachstums aufgestellt. Laut dieser ist in Pflege-, Erziehungs- und Gesundheitswesen der Produktivitätszuwachs nicht in ähnlichem Masse möglich, wie im Industrie- oder Bankensektor. In der Industrie sind wegen technologischen Fortschritts, besseren Maschinen oder aber wegen des Skalen-Effekts (mit steigender Anzahl der Produkte sinken die Produktionskosten) Produktivitätssteigerungen möglich, so dass in kürzerer Zeit mehr produziert werden kann.

Bei der Arbeit mit und am Menschen ist dies jedoch nicht so ohne Weiteres möglich. Menschen können nicht einfach schneller gepflegt oder erzogen werden, weshalb Produktivitätssteigerung nur sehr begrenzt möglich ist. Dies hängt mit den spezifischen Charakteristika der Sorge- und Versorgungsarbeit zusammen. Sie sind geprägt von zwischenmenschlichen Beziehungen, es gibt Verantwortlichkeits- und Abhängigkeitsverhältnisse. Solche Aufgaben sind sehr arbeits- und zeitintensiv. Der Arbeitsprozess selbst ist wichtig für die Leistung und Effizienz und nicht nur das Produkt oder der Outcome. Daher funktioniert die Logik der Zeit im Bereich der Sorgearbeit ganz anders als im Vergleich zu Sektoren der Industrie. Auch führt technologischer Fortschritt nicht zwangsläufig zur Arbeitszeitreduktion, weshalb technische Innovation im Care-Bereich nicht wie in anderen Bereichen die Produktivität erhöht. Die Arbeitskostenreduktion durch die Ersetzung von Arbeitsleistung durch

⁶ https://www.sbk.ch/files/sbk/pflegethemen/docs/S24_25-10_2013.pdf, 3.4.2022

⁷ Mascha Madörin Megatrends: Care Arbeit und die Soziale Frage in Soziale Frage(n) der Zukunft (2021) Johanna Brandstetter, Kerstin Bronner, Stefan Köngeter, Andreas Laib, Axel Pohl und Steve Stiehler (Hg.), https://api.pageplace.de/preview/DT0400.9783732993062_A41350011/preview-9783732993062_A41350011.pdf 8.4.2022

⁸ Baumol forschte besonders ausführlich zum Arbeitsmarkt und andere Faktoren, die die Wirtschaft beeinflussen und wurde 2013 für den Nobelpreis für Wirtschaft vorgeschlagen.

Maschinen ist im Care-Bereich nicht so ohne Weiteres möglich. Das heisst allerdings nicht, dass nicht dennoch probiert wird, die Care-Arbeit nach marktwirtschaftlichen Kriterien auszurichten, wie der Bericht über Pflegeroboter in Japan zeigen.

Baumol bezeichnet aufgrund der geringen Möglichkeiten der Produktivitätssteigerungen diese Art Wirtschaftssektoren als stagnierende Sektoren, im Gegensatz zu den progressiven Sektoren, bei denen es zu einer stetigen Produktivitätssteigerung komme, respektive die Kosten pro Produktionseinheit sinken. Gleichzeitig steigen die Löhne in den stagnierenden Sektoren tendenziell im Verhältnis zu den Produktivitätssteigerungen in progressiven Wirtschaftssektoren. In Spitälern gibt es jedoch keine derartigen Produktivitätssteigerungen, weshalb es zu stetig steigenden Kosten kommt, wie dies im Gesundheitssektor der Fall ist. Mit den steigenden Lohnkosten werden die Spitäler bei gleichbleibender Leistung teurer, während beispielsweise Autos im Vergleich zu den Leistungen der Spitäler billiger werden. Die Relation der Produktionskosten und damit die Preisrelationen verändern sich grundlegend.

Eine wesentliche These von Baumol ist daher, dass die Kosten im Gesundheit- und Bildungswesen tendenziell umso stärker steigen, je stärker die Arbeitsproduktivität in anderen Sektoren steigt. Somit sind die stetig steigenden Kosten das Resultat einer erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung in anderen Sektoren und keineswegs Ausdruck einer Fehlentwicklung oder Misswirtschaft im Gesundheitswesen. Die Ausgaben des Staates für die Bereiche der Gesundheitsversorgung und des Bildungswesens müssen demgemäss steigen.

Dieser Dynamik der steigenden Kosten versucht nun allerdings die neoliberale Politik mit massiven Sparprogrammen entgegenzuwirken. Baumol argumentiert jedoch, dass die Kostenzunahme nur vorübergehend gebremst werden kann, danach gehe die Tendenz, dass die Kosten stärker als das Bruttoinlandprodukt ansteigen, weiter – nur mit einem schlechteren Leistungs- und Lohnniveau für die stagnierenden Sektoren. Denn wegen des hohen Anteils an Personalkosten für diese Sektoren wird vor allem am bezahlten Zeitaufwand für die Sorgearbeit gespart. Das führt zu dysfunktionalen Massnahmen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen: Auf der einen Seite ein enormer Lohn- und Leistungsdruck für das Personal, u.a. für Pflegefachpersonen. Auf der anderen Seite schlechte Versorgung und Verwahrlosung der Sorgebedürftigen.

Genau dies beobachten wir bei der neoliberalen Gesundheitspolitik der Fallpauschalen und den Sparmassnahmen der vergangenen Jahrzehnte: eine strenge Kostenkontrolle, Sparzwang für den Sozialstaat, Privatisierungen von Spitälern und ein Abbau der Gesundheitsinfrastruktur vor allem in ländlichen Regionen.

Wer trägt die Kosten?

Die stetig steigenden Kosten im Sorgebereich betreffen

arme Menschen überproportional. Bei ohnehin schon niedrigen Reallöhnen fallen die steigenden Kosten für Gesundheit und Bildung zusätzlich ins Gewicht. Eigentlich müssten die Bildungs- und Gesundheitsbereiche stärker staatlich subventioniert werden, gerade weil Gesundheit und Bildung Grundrechte und damit Teil der Grundversorgung sind. Mit der neoliberalen Wende und der in der Folge eingeführten Fallpauschalen bewegt sich der Finanzierungstrend jedoch immer mehr in die andere Richtung. Entsprechend der kapitalistischen Logik des Marktes wird ständig nach möglichen Produktivitätssteigerungen gesucht: mehr produzieren bei sinkenden Kosten. Da dies im Bildungs- und Gesundheitsbereich nicht möglich ist, wird bei den Lohnkosten gespart. Dies wiederum bedeutet eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, was wiederum zu mehr Kündigungen und Berufsaustritten führt, wie die Pflegefachperson Zora im Interview (S.XY) aus eigener Erfahrung berichtet. Der Pflegenotstand hat somit System. Die Kosten dieses Systems tragen die Pflegefachpersonen und die Patient:innen, dabei überproportional vor allem ärmere und marginalisierte Bevölkerungsgruppen.

Perspektive – was braucht es:

Anstatt weiter an der Sorge- und Versorgungsarbeit zu sparen, wäre es zentral, diese Tätigkeiten für das anzuerkennen und aufzuwerten, was sie sind: gesellschaftlich notwendige, systemrelevante Arbeiten, die Wertschätzung, finanzielle Ressourcen und Zeit benötigen und verdienen. Es braucht einen massiven Ausbau der Care-Infrastruktur, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine gesellschaftliche Arbeitszeitreduktion bei steigenden Löhnen. Dies wären wichtige Voraussetzungen damit neben der bezahlten auch die unbezahlte Sorgearbeit besser zwischen allen Teilen der Gesellschaft aufgeteilt werden kann und mehr Zeit für diese vorhanden ist. Die bezahlte Sorge- und Versorgungsökonomie muss der Logik der kapitalistischen Profitmaximierung (wieder) entzogen werden und ausreichend öffentlich finanziert werden. Es braucht mehr Personal, mehr Lohn und kürzere Arbeitszeiten, um gerade die anstrengende Schichtarbeit besser mit längeren Erholungsphasen ausgleichen zu können und so die Gesundheit des Personals und die Qualität der Care-Arbeit sicherzustellen.

Dafür braucht es eine breite soziale Bewegung und die kollektive Organisation der Beschäftigten im Gesundheitswesen. Deswegen heisst es einmal mehr, raus auf die Strasse am 12. Mai zum Tag der Pflege, wie auch am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, und am feministischen Streiktag am 14. Juni.

Wir haben die Pflegefachperson Zora interviewt und nachgefragt, welche Möglichkeiten der kollektiven Organisation und Arbeitskämpfe es gibt, welche Auswirkungen der Sparmassnahmen sie konkret in ihrem Arbeitsalltag zu spüren bekommt und welche Perspektiven sie sieht. Kämpfen wir gemeinsam mit den Pflegefachpersonen für menschenwürdige Pflege und Arbeitsbedingungen!

«Wir sind wütender als noch vor 2 Jahren, weil klatschen einfach nicht reicht!»

Am 12. Mai ist Tag der Pflege. Dringender denn je brauchen wir eine breite soziale Bewegung für bessere Arbeitsbedingungen, da die Pflegefachpersonen am Anschlag sind, wie Zora im Interview über den Pflegenotstand, die Folgen neoliberaler Sparpolitik und Auswirkungen der Coronapandemie berichtet. Sie arbeitet auf einer spezialisierten Spitalabteilung.

Interview mit Zora¹. Von Josephine Kunze und Lisi Kalera (BFS Basel)

¹ Name von der Redaktion geändert.

Interviewer:innen: Zora, die Coronakrise hat den Pflegenotstand sichtbar gemacht, der aber schon vor der Coronapandemie bestand und nach der Coronapandemie auch nicht vom Tisch sein wird. Zusätzlich haben die Sparmassnahmen (bzw. Fallpauschaleneinführung) den Druck auf die Pflege erhöht. Wie hast du die Auswirkungen der Sparmassnahmen in deinem Arbeitsalltag zu spüren bekommen? Kannst du dies anhand von ein, zwei konkreten Beispielen darlegen?

Zora: Als Antwort auf diese Frage ist mir leider nichts Neues eingefallen, als das, was wir schon seit Jahren immer wieder von Pflegenden hören. Der Personal- und der damit einhergehende Zeitmangel führen zu Stress, zu Müdigkeit, zu Frustration darüber, den Menschen, die wir betreuen, nicht gerecht zu werden, und zur Angst, Fehler zu machen oder etwas zu verpassen. Die anhaltende Belastung führt

dazu, dass viele Pflegende krank werden oder kündigen, um entweder an einem anderen Ort wieder das Gleiche zu erleben oder sich aus dem Beruf zurückzuziehen. Diese hohe Fluktuation führt zu Wissens- und Qualitätsverlust und ist natürlich wiederum belastend fürs Team, da immer wieder viel Energie in Einarbeitungszeit oder Weiterbildungen (z.B. bei Intensiv- oder Notfallstationen) gesteckt werden muss. Diese Einarbeitung zieht auch wieder viel erfahrenes Personal aus der Arbeit am Bett [aus der Arbeit bei den Patient:innen] selbst ab und erhöht den Stress.

Bei mir persönlich führte dieser dauerhafte Stress im letzten Jahr zu zunehmender Wut und Aggression und abnehmender Empathie Patient:innen und Mitarbeitenden gegenüber. Das hat mich natürlich sehr fest belastet, da ich mich selber als einfühlsamen und geduldigen Menschen kenne und auch einen anderen Anspruch an mich habe, wie ich mit anderen Menschen umgehe. Im Gespräch mit



Freundinnen aus der Pflege habe ich gemerkt, dass ich nicht die Einzige bin, die emotional so reagiert. Empathieverlust gilt als ein Kriterium für ein (kommendes) Burnout. Mit einer Reduktion des Arbeitspensums konnte ich wieder zurück zu mir und meiner ausgeglicheneren Persönlichkeit finden. Ich bin damit nicht alleine. Die meisten Pflegenden, die es sich leisten können, arbeiten nicht 100 % und sorgen damit auf eigene Kosten für ihre Gesundheit.

Welche Herausforderungen der Coronakrise kannst du direkt auf die Sparmassnahmen zurückführen?

Der fortbestehende Personalmangel und die bereits strenge und intensive Arbeitssituation haben sich in der Krise deutlich verstärkt. Bereits vor der Pandemie war die Personalbesetzung knapp. Nun können sich viele vorstellen, was passiert, wenn zum vorher bestehenden Stress noch Folgendes dazukommt: mehr Patient:innen (also mehr Arbeit), vermehrte Patient:innen in Isolation (d.h. jedes Mal Schutzkleider anziehen, bei vergessenen Material auf Kolleg:innen angewiesen sein, die ja auch fast keine Zeit haben, Zimmer bei Austritt doppelt so gründlich putzen, etc.), mehr Krankheitsausfälle oder Selbstisolationen/ Quarantäne im Team, häufigeres Einspringen für kranke Kolleg:innen, ständige Prozessänderungen betreffend Vorgehen bei Coronapatient:innen, 9 Stunden am Stück FFP2 Masken tragen, zusätzlich erhöhter Lärmpegel durch die lauten Luftfilter, Angst, selber angesteckt zu werden und und und.

Jetzt - mit Omikron - sind wir erneut in einer Personalkrise. Es ist unglaublich; es fehlen im Moment zum Teil mehr als 10 % des Personals wegen Covidkränkungen – zusätzlich zu anderen Krankheitsausfällen, Unfällen oder Mutterschaftsurlauben. In diesem Setting mit zu wenig Personal muss zusätzlich wieder das neue Personal eingearbeitet werden. Dass das

nicht befriedigend passiert, kann mensch sich ja vorstellen.

Zurzeit habe ich das Gefühl, dass wir voll auf der Kippe stehen. Wir sind wirklich alle richtig müde und erschöpft. Bei uns (ein grosses Team von etwas mehr als 100 Menschen) kündigen pro Monat 2 bis 4 Personen. Ich kenne Pflegenden, die seit fast 20 Jahren in diesem Beruf arbeiten und so Vollblut-Pflegende sind und sagen, dass sie nicht mehr mögen oder unbezahlt Urlaub nehmen, damit sie nicht kündigen. So krass habe ich das wirklich in meinen 12 Jahren Erfahrung noch nicht erlebt. Ich glaube, was auch belastet, ist der Gedanke, dass diese Arbeitsbelastung noch ein paar Jahre anhält, weil diese Lücke in der Personaldecke nicht in 3 Monaten gestopft werden kann. Nein, das wird Jahre dauern. Und solche Bedingungen hinzunehmen, wenn mensch schon müde ist, ist auch nochmals anders als wenn es einfach ein Durchstehen für ein halbes Jahr wäre.

Das hört sich schrecklich an. Wie geht ihr im Kollektiv damit um? Gibt es unter den Mitarbeitenden eine solidarische Atmosphäre (als Voraussetzung sich kollektiv zu organisieren) und hat sich das mit der Coronapandemie verändert?

Eine solidarische Atmosphäre gab es unter Pflegenden schon immer. Die Arbeitssituation ist bei Treffen untereinander oder bei Treffen mit früheren Kolleg:innen immer wieder Thema. Wir sitzen gefühlt im gleichen Boot und die Probleme sind in fast allen Spitälern gleich.

Aber bei Stresssituationen im Spital kommt es trotzdem immer wieder zu Ungeduld und patzigen Tönen unter Mitarbeitenden und auch zwischen Teams verschiedener Berufsgruppen oder Stationen. Es ist klar, dass wenn alle Stationen personell knapp besetzt sind, versucht wird, das eigene Team vor noch mehr Arbeit zu schützen, z.B. durch Ablehnung von



komplexen Patient:innen von der Notfallstation auf die Intensiv- oder Allgemeinstation oder Abdelegieren von Aufgaben an die folgende Station.

Gibt es eine kollektive Organisation zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen?

Es gibt sehr viel Austausch untereinander und es wurden z.T. Forderungen an die Spitalleitung gestellt. In Teamsitzungen zeigten sich im letzten Jahr auch Leitungspersonen öfters und stellten sich den Pflegenden direkt. Eine grosse kollektive Organisation gab es vor der Pflegeinitiative letzten Herbst. Das Gefühl entstand, dass alle zusammen an einem Strang ziehen, ein gemeinsames Ziel hatten und mehr oder weniger aktiv sein können (von Demo zu Ja-Kleber kleben oder Fahnen aufhängen). Grosse Veränderungen wurden nicht erzielt, aber seit der Initiative gibt es immer wieder kleinere Verbesserungen, die zwar nicht die akute Situation lösen, aber zumindest Hoffnung machen. Es gibt beispielsweise ein Spital, welches eine Arbeitszeitverkürzung ausprobiert.

Generell würde ich aber nicht sagen, dass es eine flächendeckende kollektive Organisation gibt. Ich glaube, viele von uns sind zu müde und zu erschöpft und wollen sich nach der strengen Arbeit nicht auch noch mit dem Thema beschäftigen, sondern brauchen und suchen Abstand. Viele, die schon eine Weile im Beruf sind, sind auch kampfmüde. Es wurde schon so oft darauf hingewiesen. Passiert ist aber nichts. Seit Jahren laufen die Veränderungen immer in die eine Richtung - und zwar in Richtung Verschlechterung. Ich war früher auch motivierter und habe mich öffentlich geäußert, bin aber inzwischen leider recht desillusioniert und auch nicht mehr aktiv. Wir fühlen uns ohnmächtig, es wurde schon viel probiert, aber es hat irgendwie nichts gebracht.

Solange diese neoliberale ökonomische Haltung im Gesundheitswesen dominiert und die Boni und Dividenden der Privatkliniken wichtiger sind als Patient:innen und Pflegenden, ist es schwierig.

Welche längerfristig wirksamen Perspektiven siehst du, um die Pflege zu entlasten und dem Pflegenotstand entgegenzuwirken?

Bessere Arbeitsbedingungen und vermehrte Ausbildung. Eine der lautesten Forderungen in der Pflegeszene betreffend besserer Arbeitsbedingungen ist eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn vor allem bei Schichtarbeitenden. Das bedeutet, dass ein 80%-Pensum wie ein 100 %-Pensum entlohnt wird.

Aber insgesamt braucht es ein Umdenken in der Gesundheitspolitik. Weg vom kapitalistischen gewinn- und wettbewerbsorientierten hin zu einem patientenorientierten Gesundheitswesen, das Teil einer öffentlichen Versorgung ist.

Gesundheit ist keine Ware!

Möchtest du noch etwas ergänzen?

Ja, ich möchte noch Folgendes hinzufügen:

Die Stimmung unter Pflegenden hat sich verändert. Dies ist einerseits der Coronakrise und damit einhergehend der vermehrten öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit geschuldet, und andererseits auch der Pflegeinitiative, über welche im Herbst 2021 abgestimmt wurde.

Zum einen haben wir das Gefühl, dass wir jetzt gehört werden und das Thema endlich öffentlich breiter diskutiert wird. Das und auch das Ja der Pflegeinitiative wurde positiv aufgenommen.

Gleichzeitig sind wir auch wütend. Wir sind wütender als noch vor 2 Jahren, weil klatschen einfach nicht reicht und auch zwei Jahre Pandemie und Aufmerksamkeit die Situation nicht verbessert haben. Es wurde viel geredet und diskutiert, aber es ist nichts passiert. So war es für uns sehr enttäuschend, dass die Spitäler selbst die Pflegeinitiative ablehnten. Es ist fies, zu wissen, dass dir dein:e Arbeitsgeber:in in Teamsitzungen und Personal-Mails immer wieder sagt, dass sie alles tun, um deine Situation zu verbessern, aber sich auf politischer Ebene in der Öffentlichkeit gegen verbesserte Arbeitsbedingungen positioniert.

Wir sind wütend und wir sind es leid, darum kämpfen zu müssen, dass wir bessere Arbeitsbedingungen haben, damit wir die Menschen würdevoll behandeln können. Wir sind müde, aber geben weiterhin unser Bestes und betreuen die Menschen, die unsere (medizinische) Hilfe benötigen. Wir sind erschöpft und wir brauchen die Unterstützung und den Druck von allen, damit sich für uns alle etwas ändert.



NO FRONTEx

Sichere Migrationsrouten für alle!

Nicht nur in Krisenzeiten, sondern immer!

Am 15. Mai wird über die Erhöhung des Schweizer Beitrags an das Budget der Frontex abgestimmt. Das Referendum haben eine Reihe von Basisaktivist:innen getragen. Sie setzen sich für Bewegungsfreiheit ein und dementsprechend für die Abschaffung von Frontex. Die BFS unterstützt das Referendum und stellt sich gegen die zunehmende Militarisierung der EU-Aussengrenzen. Nachfolgend ein Beitrag des No Frontex-Referendumskomitees, der argumentiert, weshalb alle Geflüchteten unsere Solidarität brauchen.

vom No Frontex-Referendumskomitee

Tausende Menschen flüchten vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. In vielen europäischen Ländern geht ein solidarischer Ruck durch die Bevölkerung – gefühlt europaweit ertönt die Forderung, rasch und gemeinsam für die Aufnahme ukrainischer Kriegsgeflüchteter zu sorgen. Über 20'000 Menschen gingen am Samstag [26.02.2022] in Bern gegen den Krieg auf die Strasse und forderten neben dem Ende des russischen Angriffs auch Solidarität mit allen vom Krieg Betroffenen. Was für ein Zeichen. Angesichts eines eskalierenden Krieges in Europa scheint plötzlich das Unmögliche möglich: die EU-Kommission hat den Ländern in der Region (sprich Polen und weiteren Nachbarstaaten) bereits finanzielle Unterstützung und die Kompetenz von Frontex angeboten, um dabei zu helfen, Flüchtende aus der Ukraine unterzubringen.¹ Die polnische Regierung hat auf das Angebot positiv reagiert und durchblicken lassen, dass sie die Hilfe von Frontex bei der Unterbringung und Betreuung in Anspruch nehmen will. Das zeigt auf, wohin das Geld, das Frontex in Militarisierung investiert, eigentlich fliessen könnte: in solidarische Infrastruktur, die ein würdiges Leben für alle garantiert, die sich entscheiden (müssen), ihren Wohnort zu verlassen.

Für No Frontex ist klar: Wir brauchen offene und sichere

Migrationsrouten, nicht nur in Krisenzeiten, sondern immer. Als No Frontex unterstützen wir den Aufruf vollumfänglich, rasch und gemeinsam für die Aufnahme ukrainischer Kriegsgeflüchteter zu sorgen. Gemeinsam mit zahlreichen Einzelpersonen, Netzwerken und Organisationen fordern wir das in einem offenen Brief von der Bundesrätin Karin Keller-Sutter.² Es braucht Korridore der Solidarität!

Alles gut also? Mitnichten!

Doch das reicht nicht. Dass wir heute überhaupt darüber diskutieren müssen, ob und wie viele und vor allem welche Menschen aus der Ukraine allenfalls in den Schengen-Raum oder in die Schweiz kommen dürfen, zeigt auf, an welchem Punkt wir angelangt sind. Der Normalzustand des EU-Migrationsregimes ist unerträglich und inakzeptabel: Stacheldraht und Abschottung sind Alltag. Menschen werden entlang rassistischer Kategorien und kapitalistischer Logik als Gefahr und Feind betrachtet und behandelt. Im Krisenfall werden abstrakte Kontingentspakete geschnürt. Noch im Herbst wurden zudem tausende Menschen, die von Belarus in Richtung Europa reisten, in ebenjener Grenzregion brutal abgewiesen – in unmittelbarer Nähe von dort, wo sich jetzt tausende Ukrainer:innen in Sicherheit bringen, von dersel-

1 <https://www.infomigrants.net/en/post/38737/european-countries-prepare-for-refugees-from-ukraine>

2 Brief kann auf <https://www.unterzeichnen.ch/> unterschrieben werden.

NO FRONTEx

→ Nein am 15. Mai!

ben Grenzbehörde, die sich jetzt als humanitäre Institution präsentiert. Der Aufschrei der Öffentlichkeit blieb weitgehend aus. Es waren Menschen aus dem Irak, dem Jemen und anderen Ländern – sie wurden rassistisch motiviert zurückgepusht, mit teils tödlichen Folgen. Politiker:innen aus ganz Europa, aber beispielsweise auch Frontex-Direktor Fabrice Leggeri selber, stellten sich damals hinter das brutale Vorgehen der polnischen und litauischen Sicherheitskräfte.³

Es ist eine wichtige Entwicklung, dass nun schnell und mehrheitlich unbürokratisch Fluchtwege geschaffen werden. Doch was heute möglich ist, das muss auch morgen möglich sein – und nicht nur für *weisse* Europäer:innen, sondern für alle. Die rassistische Kategorisierung von Flüchtenden zeigt sich nicht nur in der ungleichen Reaktion Europas auf die Fluchtbewegungen vom Herbst und jenen von heute. Sie wiederholt sich selbst in diesem Moment: Derzeit häufen sich die Berichte von in der Ukraine lebenden Afrikaner:innen⁴, die von verstörender Diskriminierung an der Grenze zu Polen berichten. Sie werden zurückgewiesen, teils mit vorgehaltener Waffe zurückgedrängt. Unter dem Hashtag #AfricansInUkraine finden sich dutzende Berichte von Betroffenen. Rassistische Segregation inmitten einer von Krieg ausgelösten Massenflucht.⁵ Zudem gehen die gewalttätigen Pushbacks in der Ägäis unvermindert weiter und in Libyen sitzen weiterhin Tausende in schrecklichen Lagern fest, oft mithilfe von Frontex an der Überfahrt nach Europa gehindert.⁶ Hinzu kommen Aussagen von Politiker:innen und mediale Berichterstattungen, die von Rassismus triefen: Die Solidarität und das Mitgefühl gilt dabei ganz explizit

den flüchtenden Europäer:innen mit blonden Haaren und blauen Augen. Und auch die NZZ wird ihrem Ruf gerecht und stimmt in den rassistischen Tenor ein: echte Flüchtlinge seien es diesmal, vermeintliche Flüchtlinge waren es früher.⁷ Was wir gerade erleben ist die rassistische EU-Migrationspolitik in a Nutshell: Egal an welcher Grenze oder in welcher Situation, rassifizierte Personen sind auf dem Weg nach Europa systematischer Diskriminierung ausgesetzt.

Kriegsgesellschaft abschaffen, von unten her vernetzen

Der Angriffskrieg von Putin und seinen Gefolgsleuten und seine Folgen können nicht isoliert betrachtet werden. Er reiht sich in eine Welt ein, die von Aufrüstung und Wettbewerb geprägt ist. Patriarchale und chauvinistische Politiker:innen befördern Nationalismen und Kriege. Auch dieser Krieg wurde vom anhaltenden Wettrüsten befeuert. Wer nun Aufrüstung fordert oder gar wie Deutschland massive Aufrüstungspläne im Umfang von 100 Milliarden Europa bekannt gibt⁸, folgt dieser Logik. Mehr Waffen haben noch nie für friedlichere Verhältnisse gesorgt. Deshalb braucht es Solidarität, Widerstand und Vernetzung von unten⁹, die in ihren Forderungen nicht bei diesem Krieg aufhören, sondern sich für einen gesellschaftlichen Gegenentwurf einsetzen, der kriegesischer Eskalation, Nationalismus und Abschottung den Nährboden entzieht. Das gilt auch für Migrationskämpfe und ihre Forderungen: die hören nicht dabei auf, Bewegungsfreiheit für alle zu fordern, sondern bedeuten natürlich auch, Fluchtursachen zu verhindern und Migration als Tatsache zu verstehen. Krieg ist eine von vielen Migrationsursachen. Alle dieser Migrationsgründe sind legitim. Unsere

3 <https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-executive-director-visits-poland-s-border-with-belarus-LAS4dG>

4 <https://www.independent.co.uk/news/world/europe/ukraine-refugees-racism-russia-invasion-b2024175.html>

5 <https://apnews.com/article/russia-ukraine-war-refugees-diversity-230b0cc790820b9bf8883f918fc8e313>

6 https://sea-watch.org/frontex_crimes

7 <https://www.nzz.ch/meinung/fluechtlinge-aus-der-ukraine-zeit-fuer-eine-neue-willkommenskultur-ld.1672134?reduced=true>

8 <https://www.tagesschau.de/eilmeldung/bundeswehr-sondervormoegen-scholz-101.html>

9 <https://www.woz.ch/-c315>

Solidarität gilt deshalb allen Menschen – ob sie gerade aus der Ukraine flüchten, in Libyen für ihre Rechte kämpfen oder sich nach der Ankunft in Europa durchschlagen.

Frontex und Krieg

Doch was hat das alles mit Frontex zu tun? Frontex und Krieg sind zwei Seiten derselben Medaille. Im Auftrag der EU riegelt Frontex die Schengen-Grenzen für Migrant:innen mit militärischer Infrastruktur ab und führt einen Krieg gegen Migration. Die EU-Grenzschutzagentur ist mit immer mehr Personal und einer wachsenden Flotte¹⁰ Teil der Aufrüstungsspirale und folgt einer patriarchalen Militärlogik. Sie arbeitet dafür mit ebenjenen Akteur:innen

¹⁰ <https://www.cilip.de/2019/09/30/neue-frontex-verordnung-aufruestung-der-festung-europa>

zusammen, die an der Aufrüstung verdienen¹¹ oder vor denen Menschen fliehen, und schottet die EU-Aussengrenzen gegen Menschen ab, die unter anderem von militärischen Konflikten vertrieben werden, in denen Europa fleissig mitmischet. Damit muss endlich Schluss sein. Wir brauchen sichere Fluchtwege statt Drohnen, eine Gesellschaft der Vielen statt Abschottung, Rettungsboote statt Frontex.

Mehr denn je fordern wir die Entmilitarisierung des Grenzregimes und Bewegungsfreiheit für alle. Gerade deshalb setzen wir uns weiterhin gegen Frontex ein. Wir hoffen, dass die Solidarität mit den Betroffenen in der Ukraine eine solidarische Welle auslöst, die alle miteinschliesst und sich nicht nur in Konflikten zeigt, die vor unserer Haustür stattfinden.

¹¹ <https://frontexfiles.eu>

Was ist Frontex?

Frontex ist die Grenzschutzagentur der Europäischen Union. Sie wurde 2005 gegründet. Seither ist ihr Budget von 6 Millionen Euro um 7000% gestiegen und soll für den Zeitraum von 2021-2027 ganze 11 Milliarden Euro betragen. Personell soll die Einsatztruppe von Frontex bis 2027 auf ein eigenes stehendes Heer mit 10'000 Grenzschutzbeamten:innen aufgestockt werden.

Die Hauptaktivitäten der Frontex sind:

- Rückführungen von irregulären Migrant:innen (dabei direkte und indirekte Verwicklung in illegale Pushbacks)
- Planung und Durchführung von Ausschaffungen in der gesamten EU
- Aufrüstung lokaler Grenzschutzbehörden und Ausstattung mit wichtigem Know-how (speziell im Bereich der Überwachung über die Angleichung an europäische Standards und Systeme)
- Verfassen von sogenannten Risikoanalysen samt Handlungsempfehlungen (wie bspw. Grenzkontrollen verstärken, Einsätze von Frontex ausweiten oder Ressourcen der Agentur aufstocken)

Zur Ausführung dieser Aktivitäten ist die Frontex nicht nur direkt an den EU-Aussengrenzen sowie innerhalb der europäischen Länder im Einsatz, sondern über die konstant erhöhte Auslagerung des EU-Migrationsregimes auch in immer mehr Drittstaaten. Sie arbeitet aktiv mit über 20 Ländern ausserhalb der EU zusammen. Dabei kooperiert die Frontex beispielsweise mit der libyschen Küstenwache, welche migrantische Boote abfängt und gewaltsam zurück nach Libyen schleppt, wo Migrant:innen unter massiv gewaltvollen Bedingungen festgehalten werden. Sie unterstützt aktiv die Ausweitung der Luftüberwachung im Mittelmeer, während gleichzeitig die offiziellen Rettungsmissionen immer weiter reduziert

werden. Die Aktivitäten der Frontex fördern das rassistische Narrativ von Migration als Bedrohung, wobei besonders die Risikoanalysen als Eigenlegitimation zur immer weiteren Aufstockung der Frontex benutzt werden. Die Abschottungspolitik der EU kostete seit 1993 über 44'000 Tote, die Dunkelziffer eingerechnet sind es viele mehr.

Verbindungen der Frontex zur Schweiz

Die Schweiz unterstützt die Frontex als Schengen-Mitglied seit 2009 finanziell und personell. Nun hat der Nationalrat einem jährlichen Budget von 61 Millionen Franken bis 2027 zugestimmt. Dies macht im Gesamtbudget der Frontex ca. 5% aus, womit die Schweiz beträchtlich zum gewaltvollen Abschottungsregime der EU beiträgt. Die Schweiz kann dabei als Schengen-Staat ausschliesslich mitreden, hat jedoch kein Stimmrecht bei der Planung neuer Kompetenzen und Gesetze.

Die Schweiz profitiert dabei stark von der gewaltvollen europäischen Migrationsabwehr, denn sie ist als Heimathafen für Rohstofffirmen, internationaler Bankenplatz und Waffenfabrik eine wichtige Profiteurin im kapitalistischen Weltsystem. Und sie ist damit Mitverantwortliche in vieler Fluchtursachen.

Unsere Forderungen

- NEIN zur Finanzierung und personellen Unterstützung von Frontex durch die Schweiz!
- JA zur Bewegungsfreiheit für alle!
- Abschaffung der Frontex als Symbol der abschottenden gewaltvollen europäischen Migrationspolitik!
- Stopp der Kriminalisierung von Migration nach Europa und der damit verbundenen Militarisierung der Grenzen!
- Sichere Migration ermöglichen anstatt gewaltvoll verhindern!



Über die BFS

Die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS) ist eine schweizweit aktive, antikapitalistische Organisation. Seit unserer Gründung 2002 engagieren wir uns insbesondere zu Fragen der Ökologie, der Migration, des Antirassismus, des Feminismus und der Arbeitswelt. Wir intervenieren in gesellschaftliche Debatten und arbeiten aktiv in sozialen Bewegungen und Basiskollektiven mit.

Die BFS hat Sektionen in Zürich, Basel, Genf, Lausanne und im Tessin. In Zürich und Basel existieren auch Jugendgruppen, die BFS Jugend Zürich und die BFS Jugend Basel.

Auch in anderen Städten wie St. Gallen gibt es immer wieder Lesegruppen und andere Projekte. Wir diskutieren offen, international und orientiert an den sozialen Bewegungen. Wir vernetzen uns, organisieren uns selbstständig und wollen Räume schaffen, in denen Sexismus, Rassismus, Homo- und Transphobie keinen Platz haben. Organisiere dich mit uns!

Wenn du mehr über uns erfahren und/oder dich an unseren Aktivitäten beteiligen möchtest, freuen wir uns über deine Kontaktaufnahme.

bfs
Bewegung für
den Sozialismus

BFS Zürich: info@bfs-zh.ch
BFS Jugend ZH: jugend@bfs-zh.ch
BFS Basel: basel@sozialismus.ch
BFS Romandie: mps@socialisme.ch
BFS Tessin: mps.ti@bluewin.ch

sozialismus.ch

 Bewegung für den Sozialismus

  sozialismus.ch